

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 29 Pfg. (incl. Post-
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetrogen in der Post-Regierungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7826.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechspaltige Kolonne
 oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Sammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anstalts-Drucker: Amt 1, Nr. 1504,
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 12. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Freisinnige Kommunalpolitik.

Die „Freisinnige Zeitung“, die mit heiligem Bemühen für das konservativ-nationalliberal-freisinnige Kommunalwahl-Kartell eintritt, leitartikelt jetzt fleißig gegen das Kommunalprogramm der Socialdemokratie.

Die in den freisinnigen Artikeln verzapfte kommunale Weisheit geht noch immer von den alten Ladenaßeln der „Frei-Lehren der Socialdemokratie“ und läßt wieder einmal die „Spar-Agnes“ des Herrn Richter in bengalischer Beleuchtung erscheinen. Namentlich eifert der Freisinn Richtercher Obervanz gegen das von unseren Genossen kürzlich verbreitete Kommunalwahl-Flugblatt, welches den Freisinn im roten Haus in seiner die kapitalistischen Interessen der Besitzenden fördernden Thätigkeit kennzeichnet. Um diese Arbeit für die nächsten zwei Jahre ungestört fortsetzen zu können, haben die sonst wild miteinander kämpfenden Majoritätsgruppen sich zu einer Mandatsversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit zusammengethan und beschlossen, unter Respektierung des Mandatsbestandes einer für den andern in den Wahlkampf zu ziehen. Die neuen Bezirke der ersten und zweiten Abteilung werden zwischen den Bewerber der drei Richtungen „ausgekobelt“, und für die dritte Abteilung zieht der liberale Heerbann mit finsterner Entschlossenheit für denjenigen Kandidaten ins Feld, der die meisten Aussichten gegen die Socialdemokratie hat. So ist's von der regierenden Partei im Rathhaus beschlossen, und wenn die Bezirksvereinsphylaxen den glücklichen Besitzern der Stadtverordnetenliste keinen Strich durch die Rechnung machen, so wird diese mandatsverhaltende Politik von Erfolg gekrönt sein. Wenigstens in der ersten und zweiten Abteilung wird der Mandats-schacher keinen ernsthaften Widerstand finden, in der dritten Abteilung freilich reden die Socialdemokraten ein kräftig Wortlein mit — und werden nicht dulden, daß die Mandate dieser Abteilung den Klasseninteressen der Besitzenden preisgegeben werden.

Daß die angeblich demokratische „neue Linie“ der Stadtverordneten-Versammlung bei dieser Jagd nach dem Mandatsglück in Reich und Glied mit dem liberal-reaktionären Klänge marschirt, kann uns nur recht sein — beweist diese Gruppe doch dadurch ganz sinnenfällig, daß die Ent-rüstung, welche man im roten Haus gegen die feindlichen Brüder der „Großen Linken“ quäsiert, nur Zittergold und Theaterstaub bedeutet, und daß von einem ernsthaften Kampfe gegen die Götter der Straßenbahnen und Electricitätswerke keine Rede ist; namentlich dann nicht — wenn es gilt, die eigenen Mandate zu sichern. Das Wort von dem Schlagen und Vertragen — die freisinnigen Männer mit der goldenen Kette illustriert es wieder einmal — und wir nehmen lächelnd davon Akt, wie auch die Demokraten um des „garantierten“ Mandates willen gegen die Wahl ihrer kommunalpolitischen Gegner keine Einwendungen erheben wollen. Die Vertretung des bürgerlichen Mißgeschick-Kartells und die Führung desselben in der liberalen Presse hat die „Freisinnige Zeitung“ übernommen, deren kommunal-wirtschaftliche Anschauungen sich decken mit den Bestrebungen der Dividenden-politiker des roten Hauses. Mit allerlei Drehungen und Bindungen versucht die „Freis. Ztg.“ das socialdemokratische Kommunalprogramm ins Unrecht zu setzen und dessen Forderungen zu bekämpfen. Die Behauptung, daß der Kommunal-Liberalismus das geltende Wahlrecht für die Kommunalwahlen dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht vorzieht, soll erfunden sein. Das Programm der Freisinnigen Volkspartei — so sagt das führende Organ — erklärt sich gegen die Aufrechterhaltung des Drei-Klassen-Wahlrechts und gegen die öffentliche Abstimmung. Das ist zwar richtig, ändert aber nichts an der Thatsache, daß die Freisinnige Partei in ihrem Programm einen Unterschied macht zwischen dem Wahlrecht für den Reichstag und die Landtage und den Wahlen für die Gemeindevertretungen. Das freisinnige Programm vom September 1893 verlangt:

a) . . . Selbstverwaltung in Kommunalverbänden und Gemeinden, Reform des Wahlrechts in denselben nach den Bedürfnissen der Einzelstaaten, keine Klassenwahlen, keine öffentliche Abstimmung;

b) Entwicklung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungsliebens im Reich und allen Einzelstaaten Erhaltung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Reichstag; Ausdehnung desselben auf die Landtags-Wahlen für die Einzelstaaten

Also für die Gemeinden zwar keine Massenwahl und keine öffentliche Abstimmung aber auch kein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht. Und als in Eignach auf dem freisinnigen Parteitag ein Delegierter so naiv war, zu beantragen, das Reichstags-Wahlrecht auch für die Gemeinde-wahlen zu fordern, da war es der Generalgewaltige Herr Richter in eigener Person, der sich zum Schutze des pluto-kratistischen Wahlrechts für die Gemeinden berufen fühlte. Darin liegt des Pudels Kern. Der bürgerliche Liberalismus will die Herrschaft in der Gemeinde nicht verlieren — er weiß, daß seine Anhänger von dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht hinweggesetzt werden, und deshalb verlangt der Freisinn für die Gemeindevahl neben anderen Kantilen

vor allem einen Censur, der die Arbeiterklasse verhindert, sich mit Erfolg an der Wahl zu beteiligen. Die Preisgabe des Klassenstems und der öffentlichen Stimmabgabe bedeutet keine ernsthafte und ausreichende Reform des Gemeinde-Wahlrechts. Es ist daher eine dreiste Plundererei, wenn die „Freisinnige Zeitung“ so thut, als ob die Behauptung des socialdemokratischen Flugblatts nicht der Wahrheit entspricht. Das Programm der Freisinnigen Volkspartei streut mit der von ihm verlangten Abänderung des Gemeinde-Wahlrechts dem Volke Sand in die Augen — in Wahrheit will die Partei für die Gemeindevahlen ein Wahlrecht bei dem der Geldsack bevorrechtet ist ein Wahlrecht, durch welches den besitzenden Klassen die unbedingte Herrschaft in den Rathhäusern gesichert wird.

Und wenn die „Freisinnige Zeitung“ sich wundert, daß die liberale Majorität der Stadtverordneten-Versammlung den socialdemokratischen Antrag auf Vornahme der Wahlen an einem Sonntag, abgelehnt hat, so ist dies nichts als eine Heuchelei, denn das freisinnige Programm wünscht die Vollziehung der Wahlen am Sonntag nur für die Reichstags- und Landtagswahlen. Der Kommunal-freisinn aller Nuancen führt die Wahlfreiheit eben nur im Munde — wenn er ernstlich die Wahlfreiheit fördern soll, ver-sagt der Liberalismus jedesmal. Es scheint so, als ob — wegen Vermeidung von Ungültigkeitserklärungen — die Wahlen, also auch diejenigen der dritten Abteilung, für jeden Wahl-bezirk nur in einem Wahllokal stattfinden werden. Und nun vergegenwärtige man sich den Zustand, daß etwa 5000 bis 7000 Wähler, von denen die überaus große Mehrzahl nur die Mittagsstunde von 12—1 Uhr und die Nachmittagsstunde von 6—7 Uhr für die Stimmabgabe zur Verfügung hat — in einem Wahllokal abgefertigt werden sollen. Wird da die Ablehnung, die Wahlen am Sonntag vornehmen zu lassen, nicht zu einer thatsächlichen Vernichtung des Wahlrechts für die Hunderttausende Wähler der dritten Abteilung, für die Arbeiter? Heißt es nicht mit Absicht die Wähler von den Urnen fernhalten, wenn der einzige Tag, an dem das Wahlgeschäft sich über zehn Stunden verteilen kann, nicht benutzt wird? Ausschluß möglichst vieler Arbeiter von der Wahl, das ist die Absicht und Wirkung des mit großer Majorität gefassten Stadtverordneten-Beschlusses, um dadurch noch möglichst viele Mandate der dritten Abteilung für die Bourgeoisie zu erobern? — nein, denn das ist kein ehrlicher Kampf, bei dem Licht und Schatten gleich verteilt ist — sondern zu erg-attern.

Auch die übrigen Angriffe des socialdemokratischen Flug-blattes gegen die Rathhausfreiheit versucht die „Freisinnige Zeitung“ umsonst zu widerlegen. Das im Dienste des Unternehmertums für die uneingeschränkte Ausbeutungsfreiheit kämpfende Organ hält die Forderungen auf unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel und Verabreichung eines warmen Frühstücks für den Anfang der socialistischen Gesellschaftsorganisation und sieht schon mit Zittern und Jagen die Forderung nach warmer Kleidung für die Schulkinder am Kommunalhorizont heraufsteigen. Wie kindisch und lächerlich dieser Einwand gegenüber dem wieder-holt nachgewiesenen Bedürfnis dieser Einrichtungen, die sowohl im Interesse der Schüler als auch der Schule selbst und ihrer Leistungen notwendig sind. Auch ein Verbot der Erwerbsthätigkeit der Schulkinder paßt der „Freisinnigen Zeitung“ nicht in den Kram. Mit allerlei Ausflüchten und Anlagen gegen die socialdemokratischen Eltern versucht der Leitartikel die Stadtverwaltung von der Verantwortung für die Kinderausbeutung zu entlasten, indem er die Polizeiverwaltung vorschreibt. Nicht darum handelt es sich, wer das Verbot der Kinderarbeit erläßt, sondern darum, daß die städtische Schulverwaltung es duldet, daß die ihrer Er-ziehung und ihrer Obhut anvertrauten Kinder in so schmä-hlicher Weise zum Schaden ihrer geistigen und körperlichen Ausbildung gewerblich ausgebeutet werden. Daß übrigens die Schulverwaltung eine Einschränkung der gewerblichen Kinderarbeit erst auf Andringen der Socialdemokraten an-geregt hat — davon schweigt der „Freisinnigen Zeitung“ Höflichkeit.

Die Forderung des Achtstundentages sowie auskömmlicher Löhne für die städtischen Arbeiter ist nach der „Freisinnigen Zeitung“ ebenfalls vom Uebel. Natürlich die Privatindustrie könnte dadurch gezwungen werden, ebenfalls kürzere Arbeits-zeit und bessere Lohnbedingungen zu gewähren, und das wäre ja eine unerlaubte Einwirkung auf das geheiligte Recht des Ausbeutertums.

Das leitende Motiv der „Freisinnigen Zeitung“ zu der Bekämpfung der socialdemokratischen Kommunalforderungen ist die Furcht vor der Steigerung des Kommunalbudgets.

Von der Uebernahme der Straßenbahnen und Electricitätswerke in städtische Regie wollen die National-ökonomien des Freisinn nicht wissen — die Uebernahme solcher Unternehmen können die Aktiengesellschaften zur Kon-solidierung ihrer Kapitalmacht besser gebrauchen. Den Aktionären hohe Dividende — der Stadt ein Trinkgeld in Form eine Abgabe — das entspricht dem Wirtschaftsideal des Liberalismus, als dessen Wortführer die „Freisinnige Ztg.“ mit dem ganzen Gewicht des leitenden Prejorgans auftritt.

Das Wespen der Steuererhöhung wird an die Wand gemalt, um die Wähler in den liberalen Stall hineinzutreiben und sich dem Kartell der für den Wahlzweck geminigten Fraktionen dienstbar zu machen. Die Einnahmequellen städtischer Straßenbahnen und

Electricitätswerke sollen im Interesse der Kapitalistenklasse nicht für die Stadtkasse erschlossen werden. An eine ent-sprechende Erhöhung der direkten Einkommensteuer denkt aber die freisinnige Majorität ebenso wenig wie an eine stärkere Belastung der Einnahmen des durch städtische Einrichtungen und Verkehrsanlagen Jahr für Jahr enorm im Werte steigenden Grundbesitzes. Im Gegenteil, die Hausagrarier adoptieren die Liebesgaben-Politik ihrer ländlichen Be-rufsgenossen, indem sie in Ausübung der kom-munalen Macht ihre eigenen Abgaben ermäßigen.

Die brutalsten Klasseninteressen der Besitzenden werden von der „Freisinnigen Zeitung“ gegen die Forderungen der Socialdemokratie ausgepielt. Die kommunalen Einrichtungen, welche in unserem Wahlprogramm gefordert werden, sind notwendig, um für die Arbeiterklasse bessere geistige, hygie-nische und wirtschaftliche Lohn-, Arbeits- und Lebensbedin-gungen zu schaffen. Die Arbeiterklasse, deren ökonomische Ausbeutung den Wohlstand und den Reichtum für die besitzende Minderheit schafft, kämpft unter dem Banner des socialdemokratischen Kommunal-Wahlprogramms für die Anbahnung einer der Wohlfahrt der Gesamtheit ge-widmeten Gemeindevirtschaft. Um dieses Ziel durch die bevor-stehenden Wahlen zu fördern, bedarf es energischer und rast-loser Thätigkeit. Wir wissen, daß die Parteigenossen es an sorgfamer Organisation und rühriger Agitation nicht fehlen lassen werden. Vorwärts, zum Kampf und Sieg.

Unser Tag.

III.

Hannover, 11. Oktober.

Als gestern nachmittag Bebel seine große Rede beendet hatte, war es nicht leicht für den Genossen David, der als erster Diskussionsredner die Verteidigung Bernsteins übernahm, die noch unter dem Bann der Bebel'schen Rede stehenden Hörer für seine Gegenüberstellungen zu gewinnen. Dennoch gelang es ihm, durch seine aus der Tiefe strömende, bisweilen an Bebel's Art erinnernde Verehrsamkeit und das namentlich an Anfang bewährte Geschick in der Präzisierung des Streites Aufmerk-samkeit zu finden und festzuhalten. Er nahm unbedingt für Bern-stein in Anspruch, daß er nach wie vor Socialdemokrat sei. Bern-stein erstrebt das socialistische Endziel und der Klassenkampf ist ihm eine unseugbare Thatsache. Nur über den Weg und das Tempo der Entwicklung gehen die Mei-nungen auseinander. Bernstein betont die Gleichwertigkeit des politischen und wirtschaftlichen Kampfes. Durch Gewerkschaften und Genossenschaften muß die Socialisierung und Demo-kratifizierung schon jetzt angebahnt werden, der Weg an den Produktionsmitteln durch Beschränkungen aller Art ausgehöhlt werden.

David schilderte die mannigfachen Wandlungen und Widersprüche in den Parteianschauungen. Er verspottete den leeren Radikalismus, der, wie Genossin Lugenburg, das Parlament für einen Hühnerstall erklärt, und er nimmt — zur scheinbar sachlichen Ergänzung des Parteitag — an, daß diese Genossin niemals geneigt sein werde, ihre socialistischen Eier in solchen Hühnerstall nieder-zulegen.

Lebhafte Zwischenrufe gaben dem Vortrag Davids stellenweise das Gepräge eines heftigen Gedankenduelle. Am 7 Uhr brach der tapfere Ritter Bernsteins ab.

Zu der heutigen Sitzung kamen außer David, der seinen Vortrag zu Ende führte, gerade ein Duzend Redner in der Bernsteindebatte zum Wort, von denen jeder die gewünschte halbstündige Redezeit voll ausnützte. Rechnet man hinzu, daß auch die Mittagspausen und die Abende vielfach für das private Fortspinnen der Diskussionen benützt werden, so wird klar, wie groß und hingebend das allgemeine Interesse an diesen Erörterungen ist, und man wird begreifen, daß der Parteitag einflussmüchtig die für Donnerstagnachmittag von unseren hiesigen Parteigenossen an-geborene Landpartie ablehnte, um keine Arbeitszeit zu verlieren.

Die heutige Rednerliste umfaßte folgende Namen, in denen sich die Strömungen in der Partei wieder spiegeln: David, Frau Jürg-Hamburg, der Philosoph und Mediziner Wolmann-Eberfeld, der Wadenser Hendrich, Liebnicht, der Rammheimer Arbeitersekretär Kastenstein, Grünwald-Jena, Mollenbueh, der ostpreussische Grund-besitzer Hoyer, Stolten-Hamburg, Kautsch, Rosa Lugenburg und Adler-Hamburg.

Keiner war unter den Rednern, der nicht Wertvolles zu sagen und durch das Charakteristische der Persönlichkeit zu wirken gewohnt hätte. Wir haben wahrlich wenig Anlaß, über den Mangel an fähigen Köpfen oder an jungem Nachwuchs zu klagen. Wir sind auch in dieser Beziehung eine reiche Partei.

Zu der Diskussion selbst trat die Erscheinung hervor, daß bei wohlwollender Interpretation sich die Meinungen der streitenden Streitkräfte nahe kommen, während sie unter der Zuspitzung der polemischen Kontraste auseinander weichen. Offensbare Einigkeit herrschte insofern, als niemand, auch die Bernsteiner David und Wolmann nicht, letzterer eine neue Erscheinung auf unseren Parteitag, an den Grundanschauungen, dem demokratisch-socialistischen Endziel und dem Klassenkampf, rüttelte. Und ferner scheint auch ziem-lich allgemein, als einziger positiver Aenderungsvertrag der Bernsteinschen Proklama, die Einsicht gewonnen zu sein, daß das Erfurter Programm in einzelnen Punkten, wie hinsichtlich der Grundtheorie, eine klarere Formulierung beanspruchen könnte. Darum hat Bebel auch seine Resolution dahin abgeändert, daß sie nicht die Anerkennung des Programms, das

*) Obiger Artikel mußte infolge des Stoffandranges vom Partei-tag wiederholt zurückgestellt werden.

Feist des Programms wortlauts fordert, sondern die Erhaltung der Grundzüge und Grundforderungen. Dagegen gehen die Ansichten über die Entwicklungsstufen im einzelnen auseinander. Doch erklären auch die Anhänger Verstehten, sie wünschten lediglich eine größere Verlässlichkeit der Gegenwartspolitik in Gewerkschaften und Genossenschaften, ohne Verzicht auf den politischen Kampf. Das auf diesem Gebiet hier und da mässige Uebertriebungen in der Vertiefung vorhanden sind, davon ist die Mehrheit des Parteitagcs überzeugt. Vollständiger fand, daß selbst die Debatte Resolution in den Sympathien für die Genossenschaften zu weit ginge. Die zweite Differenz, die unter dem Titel Kompromisspolitik gehende Wahlbeilegungsfrage, wurde nur von Liebsteit gestreift. Hier dürfte die Mehrheit auf dem Standpunkt der Debatte Resolution stehen, über die übrigens namentlich abgestimmt werden soll.

Große Aufmerksamkeit fand heute der sich als Agrarier vorstellende Landwirt Hoyer, der gegenüber David die innere Ueberlegenheit des Großbetriebes für die Landwirtschaft behauptete und aufzeigte, aus welchen Ursachen die landwirtschaftliche Entwicklung scheinbar anders verläuft, als der Marxismus behauptet.

Auch die beiden Frauen, die heute sprachen, erwarben sich durch ihre klaren, bestimmten Ausführungen lebhaftes Anerkennen. In Frau Hey besitzt unsere Bewegung eine sehr tüchtige Kraft, und Rosa Luxemburg, die eine kleine unglückliche Kränkung hat, durch unerschöpfliche Derbheiten sich bisweilen um die Wirkung ihrer scharfsinnigen, pointierten Ausführungen zu bringen, fand mit ihren heutigen in der Vertiefung des politischen Kampfes gipfelnden Ausführungen mit Recht allgemeine Anerkennung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Oktober.

Zu wenig Kriegsschiffe!

Der „Reichs-Anzeiger“ teilt jetzt eine Rede mit, die der Kaiser am 26. September bei der Besichtigung des aus Ostasien zurückgekehrten Kreuzers „Kaiser“ auf der Danziger Reede vor der Befragung des Schiffes gehalten hat. Nach einigen einleitenden Worten sagte der Kaiser:

„Dies (der Dank des Kaisers) gilt vor allem dem Telle der Befragung, der jetzt das Gewehr in der Hand, vor mir steht und der mitgewirkt hat bei der auf meinen Befehl bewirkten Besichtigung von Kiautschou.“

Gott sei Dank verfolgt jetzt Art und Jung, Hoch und Niedrig im Deutschen Reiche mit Liebe und Interesse jedes unserer wenigen Kriegsschiffe, welche im Auslande Aufgaben zu erfüllen haben. Ganz besonders aber mein Schiff „Kaiser“ ist mit klopftendem Herzen und reger Spannung bei der Lösung der Aufgabe in Tsintan begleitet worden, und es lebt wohl kein deutscher Mann und keine deutsche Frau in unseren weiten Gauen, welche nicht freudig und erhabenen Sinnes die in der Heimat einlaufenden Nachrichten lasen, wie mannhaft Ihr und Ihre Kameraden des Kreuzer-Geschwaders für Deutschlands Ehre eingetreten seid.

Für mich ist es eine besondere Freude, daß gerade dieses tüchtige, ein Vierteljahrhundert alte Schiff am voranschreitlichen Ende seiner dienstlichen Laufbahn für diese einen so wichtigen Aufbruch finden durfte. Seine Entscheidung verbandt es dem durch den großen Kaiser neu geeinten deutschen Vaterlande, seinen Namen dem Titel, der Jahrhunderte lang in aller Zeit von der gesamten gestifteten Welt mit Ehrfurcht genannt wurde und zum erstenmal wieder, von unseren Vätern heil ersehnt, die Ehrfurcht gebietende Gestalt Wilhelms des Großen schmückte.

Zu wiederholtenmalen während seiner Indienststellungen hat mein Schiff „Kaiser“ des neuen Deutschen Reiches Kriegsschlange mit Ehren in fremden Gewässern gezeigt, und mannschaftlich mit ihm verbunden ist der Name des wackeren Admirals Vusch. Mit dankbarer Erinnerung verweisen meine Gedanken bei den Worten, die ich vor nunmehr zehn Jahren an Bord dieses Schiffes zugebracht habe auf meiner Fahrt nach dem Mittelmeer. Da war es meinem Schiffe „Kaiser“ vergönnt, zum erstenmal seit der Zeit Friedrichs von Hohenzollern das Banner des deutschen Kaisers in die ionischen Gewässer Griechenlands und Stambuls zu führen. Durch den schwer empfundenen Mangel an tüchtigen großen Auslandsschiffen gedrängt, mußte ich dieses alte, zum Kreuzer nicht bestimmte Schiff noch einmal nach Ostasien hinarbeiten. Mit Ehren kehrt es zurück und führt eine musterhafte Befragung und ein vortreffliches Offizierskorps nach rückwärts gelieferter Aufgabe in die Heimat. Möge ein jedes meiner Schiffe dereinst im Laufe seiner Dienstzeit auch auf so schöne Erinnerungen zurückblicken können und sich die Zufriedenheit seines Kriegsherrn erwerben, wie es meinem guten alten „Kaiser“ vergönnt war!

Die Rede des Kaisers enthält einige Irrtümer. Es giebt im Deutschen Reiche allerdings deutsche Männer und deutsche Frauen und ihre Zahl ist Million und aber Millionen, welche die Nachrichten aus Ostasien keineswegs freudig und erhabenen Sinnes erwarteten und aufnahmen. Vielmehr meinte das deutsche Volk, soweit es nicht von Uebersee-Phantasmen und China-Begeisterung trunken war, daß unserer Jugend andere und würdigere Beschäftigung für Deutschlands Ehre zur Aufgabe gestellt werden sollte, als es bei jener Besichtigung von Kiautschou geschah. Und noch hat keineswegs die Lust an chinesischen Pachtungen das deutsche Volk so stark ergriffen, daß es derartigen Ereignissen seine besondere Aufmerksamkeit und Neigung zu schenken bereit wäre, wie es wohl gewisse Politiker wünschen, die das Volk von der Ueberschre hier zu Hause auf jene Ehre in fernem Ozeanen abzulenken trachten.

Die Rede des Kaisers entbehrt aber auch nicht einer politischen Bedeutung. Wir denken dabei nicht an die in kaum einer kaiserlichen Rede fehlende Hinweis auf die Schöpfung Kaiser Wilhelms I., über welche ja mancher Geschichtsforscher ganz andere Meinungen hat als der Enkel Wilhelms I. Wohl aber ist nicht unbeachtlich, wie auch in dieser Rede die Ansicht des Kaisers sich bekundet, daß unsere Flotte noch immer nicht ausreiche. Die Flotte, für welche der deutsche Steuerzahler so außerordentliche Opfer gebracht hat, erscheint dem Kaiser als dürftig. Aus seinen Worten klingt der Schmerz über den „schwer empfundenen Mangel an tüchtigen großen Auslandsschiffen“, und die, wie uns dünkt, nunmehr wahrlich gar stattliche Reichsmarine wird vom Kaiser als „unserer wenigen Kriegsschiffe“ wehmütvoll gekennzeichnet.

Zwar soll der künftige Marine-Etat keine Extravaganzen bringen, sondern sich in den Grenzen des Flottengesetzes halten. Doch die Stimmung des Kaisers zeigt, daß das deutsche Volk vor neuen, seltsamen Marine-Ueberraschungen keine Stunde sicher ist.

Französische und deutsche Arbeiterpolitik. Aus Paris wird vom 11. d. M. berichtet:

Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau legte im Ministerrat einen Gesetzentwurf vor, nach welchem den Arbeiterindividuen die Rechte einer juristischen Person zuerkannt werden und ihnen die freie Ausübung der sich aus dem Gesetze vom Jahre 1884 über die Syndikate ergebenden Rechte zugesichert wird.

Es trifft sich gut, daß die französische Regierung gerade jetzt daran geht, den Arbeiterorganisationen eine festere Position zu schaffen, zu derselben Zeit, da in Deutschland Regierung und Unternehmertum eifrigst bemüht sind, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter noch mehr einzuschränken. Wird der „Staat der sozialen Reform“ durch das Vorgehen Frankreichs zur Umkehr getrieben werden, oder legt man seinen Wert mehr auf den allerdings nur angemessenen, nicht wirklich verdienten Ruf, an der „Spitze der Socialreform“ zu marschieren? —

Der Krieg um Transvaal

Scheint jetzt unermesslich. Die Voeren, die den äussersten Schritt immer wieder hinausgeschoben und sich vielleicht gar der trügerischen Hoffnung hingeben hatten, daß dritte Staaten nach den Grundzügen der Haager Friedenskonferenz intervenieren würden, haben eingesehen, daß von Europas Überläuferen Hilfe nicht zu erwarten sei, daß ein längeres Jögern aber nur den Engländern zu gute kommen würde. Und so haben sie sich dem zu dem Ultimatum angeschlossen, dessen Inhalt wir bereits gestern mitgeteilt, und das, da England ja wohl nicht daran denken wird, auch nur in einem Punkte den Voeren entgegenzukommen, die formelle Kriegserklärung bedeutet. Man muß anerkennen, daß das Ultimatum Transvaals in sehr mutiger und entschlossener Sprache gehalten ist. Es blieb ihnen eben nichts anderes übrig.

Man wird bei uns eine gewisse Sympathie empfinden mit der kleinen Voerenrepublik, die für ihre Selbständigkeit gegen einen übermächtigen Feind kämpft, deren Gebiet als Schauplatz des Krieges direkt unter den Schrecknissen des Jeldes leiden haben wird, wo auch der Verlust der Einzelnen, die ins Jeld ziehen und ihre Angehörigen schutzlos und erwerbslos zurücklassen, etwas ganz anderes bedeutet, als für die englische Armee von Berufssoldaten. Immerhin wird man nicht vergessen dürfen, daß, wenn nicht das moralische so doch das politische Recht auf Seiten der Engländer liegt. Die Idee des größeren Britanniens ist durch die wirtschaftliche Entwicklung erzeugt, und so wenig freundlich wir auch allen imperialistischen Tendenzen gegenübersehen können, so müssen wir sie doch als das Symptom der weiteren Expansion des Kapitalismus anerkennen, der in ein neues glanzvolles Stadium eintritt. Wir können uns daher den Blick nicht trüben lassen durch eine unzeitgemäße Teilnahme an dem Geschehen eines kleinen Volkes, das, in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht durchaus rückständig, sich in eigenem Selbstverständnis der geschichtlichen Notwendigkeit entgegen zu stemmen verucht. In Serbien sehen wir gleichzeitig das Schauspiel, wie eine an sich lebensfähige, intellektuell zum Teil doch entwickelte Nation von ihrer eigenen gänzlich minderwertigen und entarteten Dynastie erzwängt wird, und das regt bei uns niemand auf, die Klätter der Zeichen mit jenem Gleichmut die einzelnen Verbrechen, die da begangen werden! Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß das trügerische Vorgehen Englands unsere Billigung findet. Wir sind der Ansicht, daß ein Staat, der mit an der Spitze der Kultur marschiert, wie England, andere Mittel hat, um seinen Willen durchzusetzen. Aber es zeigt sich immer mehr, daß aus England, ja Mr. Chamberlain selbst, nur durch den eigentümlichen Gang der Ereignisse gezwungen zu der ultima ratio gegriffen hat. Man hat ursprünglich in England sicher nicht ernsthaft mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet. Das zeigt die durchaus mangelhafte Art der englischen Mobilisierung. Es zeigt sich immer mehr, daß die Heeresorganisation für einen Krieg mit Transvaal sehr viel zu wünschen übrig läßt. Sowohl für den Transport der Truppen von England nach Südafrika, als auch für die Truppen, die sich bereits dort befinden, fehlen die nötigen Mittel. Es wird nicht so leicht sein, die Truppen dort in ausreichendem Maße zu verproviantieren, zu amunitionieren und ihnen Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Das Terrain ist für einen Guerilla-Krieg durchaus geeignet, und in einem solchen ist den Einkreisenden ja stets möglich, selbst dem übermächtigen Feinde lange Zeit zu widerstehen. Alles in allem wäre es ein großer Irrtum, wenn man sich den Transvaal-Krieg als eine militärische Promenade nach Südafrika vorstellen wollte. Es scheint gewiß, daß England den Sieg nur mit großen Opfern erlangen wird.

Immerhin, die Entscheidung läßt sich schwerlich mehr rückgängig machen. Nach dem Ultimatum der Voeren würde England seinen Ansehen zu viel vergeben, wenn es auch nur eine Hoffnung auf eine friedliche Verständigung zuliege. Die „Times“ sagen: „Selbst nicht die eifrigsten Jährprediger der Voeren im In- und Auslande können die Drohung von Vely misdenten oder Jögern betrefis der Antwort, die England auf eine solche Herausforderung erteilen muß. Wäre sie an uns von dem mächtigsten der souveränen internationalen Staaten gerichtet, müßte sie unverzüglich zum Kriege führen. Sie wird uns von einer kleinen Republik hingeworfen, zu der wir in der Beziehung einer Vormacht stehen. Seinem Tone und wesentlichen Inhalt nach ist das Dokument eine geistliche unverjämte Trochierung. Die Männer, die es entworfen und genehmigten, waren entschlossen, ihren Streit mit uns durchs Schwert zu entscheiden. Durch das Schwert muß es nun entschieden werden. Die Venter der Republik haben nicht auf unser letztes Wort gewartet; sie, nicht wir, haben den letzten Sinn haben der Unterhandlungen zerrissen; auf sie, auf ihr Land müssen die Folgen ihrer Handlungen fallen. Sie haben dem Britenreiche den Krieg erklärt, sie müssen dessen Arm fühlen.“ Nach einem Hinweis auf die verschiedenen Punkte des Ultimatum meinten die „Times“, Napoleon in seinen glorreichsten Tagen hätte nicht unerschüttertere Forderungen an England stellen können. Die Antwort der britischen Regierung werde lediglich den Empfang der Note bestätigen, das Bedauern über deren Inhalt ausdrücken und erklären, daß die Regierung gegenwärtig keine weiteren Mittlungen zu machen habe, England würde die Note weder als Kriegserklärung betrachten, noch selber eine förmliche Kriegserklärung erlassen. Derartige Erklärungen seien nicht üblich oder erforderlich, abgenommen zwischen souveränen internationalen Staaten. Transvaal sei indes nicht ein solcher Staat.

Die Antwort-Zeit auf das Ultimatum ist gestern 5 Uhr abgelaufen. Da von einem außerordentlichen Ereignisse bis jetzt nichts bekannt geworden ist, so hat der Krieg bereits begonnen. Den „South African News“ ist eine Drahtung aus Pretoria zugegangen, in der es heißt, General Joubert habe die verschiedenen Lager der Voeren angewiesen, sich für den sofortigen Vormarsch bereit zu halten.

Die Sache ist also vorläufig der Diplomatie abgenommen und dem Militär übergeben. Hoffen wir wenigstens, daß sie da nicht zu lange bleiben wird!

London, 11. Oktober. Die zweite Brigade der ersten Division des nach Südafrika bestimmten Armeekorps wird sich am 20. d. M. in Southampton einschiffen.

Brüssel, 11. Oktober. Dr. Verdyt erhielt eine Depesche aus Pretoria, wonach die Voeren morgen in Natal einfallen und Newcastle stürmen werden.

Pretoria, 10. Oktober. Eine Proklamation wurde veröffentlicht, welche besagt, daß sämtliche gegenwärtig außerhalb des Landes sich aufhaltende Bürger sich unverzüglich zum Militärdienst zu stellen haben, sonst würden sie mit einer Geldstrafe von 100 bis 500 Pfund oder mit Gefängnis von 1 bis zu 5 Jahren und mit Eingehung ihres Vermögens belegt werden.

Pretoria, 11. Oktober. Bezugs sämtliche hier anässige Angehörige fremder Nationalitäten sind zur Front abgerückt, um für die Unabhängigkeit Transvaals zu kämpfen. Gegen 100 britische Unterthanen haben der Republik Treue geschworen; in Transvaal

und im Orange-Freistaat herrscht die größte Begeisterung infolge der festen Haltung der Regierung. Aus allen Lagern treffen Telegramme ein, welche siegesfrohe Jubelstimmungen ausdrücken.

Deutsches Reich.

Ein schnell erfüllter Wunsch. Wie die „Berl. N. Nachr.“ hören, hat der Kaiser das Entlassungsgesuch des Präsidenten der Seehandlung, Freiherrn von Jellib und Neukirch genehmigt und hat letzterer die Geschäfte der Seehandlung bereits abgetreten.

Herr v. Jellib wird sich seinem Kaiser zu besonderem Dank verpflichtet fühlen, daß er so eilige Rücksicht auf sein schweres Augenleiden nahm.

Im Jellib-Blatt herrscht arge Wirris. Die Redacteurs werden jetzt sogar in Unkenntnis erhalten über ihre eigenen Angelegenheiten, so daß sie erst von uns erfahren mußten, wer in welcher Zukunft ihr Blatt leiten wird. Diese Reibung hat sie so überbracht, daß sie es selbst noch nicht glauben wollen und unsere Mitteilung als „missiges Gerücht“ ausgeben.

Es ist ja kein Wunder, daß Herr v. Stamm seinen Prehbedienheiten keinerlei Angelegenheiten mehr zuzuführen wagt. Denn das Ohr des „Vorwärts“ könnte es hören. So kostet dem in der „Post“-Redaktion arge Vellommenheit auf allen Gemütern; seiner traut dem anderen mehr über den Weg. Wir bedauern diesen Zustand umso mehr, als wir der werten Kollegenschaft der „Post“ selbst von der 500 Mark-Verlohnung, die Herr v. Stamm auf die Entwerber der teuren Cigaretten und der noch teureren Jellib-Papiere gesetzt hat, keinerlei Erfolg versprechen können.

Eine außerordentlich ungesunde Witterung herrscht zur Zeit in den höher gelegenen Regionen unseres Vaterlandes. Sie hat bekanntlich bewirkt, daß das jahrelange Augenleiden des Freiherrn von Jellib-Neukirch sich demnach verschlimmert hat, daß er sehr oft niederlegen mußte. Und nun sind auch, wie die „Voss. Zig.“ berichtet, der Ministerpräsident und der Vicepräsident des Staatsministeriums, denen seit etlichen Wochen nachgelagert wurde, daß sie nicht in bestem Genußnehmen mit einander stehen, augenblicklich nicht ganz wohl. Die Erkrankung des Ministerpräsidenten ist wohl nur leichter Natur und wird vielleicht bald behoben sein.

Die „Allgemeine Zeitung“ berichtet heute, daß Fürst Hohenlohe durch seine Erkrankung nicht gehindert werde, die laufenden Geschäfte zu erledigen und Vorträge entgegenzunehmen. Dagegen scheint Herr v. Miquel wieder ernstlicher erkrankt zu sein. Für gestern Abend hatte er seine Abreise nach Hannover zur Eröffnung der neuen Tierarzneischule anlässlich lassen. Ein wohlwollender Berichterflatter hatte hinzugefügt, daß seine Freunde beabsichtigten, ihm bei dieser Gelegenheit besondere Ehrendignungen dazubringen. Die Abreise sollte um 7 Uhr abends in Gemeinschaft mit dem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein-Logten erfolgen. Allein auf dem Bahnhof Friedrichstraße erschien Herr v. Hammerstein ohne Herrn v. Miquel. Der Vicepräsident des Staatsministeriums hatte, wie ein antiemittisches Blatt berichtet, in letzter Stunde wegen Unpäßlichkeit abgefragt. Und die Herrn v. Miquel nachstehenden „Berl. Neuest. Nachr.“ melden, daß er sich „auf neue eine starke Erkrankung zugezogen“ habe. Für Montagabend hatte der Finanzminister, wie ebenfalls das antiemittische Blatt mitteilen in der Lage war, eine Einladung zu der unglücklichen Abendunterhaltung im Neuen Palais erhalten. Es wäre daher möglich, daß Herr v. Miquel sich die starke Erkrankung bei der Abendunterhaltung im Hause des Kaisers zugezogen hat.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Schweinburg suchen aus den bisherigen Verhandlungen des hannoverschen Parteitages Kapital für die Juchthausvorlage zu schlagen. Sie lassen sich also vernehmen:

„Die Socialdemokratie erstreckt nach den Versicherungen auf dem hannoverschen Parteitage die Errichtung eines Staates im Staat, und dazu sind ihr alle Mittel recht. Eine wesentliche Waffe in diesem ihrem Kampfe, in welchem es ihr eingestandenem, ist der Zwang, den sie auf die Erziehung der Macht im Staat ankommt, ist die Koalitionszwang, den sie aus dem Koalitionsrechte allmählich zu gestalten verstanden hat. Die Regierung und die staats-erhaltenden Parteien würden geradezu ihre Pflicht veräußern und den ihnen anvertrauten Söng der beschiedenen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung schreit anstößig, wenn sie in dem politischen Kampfe nicht politische Mittel anwenden und wenn sie nicht dem socialdemokratischen Terrorismus zu Leibe gehen würden. Wenn es um die gewerblichen Verhältnisse handelt, es sich hauptsächlich um politische, um Wirtschaftfragen, die wirtschaftlichen treten stark in den Hintergrund, und deshalb ist es nicht bloß erlaubt, sondern geradezu geboten, daß hier zur Zurückdrängung der Aspirationen einer revolutionären Partei mit einer geschicklichen Aktion eingeschritten wird.“

Wir haben also hier das wertvolle Jugeständnis, daß es sich bei dem Geiz „zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ um eine politische Maßnahme gegen die Socialdemokratie handelt. Bekanntlich haben sich die Regierungsvertreter kramphast bemüht, die Vorlage als rein wirtschaftlichen Zweck dienend, Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch behandelnd hinzustellen.

Noch einmal die „Winteransichten“.

Der Verfasser des Artikels „Winteransichten“ in Nr. 230 schreibt uns:

Die „Frankfurter Zeitung“ ist mit der Auffassung über die wirtschaftliche Situation, wie sie in unserem Artikel „Winteransichten“ ausgesprochen wurde, nicht einverstanden, obwohl sie zugiebt, daß es nichts schade, wenn man die Situation pessimistischer auffasse, als sie es wohl verlanget. Wir verachten auf mildernde Umstände und sind uns bewußt, daß in der That die Winteransichten für die Arbeiter erste sind. Die Vorgänge auf dem Geldmarkt, die Verhältnisse an der Börse, wie sie sich in den letzten Tagen entwickelt haben, bestärken uns noch mehr in der pessimistischen Betrachtung der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Zunächst giebt die „Frankfurter Zeitung“ zu, daß in der Baumwollspinnerei die Dinge sich so verhalten wie geschildert. Dagegen treffe unsere pessimistische Auffassung schon nicht mehr für die Zuteilspinnerei zu; denn die Berliner Zuteilspinnerei und Weberei in Stralau habe noch kiraflich über Arbeitermangel geklagt und darüber, daß es ihr infolge dessen nicht möglich war, die vorjährige Produktion ganz zu erreichen. Was beweist denn aber diese Angabe aus einem einzelnen Betrieb für die Gesamtanlage des Jndustriezweiges? Diese ist aber eingestandenenermaßen recht unrichtig. In dem ziemlich maßgebenden Jahresbericht der Braunschweigischen Aktiengesellschaft für Zuteil- und Nachindustrie wird gleich zu Beginn auf die infolge der Zunahme der Zuteilwaren-Erzeugung eingetretenen Verschlechterungen der Fabrikatspreise hingewiesen und über die Aussichten des kommenden Geschäftsjahres am Schlusse des Berichtes wörtlich gesagt: „Das neue Geschäftsjahr dürfte in zunehmendem Maße unter dem Druck einer Ueberproduktion leiden, da die zu Anfang dieses Berichtes erwähnte Zunahme der Erzeugung ihr Ende noch nicht erreicht hat“. Auch die Stralauer Zuteilspinnerei spricht sich in dem von der „Frankfurter Zeitung“ angezogenen Fallus nicht über das kommende, sondern nur über das vorhergehende Geschäftsjahr aus. Was nun ferner die Eisenindustrie betrifft, so beruhen unsere Ausführungen auf Angaben der Drahtwalzwerke selbst, die in der von uns geschilderten pessimistischen Weise über die Zukunft ihrer Betriebsverhältnisse sich geäußert haben. Auch die in wirtschaftlichen Fragen gewiß erfnahmlich gehaltene „Allgemeine Zeitung“ ließ sich Mitte September dahin aus, daß schon damals die Drahtwalzwerke genötigt waren, zahlreiche Feierschichten einzulegen. Die Zeitung meinte, wenn die Halbzeugsieferungen seitens des Verbandes noch weiter reducirt würden — und das ist inzwischen doch geschehen —, so bleibe den

Waldwerken nichts anderes übrig, als zu umfangreicheren Arbeiterentlassungen überzugehen und ihre Betriebe entsprechend einzuführen. Es wird der Eintritt einer solchen Notwendigkeit um so schlimmer, als dadurch nicht nur die Drahtwalzereien, sondern auch die Walzdraht weiter verarbeitenden Industrien, wie Drahtziehereien, Stiftenfabriken usw. betroffen würden, und die in diesen Gewerben beschäftigten Arbeiter ungelernete Arbeiter sind, die dann von ihrer Beschäftigung teilweise loszusagen auf die Straße gesetzt würden. ... Die meinen, wenn schon der „Nölnische Volkszeitung“ die Situation so bedenklich vorkommt, dann hat man allen Anlaß, die trübten Aussichten auch pessimistisch anzunehmen. Ganz ähnlich sprach sich in diesem auch die „Nölnische Volkszeitung“ in einer Zuschrift aus, in der es heißt: „Zustände traurigster Art werden daraus (aus dem Verhalten des Halbzugs-Verbandes) erwachsen, indem Tausende von Arbeitern beschäftigungs- und brotlos werden.“ Diese Auffassung einer uns fern liegenden Presse ist zum mindesten ebenso pessimistisch wie die unsere. Wir könnten daher die „Frankfurter Zeitung“ weit eher eines Mangels an Pessimismus beschuldigen, als sie und eines Jurels von Schwarzseherei; unter den gegenwärtigen Verhältnissen, namentlich im Hinblick auf das fernere Ergehen der in den letzten Jahren ungemein veränderten Arbeiterklasse, ist es gut, bei Zeiten kommende Gefahren zu signalisieren.

Menschenraub und Sklaventransport in Deutsch-Ostafrika.

Zu Hamburg eingegangene briefliche Mitteilungen von der französischen Insel Réunion erzählen, wie wir in der „Z. N.“ lesen, folgendes erschauende Vorkommnis:

Es galt neuerdings als ausgemacht, daß der Handel mit Schwarzem Eisenstein wenigstens in den Küstengebieten des deutschen Ostafrika tatsächlich unterdrückt, daß den Sklaventräubern ihr schmutziges Handwerk endgültig gelegt sei. Dessen größeres Staunen muß daher die Aussage von zwanzig durch die Hafenpolizei in Sansibar befreiten Schwarzen erwecken, wonach sie von der deutschen Ostafrika-Küste stammen und gewaltsam von Bagamoyo nach Sansibar gebracht wären. Dort wurden sie, wie sie vor dem französischen Konsul angaben, auf einem Küstenfahrer eingeschifft. Dieses Schiff hatte einen Araber als Kapitän und einen Araber als Geschäftsleiter an Bord, führte aber ledig die französische Flagge im Lopp. Ein anonymes Schreiben machte den französischen Konsul auf die „Schwarze Ladung“ des Schiffes aufmerksam, und auf dessen Veranlassung konnte die Hafenpolizei das Sklavenschiff gerade noch im letzten Augenblick anhalten, als es im Begriff war, unter dem Schutze seiner französischen Flagge Sansibar zu verlassen. Die polizeiliche Durchsuchung hätte ohne die Anzeige wahrheitsgemäß nichts Auffälliges ergeben, denn das Schiff hatte ganz reguläres „weißes“ Frachtgut an Bord, nämlich Reis in Säcken. Da man aber wußte, daß es außerdem noch wertvollere „schwarze Ladung“ barg, so unterzog die Hafenpolizei alle Räume des Fahrzeuges einer ganz genauen Durchsuchung, und schließlich fand man denn auch „unter Reisäcken verpackt“ die erwünschten zwanzig Schwarzen, zwei Erwachsene und achtzehn Kinder im Alter von acht bis dreizehn Jahren, sämtlich mit Nadeln im Munde. Sie wurden nach ihrer Befreiung und Vernehmung dem deutschen Konsul in Sansibar zur Rückbeförderung in ihre Heimat überwiesen, das Schiff wurde beschlagnahmt und die beiden Araber „wegen Sklaventransportes“ vom Handelsgericht von St. Denis auf Réunion zu drei und zwei Jahren harter Arbeit verurteilt.

Wenn diese Angaben zutreffen, so ist vor allem die Frage aufzuwerfen, wie es möglich war, daß solch ein Trupp von zwanzig Personen auf deutschem Gebiet so ungehindert hat zusammengetrieben werden können und dann, zweifellos doch unter scharfer Bewachung seitens der unternehmenden „Firma“, wahrscheinlich sogar gefesselt durch deutsches Gebiet bis nach dem unter geordneter deutscher Verwaltung stehenden Bagamoyo gebracht und dort unbemerkt eingeschifft werden konnte! Da der deutsche Konsul in Sansibar amtlich mit der Angelegenheit befaßt ist, so wird vielleicht sein Bericht Aufschluß darüber geben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das neue Beamten-Ministerium, über dessen Lebensfähigkeit sich zunächst noch gar nichts aussagen läßt, thut jedenfalls einseitig die erforderlichen Schritte, um sich einen parlamentarischen Rückhalt zu verschaffen. Blättermeldungen zufolge hat der Vorsitzende des Ministerrats Graf Clary für heute den böhmischen Landtags-Abgeordneten Schlegler, das Mitglied des Tiroler Landtags, Wadernell und die jungezechischen Abgeordneten Stranzky und Jacek zu einer Besprechung eingeladen. — Wie die „Neue Freie Presse“ mitteilt, beabsichtigen auch die tschechischen Abgeordneten Engel, Herold, Kramarz und Pacak einer Einladung des Grafen Clary Folge zu leisten.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses teilt mit, daß, wie gestern schon telegraphisch gemeldet, der Reichsrat durch kaiserliches Patent vom 9. Oktober für den 18. Oktober einberufen worden ist.

Schweiz.

Bern, 9. Oktober. (Fig. Ver.) Am Sonnabend ist die Bundesversammlung geschlossen worden, nachdem sie in ihrer 14tägigen Sessionsperiode endlich die Versicherung definitiv erledigt, die neue Sparpolitik beschloß und verschiedene kleinere Gesetze erledigt hat. Von den Sparbeschlüssen ist noch derjenige zu erwähnen, der die Abschaffung des Landsturmes, d. h. des einmündig organisierten Landsturmes, betrifft. Dieser hatte er eine einjährige Wehrzeit und Zuspeltion alle Jahre zu bestehen, wofür es einen kleinen Tageslohn von 1 Fr. pro Mann gab. Die jährliche Gesamtsumme hierfür war nicht groß, allein man hat gefunden, daß diese Wehrzeit keinerlei praktischen Wert haben und man mit den bejahrten Landsturmlisten in der Uniform nicht viel Parade machen kann, so daß man damit wieder anheben kann. Immerhin würden im Ernstfalle, was ja selbstverständlich ist, alle wehrfähigen Männer des Landes, also auch die heutigen Landsturmlisten für den Dienst der Landesverteidigung herangezogen werden. — Wie das Hornberger Schicksal im Nationalrat die Behandlung der Revision des Arbeitszeit-Gesetzes für die Transportanstalten ans, die auch schon seit mehreren Jahren auf der Tagesordnung steht. Man beschloß die Reduktion der jetzt normierten täglichen Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden. Der vom Personal geforderte und von unserem Genossen Bullschleger energisch verteidigte Forderung wurde abgelehnt. Der Nationalrat hatte denselben erst für das Zug- und Lokomotiv- sowie das Team-Personal beschlossen, dann aber in der Hauptabstimmung wieder fallen lassen. Die tägliche Ruhezeit soll 10 Stunden für das Zug- und Lokomotivpersonal, 9 Stunden für das übrige Personal und nur 8 Stunden für dasjenige Personal betragen, welches Amtwohnungen inne hat. Der Antrag Bullschleger auf Ausdehnung der Mittagspause von 1 auf 1 1/2 Stunden wurde abgelehnt. Da sich dann der Saal immer mehr leerte, wurde die ganze Verhandlung abgebrochen und somit gar nichts zu Stande gebracht.

Frankreich.

Die Untersuchung über die militärischen Kundgebungen gegen den Präsidenten Loubet in Roméilas, die ja, wie es gestern hieß, mit vollster Strenge geführt werden sollte, ist nach Verlauf eines Tages bereits abgeschlossen worden. Natürlich hat sie nicht als Verurteilung gegen die Offiziere ergeben. Der „Aurore“ zufolge ist nur festgestellt worden, daß ein einziger Offizier, und zwar von ganz niedriger Charge, ein Unterlieutenant Vernardy, „Kieder mit Loubet!“ gerufen habe. Dieser Offizier ist festgenommen worden und wird sogar seinen sofortigen Abschied erhalten. Der Kriegs-

minister Galliffet hat das Verabschiedungs-Dekret bereits dem Ministerpräsidenten vorgelegt. Mit diesem einen Opfer dürfte aber der äußersten Strenge Genüge geschehen sein. Zur Berichtigung der Gemüter hat der Kriegsminister außerdem die Schließung aller militärischen Cercles angeordnet, in denen die geringste politische Kundgebung stattfinden sollte. Diese Anordnung wird natürlich ebenso wenig irgend eine praktische Folge nach sich ziehen, wie die zahlreichen ähnlichen Maßregeln während der Dreyfus-Affaire.

Eine Rede Millerands. Aus Paris wird vom 9. Oktober geschrieben: Der sozialistische Handelsminister Millerand schenkte gestern seine Gegenwart der kleinen Stadt Argenteuil (Seine-et-Oise), wo vor dem neuen Maire-Gebäude mit offiziellem Pomp eine Feste der Republik eingeweiht wurde. In seiner Rede erinnerte der Minister an alle Wohlthaten, welche die Republik schon über Frankreich ausgegossen hat, und knüpfte daran die Versicherung, das Volkbrachte sei nur ein geringes im Vergleich mit dem noch zu vollbringenden auf dem Gebiete des Schutzes der Schwachen gegen die Mächtigen. Immer mehr Freiheit, immer mehr Solidarität, immer mehr Gerechtigkeit, fuhr Millerand fort, den Arbeitern winkt eine bessere Zukunft. Dieses Bild der Republik wird den Arbeitern von Argenteuil, die des Abends erschöpft von ihrem Tagewerk heimkehrten, sagen, daß sie ihre eigenen Herren sind, daß es von ihnen, ihrer Einigung, ihrem festen Willen abhängt, alle politischen und sozialen Reformen zu erringen, wonach sie streben, daß alle Bürger das gleiche Recht haben, sich an der Regierung und der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen.

Der Antiklerikalismus ist zum großen Kummer unserer Centralpresse in Frankreich neu erstanden. Die Bundesgenossenschaft des katholischen Klerus mit den Generalsäulern in der Dreyfus-Sache hat ein Wiedererwachen des Hasses gegen Rom gezeitigt. Einen Erfolg hat man da bereits zu verzeichnen: die Streichung des Postens für einen französischen Gesandten beim Vatican durch die Budget-Kommission. Das bedeutet immerhin ein Symptom für die antiklerikale Strömung. Einen weiteren Streich hat dieser Tage die „Aurore“ gegen den Klerikalismus geführt, der um so besser sitzen mußte, als sie die Waffe dafür einem katholischen Bischof entlehnen konnte. Sie veröffentlichte kürzlich einen überaus heftigen Angriff gegen das Waisenhaus der Nonnen zum „Guten Hirten“ in Ranch. Es war darin gesagt, daß die Waisenmädchen in schändlichster Weise ausgebeutet würden, ohne daß für sie gesorgt werde. Zum Beweise für diese Behauptung druckte die „Aurore“ einen Brief ab, den der Bischof Tourinaz von Ranch über die Zustände in diesem klösterlichen Waisenhaus geschrieben haben sollte, und in welchem es unter anderem heißt:

„Während es in anderen ähnlichen Instituten Gebrauch ist, den jungen Mädchen beim Verlassen der Anstalt etwas Geld und eine kleine Ausstattung zu geben, giebt man ihnen im Waisenhaus des „Bon Pasteur“ gar nichts; selbst dann giebt man ihnen nichts, wenn sie 5, 10, ja 20 Jahre lang (!) für das Haus gearbeitet und ihm viel Geld verdient haben. Man setzt sie kurzerhand vor die Thür, von allen Mitteln entblößt, ohne sich darum zu kümmern, ob sie eine Stelle finden oder nicht. Auf diese Weise sind diese jungen Mädchen, welche meistens keine Eltern haben, allen Gefahren und Verführungen vom Augenblick ihrer Entlassung an ausgesetzt. Sechzig junge Mädchen sind auf diese Weise im laufenden Jahre abgeschoben worden. Darunter befinden sich welche, denen ich Unterstützung gewähren mußte, und die mir mitteilten, daß man sich bemühe, sie in öffentliche Häuser zu verbringen. ... Hier handelt es sich nicht nur um Varnherzigkeit, sondern um eine Frage der Moralität, der Gerechtigkeit, denn das Geld, welches die Nonnen in ihr Kloster stecken, ist zum größten Teile von diesen jungen Mädchen verdient. Das ist, wenn man den nahezu unvermeidlichen moralischen Untergang dieser jungen Geschöpfe in Betracht zieht, ein Verbrechen, das nach Gerechtigkeit schreit.“

Der Bischof Tourinaz fügt hinzu: „Die Nonnen haben das einzige Besondere — Geld zu machen. Indem sie den jungen Mädchen keine Mittel geben, wenn sie das Kloster verlassen, können sie die geschicktesten Arbeiterinnen für lange Zeit und selbst für immer zurückhalten und so deren Geschäftigkeit und Arbeitskraft ausbeuten. Unter den Stickerinnen befinden sich Wittwen, Waisen, überhaupt Leibwäsche von solch merkwürdigen Luxus und in so außerordentlich hoher Preislage, daß nach dem Urteile respektabler Frauen, die ich darüber befragt habe, diese Arbeiten lediglich für Courtesanen bestimmt sein können, da keine anständige Frau, und sei es selbst die reichste und eleganteste, solche Wäsche benutzen würde. Als man der Oberin darüber Vorhalt gemacht, hat sie geantwortet: „An diesen Arbeiten verdienen wir gerade am meisten!“ Schließlich weist der Bischof noch darauf hin, daß die französischen Gesetze über die Arbeit Minderjähriger auf das schamloseste mißachtet werden. Bedauerlich sei besonders der Umstand, daß das Kloster zu Ranch keine Ausnahme zu sein scheint, weil keinerlei geistliche Aufsichtsbehörde bisher etwas Besonderes an diesen Zuständen gefunden habe.

Wenn man geneigt war, diesen Brief des Bischofs von Ranch für apokryph zu halten, so wird man nunmehr eines Besseren belehrt durch eine Erklärung, in welcher der Bischof in der „Somain Religieuse“ die Echtheit des Schreibens bestätigt. Er giebt zu, den Brief bereits vor vier Jahren an die Kongregation nach Rom gerichtet zu haben; jedoch sei der Brief unberechtigterweise und gegen seinen Willen veröffentlicht worden. Gewirkt hat er natürlich nichts. Nachdem diese himmelschreienden Zustände öffentlich bekannt geworden sind, darf man begierig sein, welche Schritte die französische Regierung unternehmen wird, um dieser Sklaverei der Waisenmädchen ein Ende zu machen.

Italien.

Eine Dreyfus-Affaire in Italien. Der Fall Dreyfus hat — wie der Römische Korrespondent des „V. L.“ meldet — den Anstoß gegeben, auch einen italienischen Justizmord auszugraben, der heute die ganze Presse beschäftigt. Es war 1878, als das Attentat des Kochs Passanante auf König Umberto in Italien ungeheure Entrüstung und monarchische Kundgebungen hervorrief. So auch in Florenz, wo eine vieltausendköpfige Demonstration die Via Quersa durchzog. In diesem Augenblick wurde von unbekannter Hand eine Bombe geschleudert, die vier Personen tötete, viele andere schwer verwundete. Da man natürlich anmahnte, daß das Attentat von anarchistischer Seite ausgegangen, so veranlaßte die Polizei sofort eine große Razzia und verhaftete u. a. auch einen gewissen Batachi, der erst wenige Stunden vor der Explosion aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden war, wo er als Socialist gefesselt. Trotz seiner energischen Aufschuldung betuerungen wurde Batachi durch eine Reihe von Zeugen „der That überführt“ und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Nun erzählt man urplötzlich, daß mehrere jener Zeugen im Ausland die notarielle Erklärung abgaben, sie seien von der florentiner Polizeibehörde zu ihrem notabene falschen Zeugnisse gezwungen beziehungsweise durch Versprechungen (die nie eingehalten wurden) gedungen worden. Einer der Zeugen, der von Batachi selbst das Geständnis seiner Schuld erfahren haben wollte (auch hier wieder „Geständnisse“! Ganz à la Rekrut-Benault!) befand sich damals wegen Diebstahls im Zuchthaus, wurde aber von der Polizei eigens nach dem Untersuchungsgefängnis verbracht, um den präsumierten Attentäter auszufragen.

Die Zeitungskommentare, die sich an den Fall knüpfen, klingen nicht sehr schmeichelhaft für die italienischen Polizei-Verhältnisse im allgemeinen. So bemerkt die „Tribuna“, nach genauen Erkundigungen sei der damalige Quästor (Polizeipräsident) von Florenz jeder Niedertracht fähig gewesen (!) Von anderer Seite wird gemeldet, daß sogar gewisse florentiner Behörden jetzt zuge-

stehen, es habe sich bei Batachis Verurteilung um einen Justizmord gehandelt. Mittlerweile hat sich in Florenz unter Beteiligung von Männern aller Parteien ein Komitee gebildet, das die Begnadigung des Verurteilten anstrebt.

Unseres Erachtens wäre eine Epitaphion für ein Wieder- aufnahmeverfahren mehr am Platze.

Dänemark.

Der dänische Arbeitgeber-Verband hat soeben — unter Ausschluß der Presse — seine Delegiertenversammlung abgehalten. Einem der Arbeitgeberblätter verkündigte, die Verhandlungen hätten ergeben, daß der Verband durch die Ausperrung so gefährdet worden sei und jetzt soviel Mitglieder umfasse, daß er bei einem neuen Kampfe die doppelte Anzahl Arbeiter auspersen könnte. Sobald wird der Verband eine neue Kraftprobe aber doch nicht wagen, nachdem er die Stärke der Arbeiter kennen und achten gelernt hat. Ohne Zweifel würden ihm ein groß Teil der kapitalistisch-wirtschaftlichen Mitglieder die Gefolgschaft kündigen, denn sie sind es, welche die Kosten des Feldzuges bezahlen. Die Sammlungen für die bedürftigen Meister sind, wie verlautet, äußerst dürftig ausgefallen. Obwohl einige Großgrundbesitzer über 1000 Kronen zeichneten, sollen doch nicht mehr als 60 000 Kronen zusammen gekommen sein.

Der Verband wird natürlich bestrebt sein, seine Position möglichst zu stärken, die Arbeiter müssen ebenfalls auf alle Eventualitäten sich vorbereiten.

Rußland.

Gegen England scheint man in Rußland jetzt, wie begreiflich die Wirkungen der Transvaal-Affaire auswirken zu wollen. Die Reise des Grafen Murawjew, der sich zur Zeit in Spanien befindet, dürfte nach dieser Richtung hin einiges vorbereiten. Man behauptet in unterrichteten Kreisen Madrids, daß Graf Murawjew eine Sonderkonvention zwischen Rußland, Frankreich und Spanien behufs Schließung der Meerenge von Gibraltar gegen eine Schließung derselben durch England angeht hat. Der Erfolg der Anregung wird in Madrid allerdings noch als zweifelhaft bezeichnet.

Auf der Balkan-Halbinsel werden inzwischen allerhand Vorbereitungen getroffen. Wie der „Internationalen Korrespondenz“ aus Athen gemeldet wird, ist die Erregung im Orient im Wachsen begriffen. Die Berichte, welche von den Vertretern Griechenlands aus den verschiedenen Teilen des türkischen Reiches eingehen, tragen fast sämtlich einen beunruhigenden Charakter. In Makedonien erklären die Agenten der bulgarischen Propaganda, daß der Zar seine zurückhaltende Stellung aufzugeben habe und der „Annehmung seiner slavischen Erben“ endlich ein Ziel setzen werde. Es sei deshalb noch in diesem Herbst der Ausbruch eines Krieges auf der Balkanhalbinsel zu erwarten. In Konstantinopel hegen die türkischen Regierungskreise ebenfalls wegen der Haltung Rußlands große Besorgnisse; besonders zeigen sich in Kleinasien, Syrien und Palästina viele russische Sendboten, welche einen großen Krieg und das Eingreifen des Zaren ankündigen. Andererseits ist auf Chypren eine starke englandfeindliche Bewegung in Fluß gekommen, welche sich darauf stützt, daß sämtliche auf der Insel befindlichen britischen Truppen nach Südafrika abgehen werden. Es scheint daher nicht unmöglich, daß während der Abwesenheit dieser Truppen ein allgemeiner Aufstand der Cyprioten gegen die englische Herrschaft ausbrechen wird.

Serbien.

Nisch, 11. Oktober. (Meldung des Wiener R. A. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) In unterrichteten Kreisen befreitet man die Möglichkeit der Nachrichten, nach denen angeblich die Beziehungen zwischen Rußland und Serbien abgebrochen und der französische Gesandte in Belgrad, Marchand, sowie der serbische Gesandte in Paris, Rajowitsch, abberufen worden sind. Marchand befindet sich auf seinem Posten in Belgrad, Rajowitsch weist jetzt als Vizepräsident der Slupschina vorübergehend in Nisch.

Eine internationale Umfrage über sozialdemokratische Taktik.

Die „Petite République“ veröffentlicht jetzt die Antwort des bekannten italienischen Sozialisten Professors Labriola auf ihre Umfrage. Labriola schreibt:

Vorviel (Napoli), 11. September 1899. Indem ich um Entschuldigung wegen der Verzögerung bitte, die sich aus der Langsamkeit erklärt, mit welcher mich die Post außerhalb meines gewöhnlichen Wohnortes erreichte, beileibe ich mich, auf Ihre Umfrage vom 29. des vorigen Monats zu antworten. Wie es mir scheint, ist das nicht die Gelegenheit, die Spalten der „Petite République“ mit einem Artikel nach Art einer Argumentation zu füllen, und so werde ich ohne lange Umschweife, offen und bestimmt antworten.

Ich ergreife die Feder zu einer kurzen Erklärung gerade im Augenblick, wo hier die sichere Nachricht der neuen Schande von Rennes eintrifft, in der die Niedertracht des grausam hartnäckigen und verböhrten Militarismus sich durch die verlogenen Vorbehalte und die feinstifflige Geheiß verdoppelt.

Keapel — dem übrigens die familiäre Verührung mit Frankreich fehlt, wie sie Mailand und Turin eigen ist — wurde lebhaft davon erschüttert, als ob es ein nationales Unglück gewesen sei. Gerade in Folge der instruktiven Betrachtung der großen Affaire fürchte ich die elementarsten Grundsätze der Pflicht und Höflichkeit zu verletzen, wenn ich es übernehme, zu Gunsten des braven, tapferen und unermüdlichen Jaurès zu sprechen. Es ist nicht nötig, von den Genossen eine Judenmütze bill zu fordern; und diejenigen Sozialisten, die die Absicht hegen, sie ihm zuzubilligen, würden, wie aus Mangel an geistigem Verstand, nur sich selbst schaden. Wer sich in den Kampf einläßt, kann — wie man weiß — nicht immer den Platz wählen, auf dem er sich tapfer schlagen will. Also schon aus diesem Grunde bieten uns Sozialisten, die wir noch nicht Herren der Welt sind, sich die Chancen des Lebens dar, wie allen andern Sterblichen. Und welche bessere Chance konnte es geben, gleichzeitig wie an einer Stelle den Militarismus zu treffen, der mit verschwenkerischer Offenherzigkeit seine eigene Schande enthüllt, den Jesuitismus, der wieder im Namen des Vaterlandes sein Haupt zu heben wagt, und den Kapitalismus, der unfähig ist, das Land zu stützen, ohne in den Hinterhalt einer neuen Liga zu fallen? Aber — wenden manche ein — ist es für unsere Sache nicht sehr gefährlich, daß man Dreyfusismus und Sozialismus völlig durcheinander warf? Wenn wirklich diese Gesagte besteht — von der ich aus der Entfernung weder die Existenz feststellen noch die Tragweite abschätzen kann — so ist es notwendig, sie sofort thatsächlich und in den Geistes zu beseitigen. Die gegenwärtige Lage des französischen Sozialismus und die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen, die schon seit einiger Zeit besteht, und die, hoffe ich, die Vorläuferin der wahrhaftigen festen Einheit ist, duldet nicht, daß eine derartige Gefahr — und wenn sie auch nur ein bloßes Mißverständnis — lange Zeit dauert. Jaurès wird der erste sein, der die Form und den Inhalt finden wird, durch die Thatsachen und seine Rednerkraft klar darzulegen, daß, was gelegentliches Ziel des Kampfes ist, niemals das Endziel sein kann.

Was nun die zweite Frage angeht, so kann ich sie nicht mit Ja beantworten.

Die Republik retten — den Sozialismus in die Regierung der Bourgeoisie einführen — also Millerand Minister mit unserer Zustimmung — und endlich die These, daß schon jetzt der Sozialismus in die Regierung gelangen kann: ich vermag nicht dem bedenklichen und gefährlichen Gedankengang solcher Vorschläge zu folgen.

Als Ausländer und entfernt vom Pariser Schauplatz bin ich wirklich außer Stande, bis zu der Anekdote des Ein-

tritts Millerands in die Regierung herabzusteigen; umso mehr, als hier die Meinungen darüber der französischen Kameraden gespalten sind, und als die Auseinandersetzung Rouanets in der „Revue Socialiste“ eine genaue Beurteilung des Falles in seinen Einzelheiten nur noch erschwert hat. Gegenüber den Optimisten, die schon den Anfang der sozialen Republik sehen, gegenüber den Pessimisten, die auf die verheerlichen Folgen des Ehrgeizes hinweisen, erkläre ich für meine Person in dem Schritt, den Millerand hat, nichts anderes als eine einfache Verirrung. Ich rede hier nicht in dem persönlichen Sinne vom Standpunkte des Gewissens, um so weniger, als nur die Verlässlichkeit Millerands in ihren genauen und scharfen Urteilen bekannt ist, sondern von einer Verirrung in dem realen und positiven Sinne dessen, was politisch unnützlich oder schädlich ist. Der Mechanismus des modernen bürgerlichen und kapitalistischen Staates — namentlich in Frankreich, wo dem raschen Verschwinden jeder Spur von Selbstverwaltung einer vermehrten Zentralisation entspricht — macht es einem Sozialisten, der ganz allein in die Regierung kommt, unmöglich, irgend etwas zu thun, was von höherem Wert ist, als ein platonisches Dekret oder ein Befehl, auf den man nicht hört.

Aber es gilt doch, die Republik zu retten — wiederholt man uns. Gewiß, die Sozialisten können und müssen, je nach dem Fall, sogar die natürlichen Verbündeten aller der Teile in der Bourgeoisie sein, die in den verschiedenen Ländern im Kampfe liegen mit den Resten des Feudalismus oder der katholischen Reaktion oder der Herrschaft des Säbels und anderen Arten des Rückschritts. Aber sie müssen sein und bleiben Verbündete mit freier und reiner Hand. Sie müssen Verbündete sein als politische Organisation des Proletariats, das Kraft seiner Unabhängigkeit über seine eigene Initiative und seine Bewegungsfreiheit verfügt. Jedenfalls müssen sie Verbündete sein ohne eine von jenen Konventionen, die sich schließlich in gefährliche Verantwortungen und leere Versprechungen auflösen, während sie nur in die Ketten des Proletariats Verwirrung und Misstrauen tragen.

Millerand wird eine Indemnitätsbill verlangen können, und ich glaube, daß die Sozialisten bald Gelegenheit haben werden, sie ihm zu gewähren, da er sie als gewesener Minister und als entlassener Kamerad verlangen wird.

In dieser Antwort näherte ich mich, wie Sie sehen — hinsichtlich der Schlussfolgerungen, aber nicht in dem Tone, dem Kalozit und den Motiven — der Auffassung Kautskys, die ich im „Mouvements socialiste“ abgedruckt finde. Allein ich bitte nicht, wie mein Freund Kautsk, um Verzeihung dafür, daß ich aus zu großer Nähe die Ereignisse beurteilen wollte. Ihr Französisch steht mir ja so nahe durch amitte und neue Bande der Familiarität. Sojae ich mir nicht jedesmal, wenn ich einen Roman von Anatole France lese, fortwährend: Hier bin ich zu Hause.

Umfassen Sie meine Wünsche für die baldige Gründung der französischen sozialistischen Partei, die eins und unteilbar ist.

Antonio Labriola.

Sociales.

Soldaten als Ersatz für Sachengänger. Die „Zerbst Extrapol“ bringt folgende Notiz: Koblau, 6. Oktober. Auf dem Rittergute Keelen arbeiten jetzt acht Soldaten der Dessauer Garnison, weil die Herbsternie drängt und die engagierten Sachengänger die Arbeit niedergelegt haben, so daß, wie auch schon im Sommer, der Gutsherr in höchste Verlegenheit gekommen war. Damals waren militärische Hilfskräfte aus Spandau gekommen. Die Sachengänger glaubten sich wegen vermeintlicher ungerechter Behandlung seitens des Gutsinpektors berechtigt zur Niederlegung der Arbeit.

Demnach scheint die zweijährige militärische Dienstzeit immer noch zu lang zu sein.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis hielt am Dienstag seine Generalversammlung in Habels Dreierlei ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Mann in der üblichen Weise. Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen seit dem 21. April, inklusive des alten Bestandes von 400,00 M., insgesamt 1942,56 M., die Ausgaben, darunter 600 M. zur Agitation, insgesamt 1803,27 M., so daß ein Bestand von 399,29 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig befähigt und dem Kassierer auf deren Antrag Decharge erteilt. Außerdem wurde beschloffen, dem Reichstags-Abgeordneten Fißcher weitere 200 M. zur Agitation zu überweisen. Dem Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes war zu entnehmen, daß seit der letzten Generalversammlung nur zwei Versammlungen stattgefunden haben und daß der Besuch derselben zu wünschen übrig ließ; in derselben Zeit fanden 6 Vorstandssitzungen statt. Der Tischler Parteibüro wurde vom Vorstande aus dem Wahlverein ausgeschlossen. Eine Diskussion über die Verichte wurde nicht beliebt, von der Remonstration Abstand genommen und der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Hierauf berichtete der Vorsitzende über die in einer früheren Versammlung beschlossene Einteilung der Bezirke, die eine intensivere Agitation ermöglichen sollte und wodurch den Genossen Gelegenheiten zur regeren Betätigung gegeben wird. Sämtliche Bezirke bis auf 9, wozu sich bisher geeignete Genossen noch nicht gefunden haben, sind mittlerweile besetzt worden. Die Besetzung der Bezirke hat insbesondere deshalb sehr bedeutende Schwierigkeiten verursacht, weil eine große Anzahl Mitglieder noch immer nicht trotz wiederholter Aufforderung die Adresse mitgeteilt bzw. den Wohnungswechsel angezeigt hat. In der Diskussion wurde von allen Rednern eine lebhaftere Tätigkeit im Interesse der Partei und ein wirksamerer Zusammenhalt der Mitglieder überhaupt für sehr notwendig erachtet. Bemängelt wurde, daß ein Teil der Mitglieder nicht nur bezüglich mit den Beiträgen im Rückstande bleibt, sondern auch an den Arbeiten des Wahlvereins nicht genügend teilnimmt. Es wurde sodann an den gefassten Beschluß erinnert, daß Mitglieder, welche mit den Beiträgen 6 Monate im Rückstande sind und der erfolgten Aufforderung keine Folge leisten, aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Nachdem noch auf die bevorstehenden Kommunalwahlen hingewiesen worden war, gab der Vorsitzende bekannt, daß in den Bahnhöfen eine Anzahl Willeis zur Treptower Sternwarte vorhanden sind, die nur bis zum 31. Dezember d. J. ihre Gültigkeit behalten.

Der Wahlverein des sechsten Wahlkreises hielt Dienstag eine Versammlung im Victoriagarten (Vahstraße) ab, in der Genosse Zahn über „Parteibildungen“ sprach und schilderte, wie für die vorhandenen Parteien die bloßen Klassen- und Berufsinteressen ausschlaggebend sind und eine jede danach die Befehlsgebung zu gestalten sich bemüht. Daher will der konservative dem Arbeiter die Bewegungsfreiheit, der liberale Industrielle ihm das Koalitionsrecht nehmen. Bei Besprechung der Landarbeiterfrage weist Redner auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse im Süden und Norden hin und betont, wie das Großkapital, nachdem die industrielle Entwicklung auf ihrem Höhepunkt angelangt sein wird, sich auf die Landwirtschaft werfen und auch hier den Kleinbesitz vollends zerstören wird, auf welchen Zeitpunkt wir uns vorbereiten hätten. Die nächste Generalversammlung findet im November nach der Stadtverordnetenwahlen statt und erfucht der Vorsitzende um regere Beteiligung sowohl an den Versammlungen wie an den Flugblattverteilungen.

Die streikenden Metallarbeiter hatten sich am Mittwochvormittag in großer Zahl im Konzerthause „Sansonet“ versammelt. Saal und Galerien waren vollständig besetzt. Neben den gegenwärtigen Stand der Bewegung berichtete Käther: Die Forderungen seien in 37 Betrieben bewilligt. Rennerdings sei es in verschiedenen Fabriken, weil die Anfertigung von Streikarbeiten verlangt wurde, zu Koalitionen mit den Arbeitern ge-

kommen. Mit Ausnahme der Firma Ritter seien die Differenzen bereits beigelegt, teils werde deswegen noch mit den betreffenden Unternehmern verhandelt. Im allgemeinen stehe die Bewegung günstig. In einigen Betrieben, wo die Arbeiter anfangs für die Forderung des Reinstundentages nur schwer zu haben waren, hätten sie einmütig die Arbeit niedergelegt, als von ihnen verlangt wurde, daß sie durch Anfertigung von Streikarbeit den Kampf ihrer Kollegen illusorisch machen sollten. Es habe den Anschein, daß der Verband der Metallindustriellen durch Vorlegung von Streikarbeit in nichtstreikenden Betrieben einen Generalausstand provozieren wolle. Wenn auch die Arbeiter den Generalausstand nicht zu fürchten hätten, so würden sie doch eine solche Taktik einschlagen, die die Absichten der Unternehmer vereitere. Streikbrecher hätten sich bisher aus den Reihen der Ausständigen und Arbeitslosen nicht gefunden, und wenn die Streikenden ebenso wie bis jetzt zusammenhalten, dann sei die Durchführung des Reinstundentages gesichert. (Lebhafte Beifall.) Hierauf führte Käther an der Hand der Vorgesichte des Streiks aus, daß ein Teil der in Frage kommenden Metallwaren-Fabrikanten bereit war, den Reinstundentag zu bewilligen, daß eine glückliche Einigung aber von dem Rühnemannschen Verbande verhindert worden sei. Demnach trage also der Unternehmer-Verband die Schuld an dem gegenwärtigen Ausstände. Daß der Reinstundentag durchführbar ist, davon seien auch die Unternehmer überzeugt, aber sie wollen „Herren im Hause“ bleiben und den Arbeitern nichts bewilligen. Aus den Ausführungen der Diskussionsredner ging hervor, daß die Zuversicht und der Kampfesmut der Streikenden ungechwächt ist. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche besagt, daß die Streikenden so lange im Kampf auszuhalten werden, bis ihre gerechten Forderungen bewilligt sind.

Die Cigarettenarbeiter und Arbeiterinnen tagten am 4. ds. Mts. in einer öffentlichen Versammlung bei R. Mann, Prennstraße. Cigarettenarbeiter Rosenthal referierte über die Lage der Arbeiter der Branche. Er führte etwa aus: Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Cigarettenbranche sei eine sehr schlechte. Wohl verdienen die Arbeiterinnen 12, 15, auch 18 M., die männlichen 18, 20, 25, auch 30 M., aber wie lange müße auch dafür gearbeitet werden. Die Arbeitszeit geht von früh 7 Uhr bis abends 7 Uhr, dann aber müssen zu Hause noch 3, 4, auch 5 Stunden Hülse geleistet werden. Redner unterzieht dann die rigorosen Bestimmungen der Fabrikordnungen, das Strafsystem und die Behandlung einer scharfen Kritik. Hoff noch schlimmer seien die Zustände in der Hausindustrie. Zum Schluß fordert er die Anwesenden auf, sich alleinstimmig den Tabakarbeiter-Verbande anzuschließen. Nach ihm traten die Vertreter einiger Fabriken auf, welche unter Heiterkeit und Widerspruch der Versammlung die Ausführungen des Referenten zu entkräften suchten. Von den nachfolgenden Rednern und Rednerinnen wurden die Angaben des Referenten vollinhaltlich bestätigt. Um die angeführten Löhne zu verdienen, müßten sie des Abends bis Mitternacht arbeiten (Hülse Neben), so daß sie weder eine Versammlung besuchen könnten, noch Zeit hätten, eine Zeitung zu lesen. Vor allem müße die Hausarbeit fallen. Einer der anwesenden Werkmeister empfahl den Arbeitern, einen besonderen Verband zu gründen. Dem traten Watz und Dechant wirksam entgegen, indem sie die Vorteile einer großen Organisation darlegten. Der Tabakarbeiter-Verband mit seinen 22 000 Mitgliedern und seinem ansehnlichen Vermögen würde den Cigarettenarbeiterinnen in ihrem Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen behilflich sein. Die Anwesenden erklärten sich durch Annahme einer Resolution bereit, dem Verband als Mitglieder beizutreten. Bekannt gegeben wurde, daß Montags von 7—10 Uhr abends Kappelerstr. 42 bei Rosin, Adalbertstr. 4, und Sonnabends von 7—10 Uhr bei Feind, Weinstr. 11, Mitglieder angenommen werden.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen (lokal) hielten am Freitag eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Klein referierte über: „Die Gewerkschaften und die Arbeiterkassen“. Neben den mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde eine Diskussion nicht beliebt. Sodann wurden die Mißstände in den Kautschukfabriken einer herben Kritik unterzogen. Klein führte aus, daß er im Auftrage der öffentlichen Versammlung, welche am 26. August tagte, an die Direktion ein Schreiben gerichtet habe, um Unterhandlungen mit der Direktion anzuknüpfen, wegen Abfassung der zahlreichen Mißstände. Er habe u. a. fünf Hauptpunkte, betreffend die Bade-Einrichtung, die mangelhafte Ventilation, die schabhalbe Dampfheizung, die Trinkwasser-Angelegenheit und die Entfernung der Säureballons von den Eingängen der Speiseküche besonders hervorgehoben und zu sofortiger Abfassung vorgeschlagen. Im weiteren führte er aus, daß es die Direktion wohl unter ihrer Würde halte, ihm auch nur eine Antwort zukommen zu lassen, denn er warte bereits sechs Wochen darauf. Er ersuche deshalb die anwesenden Arbeiter der Firma, sich recht zahlreich an der Debatte zu beteiligen, um darüber Auskunft zu geben, ob jenes Schreiben etwa doch etwas gefruchtet habe. Hierauf meldeten sich einige Mitglieder des Arbeiter-Ausschusses und gaben an, daß der gesamte Ausschuss sofort nach Eingang des Schreibens zusammengetreten wurde, um Auskunft über die öffentliche Versammlung zu geben. Ferner, daß mit der Abfassung der fünf besonders genannten Punkte sofort begonnen wurde; da wurde Wasserleitungsrohr gelegt, die Bade-Einrichtung, ebenso die Speiseküchen vermehrt, die vollen Ballons von den Speiseküchen entfernt, fernere wurde angeordnet, daß die letzteren Ballons stets anzupipen sind, damit der Geruch der Säure von den Speiseküchen verschwindet. Es meldeten sich auch einige Herren Meister zum Wort und gaben an, daß die Arbeiter nicht gleich öffentlich vorgehen sollten, sondern sie sollten ihre Beschwerden zu ihren Vorgesetzten bringen, dann würde ihnen ebenso gut Rechnung getragen werden. Hierauf nahm Genosse Klein nochmals das Wort, um den letzteren Ausführungen der Meister entgegenzutreten. Dann wurde das Regulatorische neu gegründeten Gewerkschaftskartells verlesen und gutgeheißen, und Kollege Frits Biererbe als Delegierter gewählt.

Der Arbeiter-Vertreter-Verein tagte am 5. Oktober in dem Lokal von Uüle, Grenadierstr. 33. Ahmann erstattete als Revisor-Kommissionsmitglied Bericht über das Verhalten der „Berliner Rettungsgesellschaft“ gegenüber den Krankenassen. Redner kritisiert die Geschäftspraktiken der Gesellschaft, welche sich im Laufe der Zeit immer mehr zu Ungunsten der Kassen gestaltet hätten und dadurch sei eine starke Gegnerschaft entstanden, welche eine schleunige Abhilfe fordert. Es sei ohne weiteres zuzugeben, daß die Klagen der Kassenvorstände berechtigt sind. Die Liquidationen für die erste Hilfeleistung sind außerordentlich hoch, es ist vorgekommen, daß für einzelne Fälle ein Betrag bis zu „25 Mark“ gefordert worden ist. Hier müße Wandel geschaffen werden. Die Anregung im Verein kam uns gelegen, sie jetzt und in die Lage, einen begründeten Antrag auf Einberufung einer Vorstandssitzung zu stellen; dieselbe hat am 6. September stattgefunden und haben wir dem Vorstand folgende Forderungen unterbreitet.

1. Das Honorar für die erste Hilfeleistung ist für alle Fälle auf 2,50 M. inkl. Verbandsstoffe festzusetzen.
 2. Die Beträge sind durch die Centrale einzuziehen.
 3. Den Mitgliedern der Rettungsgesellschaft und deren Angehörigen ist die erste Hilfeleistung unentgeltlich zu gewähren.
- Diese Anträge sind vom Vorstand angenommen worden. Nach seiner Meinung könnten sich die Krankenassen mit dem Pauschalbetrag von 2,50 Mark für jede erste Hilfeleistung einverstanden erklären, weil er in dem Rahmen des Annehmbaren liegt; bei den Unfällen, die betrogen die Kassen der ersten Hilfeleistung im Durchschnitt 2,21 M., bei den Sanitätswochen 2,56 M. inkl. Verbandsstoffe, bei der Rettungsgesellschaft haben dieselben bisher 3,41 M. exkl. Verbandsstoffe betragen. Redner fordert auf, Mitglieder der Rettungsgesellschaft zu werden, damit sie so angebahnt werde, daß sie den berechtigten Wünschen und Interessen der dabei Beteiligten entspricht.
- Jander, welcher gleichfalls das Gedächtnis der Ärzte eigenständig findet, wendet sich gegen den Eintritt in die Rettungsgesellschaft, und meint, man müße auch ohne Mitgliedschaft sein, Einfluß haben. Wollte die Gesellschaft keine genügende Konzessionen machen, müße

sie boykottiert werden. König, Thiering, Stuhlmann, Busch, Büschel und Vinte sprechen gegen die Rettungsgesellschaft, während Gutheit, Simanowski, Völter, Liebenow und andere für die Beschäftigten eintreten.

Zu Punkt II bringt Simanowski eine Referententcheidung zur Kenntnis. Nach derselben hat eine Bau-Berufsgenossenschaft die Anteile eines Verlegten so festgelegt, daß sie nicht den tatsächlichen täglichen Arbeitsverdienst zu Grunde lege, sondern für die an 300 Tagen fehlende Zeit, den ortsüblichen Tagelohn in die Rechnung einstelle. Dieser Festsetzung ist das Reichs-Verkehrsamt entgegengetreten und hat folgenden Grundsatze ausgesprochen:

„Als Jahres-Arbeitsverdienst der in Baubetrieben beschäftigten Personen gilt bei der Rentenberechnung das Dreihundertfache des in dem Betriebe während des letzten Jahres vor dem Betriebsunfall durchschnittlich erzielten täglichen Arbeitsverdienstes, und zwar auch dann, wenn der Betrieb einige Zeit des Jahres entsprechend einem ortsüblichen Brauche geruht hat.“

Redner wünscht, daß ähnliche wichtige Entscheidungen in der Arbeiterpresse Aufnahme finden, damit den Verlegten und sonstigen Interessenten auf diese Weise Belehrung zu teil wird. Mitgeteilt wird noch, daß das Reichs-Verkehrsamt die ständigen und nicht-ständigen Mitglieder zu einer Besprechung eingeladen hat, um zu beraten, wie das Ueberhandnehmen der Rekurse einzudämmen ist. Ein Vorschlag, daß das Reichs-Verkehrsamt nicht mehr Rekurse, sondern Revisionen einbringen soll, habe man als unzulässig bezeichnet; dagegen haben die Arbeitervertreter die Vermehrung der Sprachkammern für erstrebenswert gehalten, damit der Uebelstand beseitigt wird, daß in einer Sitzung die 4—5 Stunden dauert, bis 36 Fälle zur Aburteilung gelangen. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Centralverband der Töpfer hielt gestern eine sehr stark besuchte Generalversammlung bei Frau Brunnstraße, ab. Zunächst gab der Kassierer die Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben der letzten beiden Quartale. Der Kassenbestand in der Lokale betrug am Schluß des verfloffenen Quartals 678,23 M. Die Mitgliederzahl der hiesigen Filiale ist beständig gestiegen und beträgt gegenwärtig über 700. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig befähigt und auf deren Antrag dem Kassierer die Decharge erteilt.

Die Lohnbewegung ist, wie berichtet werden konnte, eine derartig einheitliche, wie nie zuvor. An derselben haben sich auch die Töpfer von solchen Firmen beteiligt, die sonst gewöhnlich abseits standen. Auf den Werten ruht die Arbeit gänzlich. Auch von den Töpfern, die auf Privat arbeiten, ist von der Mehrzahl die Arbeit eingestellt worden. Die noch Arbeitenden sollen veranlaßt werden, sich ebenfalls der Bewegung anzuschließen. Bisher sind ca. 900 Streikarten an diejenigen vorausgibt worden, die sich zur Kontrolle meldeten. Die Zahl der Streikenden ist aber weit größer, weil sich viele noch nicht zur Kontrolle gemeldet haben. Der Generalsekretär hat bisher schon eine gute Wirkung erzielt. Vierzehn Firmen haben bereits unterschrieben, den aufgestellten Tarif vollständig anzuerkennen. Eine Anzahl Unternehmer will die Forderungen mit einigen Abänderungen bewilligen. Ob und welche Verhältnisse die Unternehmer bezüglich der Lohnbewegung gefast haben, ist nicht bekannt geworden. Jedenfalls ist die Situation der Lohnbewegung für die Arbeiter eine recht günstige und kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der Streik ein gutes Resultat zeitigen wird. Es wurde mit dem Hinweis auf den Buchstauskurs erucht, in ruhiger, sachlicher Weise die Kontrolle auszuüben, um den Behörden keinerlei Handhabe zum Einschreiten zu geben. Wie noch mitgeteilt wurde, haben sich die Töpfer Deutschlands mit dem Vorgehen der Berliner Töpfer einverstanden erklärt und die genügende moralische und materielle Unterstützung zugesichert. Einstimmig erklärte auch die Versammlung sich mit den übrigen Berliner Töpfern solidarisch und daß die hiesige Filiale den Kampf mit allen Mitteln unterstützen wird. Am Freitagvormittag findet in den Andreasfäden eine öffentliche Versammlung statt.

Die Marmorarbeiter Berlins hielten am 5. d. M. eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der Streik bei der Firma Fink besprochen wurde. Der Berichterstatter der Kommission erklärte den Stand des Streiks für die Arbeiter günstig, da sich bis jetzt noch keine Streikbrecher gefunden haben. Herr Fink hat, wie mitgeteilt wurde, sich auch endlich bewegen gelassen, der Vereinigung der Marmorwaren-Fabrikanten beizutreten und zu einer Verhandlung mit der Kommission der Arbeiter ließ er sich herab, gab jedoch die Erklärung ab, niemals den Tarif zu unterschreiben, mit der Notwendigkeit, daß er Herr in seinem Hause bleiben wolle. Da die bei der betreffenden Firma ausgetretenen Arbeiter alle bis auf drei Mann anderswo in Arbeit getreten, wurde schließlich ein Antrag angenommen, den Streik bei Fink für beendet zu erklären, dafür aber über die Werkstätte Fink die Sperre zu verhängen.

Die Monatsversammlung der centralorganisierten Bäcker fand am 10. Oktober im Englischen Garten statt. Der Quartalsbericht ergab eine Einnahme von 696,92 M., eine Ausgabe von 383,92 M., so daß ein Bestand von 313,10 M. verbleibt. Es gelangte sodann ein Vorschlag des Vorsitzenden zur Annahme, dahin lautend, den Rechtsanwalt Kay, Neue Königstraße, zum Syndikus für die Gewerkschaft beauftragt, die Mitglieder in gewerblichen Streitigkeiten zu bestellen. Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende noch auf das demnächst stattfindende Herbstfranzösischen aufmerksam und empfahl dafür rege zu agitieren. Einstimmig wurde beschloffen, den streikenden Kollegen in Wiesbaden, sobald nähere Details bekannt sind, 30 M. zu überreichen. Ein Mitglied machte sodann noch die Mitteilung, daß die Bäckerei von Sobel auf einen neuen Inhaber (Thien) übergegangen und dieser beabsichtigt, die organisierten Kollegen seiner Bäckerei auf die Straße zu werfen und die Löhne bedeutend zu reduzieren. Es war diese Bäckerei bisher gewissermaßen ein Asyl für gemargelte Kollegen. Sollte daher diese Drohung wahr werden, würde es den Kollegen zur Pflicht gemacht, die Arbeit niedergelegen. Auch würde ein Vorpost, da die Kommiten dieser Bäckerei meistens der Arbeiter-Klasse angehören, höchst wirksam sein. Alle Redner sprachen die Ueberzeugung aus, daß die arbeitende Klasse der Berliner Bevölkerung die Bäder in diesem Kampfe gegen einen Unternehmer, der seine Arbeiter mahregelt, weil sie einer Organisation angehören, fiderlich thätig unterstützen werde. Wegen vorgerückter Stunde wurde alsdann die Versammlung geschlossen.

Der Verband der Bau- und Hilfsarbeiter, Zahlstelle III, ehrte in seiner letzten Versammlung zunächst das Andenken der verstorbenen Mitglieder. Es wurden die vom Vorstand am 3. September für Agitationszwecke bewilligten 50 M. von der Versammlung befähigt. Außerdem wurden 100 M. für die Lederarbeiter, 50 M. für die Steinarbeiter und 50 M. für die Agitationskommission bewilligt. Die Quartalsabrechnung ergab eine Einnahme von 1163,95 M., an die Hauptkasse abgeführt sind 817,80 M., bleibt Bestand 346,15 M. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab eine Einnahme von 492,80 M., Ausgabe 387,90 M. Obige Abrechnung ist von den Revisoren Gottschal und Gebhardt befähigt und wurde der Kassierer hierauf einstimmig entlastet. Zugleich wurden demselben 30 M. Vergütung gewährt. Auf die unrichtigsten Vorwürfe des Kollegen Keutrich hin legte der Vorsitzende A. Wöber sein Amt nieder und wurde die Sache der Lohnkommission zwecks Regelung überwiehen.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Vudapest, 11. Oktober. (B. Z. V.) In der Municipal-Versammlung erklärte der Bürgermeister auf eine Anfrage die in ausländischen Blättern erschienene Meldung, wonach die Hauptstadt sich in drückendsten materiellen Verhältnissen befinde und ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen könne, für eine böswillige Erfindung. Die präsentierten Rechnungen und die Beamtengehälter würden pünktlich und anstandslos bezahlt.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Hannover, den 10. Oktober.

Zweiter Verhandlungstag. (Schluß.)

David-Matth:

Parteilgenossen, Bernstein ist in einer unangenehmen Lage, er kann nicht hier sein, dadurch ist er von vornherein benachteiligt. Darum sollte es jedenfalls vermieden werden, ihn persönlich als Mensch und Genossen anzugreifen. Das sind wie ihm schuldig, und diese Rücksicht habe ich verschiedentlich bei Bebel vernimmt. (Beifällige Zustimmung, vereinzelter Jubel: Im Gegenteil!)

Niemand wird jede einzelne Behauptung Bernsteins zu der feindlichen machen, aber es gilt, Bernstein zu bedenken; ich gehöre zu denen, die Bernstein in seinen wesentlichen Anschauungen zustimmen. Ich habe den Mut, das zu sagen, auch nach dem Besatze Bebel's. Ich würde nicht den Mut haben, wenn alles zutreffend wäre, was Bebel als Anschauungen Bernsteins dargestellt hat.

Bernstein leistete etwas Positives.

Ich werde den Beweis liefern, daß Bebel in verschiedenen Beziehungen dem doch sehr weit in der Darstellung des Bernsteinischen Standpunktes vorbeigegriffen hat. Ich will die positive Seite des Bernsteinischen Standpunktes in den Vordergrund meiner Betrachtungen rücken im Gegensatz zu Bebel, der mehr die negative Seite betont, mehr gezeigt hat, was er uns nimmt, als was er uns giebt. (Zustimmung.) Dem Bernstein giebt und in der That etwas. Diese Seite will ich voranstellen und ich hoffe, daß es mir so gelingen wird, doch nachzuweisen, daß ein einheitlicher Grundgedanke im Bernsteinischen Bunde vorhanden ist, das durchaus nicht so verworren und unklar ist, wie hier gesagt worden ist.

Wenn jemand mit neuen, differenzirten Ideen auftritt, dann ist der erste Effekt der, daß das Gros der Anhänger des Alten nur die Kritik sieht, die er am Alten übt und für das Neue noch keine Apperceptionscentren (Aufassungsvermögen) besitzt.

Ist Bernstein Socialdemokrat?

Ich wende mich sofort der Hauptfrage, wie die Gegner meinen, der für Bernstein wichtigsten Frage zu: „Wie kann sich jemand noch einen Socialisten, noch einen Socialdemokraten nennen, der die Anschauungen Bernsteins teilt?“ Man hat gesagt, eine Menge Widersprüche seien im Bernsteinischen Bunde enthalten, der größte Widerspruch aber sei der, daß sich Bernstein noch für einen Socialdemokraten halte. Den prägnantesten Ausdruck hierfür hat Parvus gefunden, als er Bernstein „Apostata“, den Abtrünnigen, nannte. Der Ausdruck stammt aus den Kirchenbüchern, Apostata ist der vom Glauben Abtrünnige. Genosse Stern in Stuttgart hat geschrieben, Bernstein trage den Feuerbrand in den Tempel des Marxismus und lasse keinen Stein auf dem anderen. Unser Veteran Dieblich hat in einem Zeitartikel im „Vorwärts“ vom 28. März d. J. — es ist ganz amüsan, darauf hinzuweisen — gegenwärtigen Angriffen gegenüber festgestellt, daß Bernstein das Fundament und Endziel der Partei, die Umwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum gar nicht angefaßt habe. Dann aber geschah das Allermerkwürdigste. Bernstein schrieb seine Artikel im „Vorwärts“, in denen Bebel „endlich“ die Anerkennung des Princips des Klassenkampfes fand. Diese Artikel aber hatten vier Monate in der Redaktion des „Neuen Zeit“ gelagert. (Hört! hört!) Da darf man nicht von „endlich“ sprechen. Liebnecht aber fand nun in seiner jüngst erschienenen Schrift: „Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis“, daß die Bernsteinische Schrift der „Umsturz der Grundlagen unserer gesamten Weltanschauung“ sei. Wenn die Gegner Bernsteins sich in solchen Widersprüchen bewegen, dann sollte man doch nicht so thun, als ob nur auf Bernsteins Seite Widerspruch sei.

Das Allerbrüßlichste aber ist folgendes: Nachdem sich Liebnecht zu den Anschauungen Stern's durchgemauert hatte, hat sich Stern wieder zurückgemauert (Große Heiterkeit) und hat Bernstein neuerdings als guten Genossen bezeichnet, der sich vollständig auf den Boden der Partei gestellt habe und den wir als guten Socialdemokraten anerkennen müßten. (Heiterkeit.) Sie sehen, daß die Auffassungen verschieden sind.

Das Endziel.

Die Frage, ob Bernstein Socialist oder nicht, liegt nicht so einfach. Ich gehe sofort auf Endziel los und stelle es in den Mittelpunkt meiner Betrachtung. Der Abschnitt 5 unseres Programms stellt unser Endziel nach zwei Richtungen hin fest, und zwar in der Richtung auf die Produktion und auf die Distribution, die Verteilung der Güter. In der ersten Hinsicht fordern wir die Aufhebung des privaten Eigentumsrechtes an den Produktionsmitteln, in der zweiten die Ersetzung des kapitalistischen Tauschwertes durch eine socialistische Verteilung der Produktionsmenge. Das ist das ökonomische Princip des Socialismus. Bernstein hat dies ökonomische Princip unter Ableitung von socialen Genossen als „genossenschaftliche Ordnung der Produktions- und Distribution“ zu definieren gesucht. Ich halte die Definition für unglücklich, schon deshalb, weil sie zu Mißverständnissen führen kann. Wenn die Menge der Parteigenossen diese Bezeichnung hört, dann denkt sie an Genossenschaften und sagt: Er ist ein Genossenschaftler und weiter nichts. Der Ausdruck kann zu einer engen Auffassung führen. Ich will sagen, was ich unter dem socialistischen Princip verstehe. Man könnte es die „genossenschaftliche Ordnung des Produktionsprozesses“ nennen. Am schärfsten kann ich den Gedanken in Gegensatz zu heute fassen, wo ein Individuum die entscheidende Gewalt im Produktionsprozesse hat und sich den Mehrwert aneignet. Das socialistische Princip will eine Einrichtung, bei der jede private Aneignung von Mehrwert unmöglich wird.

Socialist ist also jeder, der sich zu diesem Princip bekennt. Wer sich nicht hierzu bekennt, ist kein Socialist. Zu diesem Princip bekennt sich nun Bernstein und seine Anhänger in der Partei.

In unserem Programm wird dagegen nicht verlangt, daß man etwas Bestimmtes glaubt über die Zeit, wo dieses socialistische Princip zur Durchföhrung gelangt. Darüber wird in dem Programm nichts gesagt. Die Parteigenossen können verschiedener Meinung darüber sein, ob 20, 50, 100 oder 500 Jahre vergehen werden, bis das socialistische Princip sich durchföhrt. Bebel hat Bernstein vorgeworfen, daß er immer sage: Langsam voran! Langsam voran! Es ist ganz gut, daß es in der Partei Leute giebt, die nicht glauben, es geht von heute auf morgen. Bebel hat ja selber gesagt: der Berg kommt noch. Eigentlich sollten wir nach seiner früheren Prophezeiung schon seit Jahresfrist über den Berg hinauf sein. (Große Heiterkeit. Auf: Der Berg ist gewachsen. Erneute Heiterkeit.)

Unser Programm enthält nur eine relative Zeitbestimmung. Im Abschnitt 7 heißt es, daß wir, bevor wir das socialistische Wirtschaftsprincip einföhren, erst die politische Macht zu erobert haben müssen. Dieser Gedanke kehrt überall wieder bei Rosa Luxemburg, bei Bebel, bei Kautsky. Dasselbe drückt auch Bebel in seiner Resolution aus. Wir sollen die politische Macht erobern und mit Hilfe derselben die Produktionsmittel vergesellschaften. Man will sich einmal annehmen, es gebe jemand, der da glaubt, die Arbeiterklasse könne schon vorher den Socialismus durchföhren. Ist der nun kein Socialist? (Auf: Nein Socialdemokrat!) Ich glaube doch. Wenn das den Socialisten anmacht, daß er sich zum socialistischen Wirtschaftsprincip bekennt, dann kann der nicht ausgeschlossen sein, der sich schon jetzt dazu bekennt. Es giebt solche Leute, die da sagen, wir können durch das Genossenschaftswesen den kapitalistischen Staat von innen heraus vernichten.

Das sind die Nur-Genossenschaftler. Ich gehöre nicht zu den Genossen, die das glauben; ich meine auch, Bernstein ist nicht der Ansicht, man müsse socialisieren, bevor man die politische Macht erobert könne. Schon früher hat man ja in der Partei für den Marxismus einen Widerspruch gegen die materialistische Geschichtsauffassung nachgewiesen. Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt, daß die wirtschaftliche Gewalt gewissermaßen die Voraussetzung für die politische Gewalt ist. Kautsky ist dieser Auffassung mit dem Argument entgegengetreten, unter ökonomischer Gewalt brauche man nicht zu verstehen, daß das Proletariat schon vorher Besitzer der Produktionsmittel sein müsse; es habe auch dann die ökonomische Gewalt, wenn es im Produktionsprozeß unentbehrlich sei. Ich glaube nicht, daß dies Argument sehr glücklich ist, denn in dem Sinne waren auch die leibigenen Bauern unentbehrlich in der feudalen Produktion, sonst wären die Ritter verhungert, und auch die Sklaven des Altertums waren notwendige Produktionsfaktoren. In diesem Sinne hat schon von jeder die arbeitende Klasse die ökonomische Macht gehabt. Doch das nur nebenbei.

Es giebt noch eine dritte Möglichkeit, wie man sich die Sache vorstellt, und diese Möglichkeit vertritt Bernstein. Er sagt: es ist falsch, zuerst die politische Gewalt und dann die wirtschaftliche zu erobern; er sagt, auch das Umgekehrte sei falsch, es müßten vielmehr beide Bestrebungen gleichzeitig nebeneinander hergehen, sich gegenseitig bedingend, sich gegenseitig stützend. In dieser Weise werde demaleinst das Endziel erreicht werden. Wenn Sie das festhalten, werden Sie mandes bei Bernstein selbstverständlich finden, was man ihm als Todssünde angedehnet hat. Sie werden plötzlich den Satz: „Das Endziel ist mir nichts, die Bewegung alles“ in einer ganz anderen Beleuchtung sehen. Wenn jemand in der Bewegung nicht nur das Demokratisierungsprincip erblickt, sondern auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft bereits den Socialisierungsprozeß, und er sagt dann: „die socialistische und die demokratische Bewegung, die wir in unserem Namen vereinigen, ist mir die Hauptsache; was man gemeinlich Endziel nennt, der Vorstellung einer mit gewisser Pflichten aufgerichteten socialistischen Gesellschaft aber lege ich minderen Wert bei“, so gewinnt doch die Sache einen anderen Sinn. Jedemfalls darf man dann nicht ohne weiteres einfach erklären, Bernstein sei ein bürgerlicher Demokrat, der sich mit Reformen begnügt und auf das Socialistische in der Bewegung verzichtet.

Das socialistische Princip wirkt schon jetzt!

Run wendet man ein, es sei nicht möglich, auf dem Boden des gegenwärtigen Staates dem socialistischen Princip zum Siege zu verhelfen. Bernstein sagt, es sei doch möglich, und ich sage mit ihm, es ist möglich. Ich fürchte mich auch nicht, deshalb den Vorwurf eines Dummkopfes oder verschwommenen Denkens mir zuzuziehen, oder wie sonst die schönen Invektiven heihen, die man gegen uns „Opportunisten“ geschleudert hat. Man muß sich eben an alles gewöhnen. Der beste Beweis, daß schon heute das socialistische Wirtschaftsprincip wirken kann, ist die Thatfache, daß sich jener Prozeß ja schon vor unseren Augen abspielt, nicht bloß in dem Sinne, daß der Kapitalismus die Vorbereitung für eine gesellschaftliche Organisation der Produktion bildet, sondern in dem wirklichen Sinne, daß heute schon das Eigentum an Produktionsmitteln aufgehoben wird, daß das kapitalistische Recht und die kapitalistische Macht im Produktions- und Distributionsprozeß beseitigt wird.

„Aber wir haben doch kein Privateigentum auf“, wie man mir da einwerfen, wie expropriieren doch nicht. Ja, wir thun es doch. Was heißt dem Eigentum? Das heißt eine Handvoll Rechte, die mir erlaubt, mit einem Dinge zu machen, was ich will. Eigentum an Produktionsmitteln bedeutet, daß ich damit beliebig schalten und walten kann. Wenn Sie das ins Auge fassen, so werden Sie mir zugeben, daß man sich eine Expropriation nicht nur in dem äußerlichen Sinne vorstellen kann, je man etwas wegzunehmen, sondern man kann ihm sein Eigentum gewissermaßen andöhlen, ihm ein Recht der Verfügung über die Produktionsmittel nach dem andern beseitigen, ihn gewissermaßen von innen heraus enteignen. In diesem Sinne wird allerdings die Expropriation schon auf dem Boden der heutigen Gesellschaft vor sich gehen können, nicht auf einmal, denn solche Enteignung hat sich nie auf einmal vollzogen. Wenn eine politische Expropriation stattfände, so war in der Regel schon das Eigentum an den zur Expropriation gelangenden Objekten innerlich erschüttert. Bernstein meint ja auch nun, wenn man nicht schon vorher von innen heraus das kapitalistische Eigentum beschränkt hat, so kann man nicht mit einer plötzlichen politischen Handbewegung die wirkliche Expropriation vollziehen. Was beküme man, sagt er, wenn man die Maschinen einfach wegnimmt? Man beküme die Leeren Säße in die Hand.

Bebel's falsche Auffassung.

Darum erkenne Sie, daß Bebel Bernstein falsch aufgefaßt hat. Wenn heute dem Kapitalisten durch Gesetz die freie Verfügung über seine Maschinen entzogen, wenn ihm verboten wird, sie 24, 20, 12, 10 Stunden hindurch laufen zu lassen, so ist das in der That eine Expropriation. Durch jede Verkürzung der Arbeitszeit infolge gesellschaftlichen Zwangsgebots verliert der Kapitalist einen Teil seines Eigentums am Produktionsbetrieb; ebenso wenn ich ihm verbiete, in jedem Maschinenraum seine Maschinen laufen zu lassen, oder wenn bezüglich der Verwendung von Frauen und Kindern an diesen Maschinen ihm Einschränkungen gemacht werden.

Wir haben ja auch als politische Partei schon längst erkannt, daß man die Expropriation der Kapitalisten schon heute vollziehen kann, natürlich immer nur Stückweise. Wir haben nämlich im Erfurter Programm im zweiten Teil Forderungen aufgenommen, die keineswegs politischer, sondern wirtschaftlicher Natur sind und sich auf die Einschränkung des kapitalistischen Wirtschaftsrechtes beziehen.

Wir haben selbst Eingriffe in die Lohnverhältnisse vorgeschlagen, indem wir das Verbot des Lohnsystems fordern, und nicht nur wir haben das getan, auch Marx spricht mit klaren Worten aus, er glaube, daß das socialistische Wirtschaftsprincip schon auf dem heutigen Boden liegen kann. Er sagt nämlich: Die Lohnsummen-Vill ist der Sieg eines Princips, des Princips, welches besagt, nicht der Privateigentümer hat das Recht, mit seinen Produktionsmitteln zu thun, was seinen Interessen entspricht, sondern es ist eine gesellschaftliche Macht da, die ein gesellschaftliches Recht auf die Produktionsmittel hat und dies in der Weise ausüben kann, daß sie dem Kapitalisten einen Teil seines Verfügungsrechtes über die Produktionsmittel nimmt. Daß Bernstein dieselbe Auffassung hat, beweist das Motto auf seinem Bunde: es ist dieser Satz aus Marx.

Die Berechtigung, im Parlament mitzuarbeiten, hat sich unsere Partei ja auch erst erlangen müssen gegen eine Opposition, die da sagte: Auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ist eine Socialisierungsmöglichkeit ausgeschlossen; was thut Ihr also im Parlament? Darauf erwiderten die Anhänger des Parlamentarismus: Wir wollen in erster Linie die Parlamentarismustribüne gewinnen, wir wollen das Proletariat dadurch erziehen und zum Bewußtsein seiner Lage bringen. Mehr und mehr wuchs dann die Auffassung, daß die parlamentarische Thätigkeit auch eine positive Bedeutung habe, und der Eifer, mit dem unsere Genossen im Parlament für die wirtschaftlichen Forderungen eingetreten sind, beweist ja, daß man nicht nur eine agitatorische Wirkung im Schilde führte, sondern daß man mehr und mehr sah, daß auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft schon ein Stück Socialismus verwirklicht werden kann. Es giebt allerdings auch noch Gegner dieser Auffassung, wie die Genossin Rosa Luxemburg, die heute noch verdammt niedrig vom Parlamentarismus denkt. Sie spricht in ihrer Polemik gegen Bernstein von dem Hühnerkall des bürgerlichen Parlamentarismus. Run, wenn sie in die Lage käme, gewählt werden zu können, sie würde es wohl

sicher ablehnen, dort ihre socialistischen Eier niedergulegen. (Große Heiterkeit.)

Genossenschafts- und Klassenkampf.

Im gewerkschaftlichen Kampf gehen wir ja heute noch weiter in der schrittweisen Ueberwindung, Durchföhrung und Ersetzung des individuellen Eigentumsrechtes durch kollektivistisches Recht. Der gewerkschaftliche Kampf ist ja der reinste Ausdruck des Klassenkampfes; darauf hat Bernstein von Anfang an hingewiesen und das sollte ihm doch den Vorwurf ersparen, daß er nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehe.

Der so der gewerkschaftlichen Bewegung eine höhere Bedeutung beimißt, als man es von anderer Seite zu thun pflegte, von dem kann man doch nicht sagen, daß er den Klassenkampf verleugnet. Und wenn Sie heute eine Resolution annehmen würden, die von A bis Z mit Bernstein übereinstimmt, so könnte dadurch die Aufhebung des Klassenkampfes doch nicht irritiert werden. Gerade in den Reihen der Gewerkschaften sieht man ja Bernstein nahe. Dort wird eine noch weitere Beschränkung der Arbeitszeit verlangt, als im Parlament; dort wird das freie Wohnvertragsrecht nicht nur theoretisch bestritten, sondern zum Teil schon thatsächlich aufgehoben. In den großen gewerkschaftlichen Verbänden Englands, namentlich bei den höher qualifizierten Arbeiterkategorien ist der Arbeitsvertrag in der Regel schon kein individualistischer mehr, sondern ein kollektivistischer. Nennen Sie das nicht Aufhebung von Eigentum, nennen Sie das nicht die Durchföhrung eines Princips? Und ist nicht auch die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker eine sehr schöne Ertragsgemeinschaft des Socialismus auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse? (Sehr richtig! und Widerspruch.) Ich will ja nicht die Form und die Dauer des Vertrages hier verzeihen, ich kenne ihn nicht so genau, ich spreche von ihm nur als von einer principiellen Ertragsgemeinschaft.

Nach den Mitteilungen der Webb's ist in England für 90 Proz. der qualifizierten Arbeiter der Kollektivarbeitsvertrag an Stelle des individualen getreten. Wenn Bebel vorher sagte, die kollektierten Arbeiter könnten nur eine sehr geringe Macht ausüben, sobald erst einmal ihre Gegner vollständig isoliert seien, und wenn er ferner auf die Abwehrkräfte hinweist zum Beweis für die Schwäche der kollektierten Arbeiter, so vergißt er, daß die heutige gewerkschaftliche Organisation ihre Schwäche nicht der Stärke der Arbeitgeber, sondern der Masse der noch nicht organisierten Arbeiter verdankt, die den Streikenden in den Rücken fallen. Das Ehepaar Webb ist aber durchaus nicht der Meinung, daß der gewerkschaftlichen Organisation in Zukunft kein Sieg beschieden sei. Ich entnehme den „Socialistischen Monatsheften“ da folgendes Citat: Die Vereinnahmung der ganzen Arbeiterklasse zu einem Genossenschafts-Verbande einerseits und einer Föderation von Gewerkschaften andererseits würde den Arbeitern thatsächlich die Herrschaft im Staate einräumen.“ Principiell läßt sich doch nicht bestreiten: wenn die Arbeiterklasse in allen Ländern gewerkschaftlich und, worauf ich später noch komme, genossenschaftlich organisiert wäre, so hätte sie die politische Macht, dann hätte sie aber das kapitalistische Eigentum soweit ausgeschöhlt, daß mit einer einladenden Handbewegung das noch zu Verborgene geziehen könnte. Es ist aber auch ganz charakteristisch, daß die Auffassung, daß die Gewerkschaften schon heute Positives erkämpfen können, sich erst in der Socialdemokratie hat Bahn brechen müssen. Auch in Adler erklärte Bebel, daß sobald die Kapitalisten sich organisierten, die Todesstunde der Gewerkschaften geschlagen hätte. Ich glaube das nicht. Denn wenn auch die Unternehmerkoalitionen weit voraus sind, so bestehen doch unter den Unternehmern Interessengruppen, die das Solidaritätsgefühl bei ihnen nicht auskommen lassen. Wäre ich und wäre Bernstein ein solcher Rutzgewerkschaftler, würden wir glauben, daß man mir auf dem Wege der Gewerkschaften allein dem Socialismus zum Siege verhelfen kann, so wären Ihre Einwände richtig.

Genossenschaftsbewegung.

Aber es kommt noch ein anderes Moment hinzu, das genossenschaftliche. Es war mir sehr interessant, daß in der letzten Kammer der „Neuen Zeit“, wo Kautsky von „höherer Partei“ aus den Gegensatz beleuchtete, als einen Gegensatz zwischen proletarischer und vollparteilicher Strömung, eine Ansicht, die ich übrigens rundweg ablehne — es war mir sehr interessant, daß auf diesen Artikel unmittelbar ein Artikel des Genossen Bauer folgte, bei dessen Lektüre man das Gefühl hatte, daß es doch noch andere Mittel gebe, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft etwas zu erringen, Mittel, in deren Anwendung wir Deutschen nicht gerade an der Spitze marschieren. (Sehr richtig!)

Die genossenschaftliche Bewegung trifft die vorher hervorgehobene zweite Seite unseres Endzieles, die Seite der Distribution; sie vertritt in der Sphäre der Güterverteilung heute schon das kapitalistische Eigentumsrecht, das sich im freien Warenaustausch kundthut, auszumergen. Ich bitte von vornherein, mir in der Diskussion nicht mit Schulze-Delbig zu kommen, mit den Genossenschaftlern, die keine Aussicht auf Erfolg haben, sondern mir mit denjenigen, die sich auf dem Boden des sogenannten Kochaler Princips aufbauen (Bebel ruft: Das sind Altgenossenschaftler!) Nein, wenn diese Genossenschaften einen Mehrwert herausföhren, so sind sie allerdings noch belastet mit kapitalistischen Prinzipien, aber ihre Dividenden sind nur die Erfolge, die sie durch Ausnutzung des Zwischenhändlers machen. Diese Dividenden sind nicht in Vergleich zu stehen mit den Dividenden der Aktiengesellschaften; es liegt nur an der unglücklichen Thatfache, daß, wenn zwei grundverschiedene Begriffe dasselbe Wort erhalten, dann der ältere Begriff einfach auf Ganze übertragen wird.

Bebel sagt mir in seiner Resolution, man könne den Genossenschaften keine entscheidende Bedeutung beimessen zur Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftsrechtes. Was heißt denn „entscheidende Bedeutung“, welche Faktoren sind im politischen Leben entscheidend und welche nicht? Kein Faktor allein ist entscheidend, nur in ihrer Gesamtheit wirken sie entscheidend. Es ist also besser zu sagen, man legt den Genossenschaften eine mitentscheidende Bedeutung bei. Wie hoch diese zu taxieren ist, können wir natürlich nicht wissen. Die Genossin Rosa Luxemburg taxiert ja sogar die Gewerkschaften für minderwertig und glaubt, daß die englischen Gewerkschaften im Rückgang begriffen sind. Kautsky, der neuerdings findet, daß England aufgehört, der Typus der kapitalistischen Entwicklung zu sein, ist dagegen der Meinung, daß es den englischen Arbeitern gelungen sei, die Unternehmer zu einem gewissen Verzicht auf einen Teil ihrer Bestimmungs- und Eigentumsrechte zu zwingen.

Rosa Luxemburg erklärt denn auch ganz konsequent, daß sie über die Genossenschaften ganz außerordentlich gering denkt. Sie sagt, wenn man damit etwas erreichen wolle, so kenne ihr das vor, als wenn man den Ocean mit dem Fingerhut ausschöpfen wollte. Sie möchte doch einen großen Fingerhut haben, wenn sie die Milliarden hineinlegen wollte, die die Genossenschaften den Arbeitern schon zugeführt haben. Man kann ja sagen, daß es wenig im Vergleich zu dem, was wir bei der radikalsten Umgestaltung in der Zukunft bekommen, und man braucht ja deshalb nicht auf das Rechte in der Zukunft zu verzichten.

Landwirtschaftliches.

Run hat Bebel die landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Debatte gezogen und dabei auch die Agrarfrage gestreift. Gestatten Sie mir, daß ich, wenn auch nur kurz, auf diese Frage eingehe. Bebel hat die landwirtschaftlichen Produzentgenossenschaften in Vergleich gesetzt zu den übrigen Genossenschaften und sie als Teil der Genossenschaftsbewegung hingestellt. Will man aber die landwirtschaftlichen Genossenschaften begreifen, so muß man sich vor allem von den Vorstellungen befreien, die man von anderen Genossenschaften hat. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind eine Vereinigung von Produzenten, bei denen der innerste Kern des Produktions-

vorgang nicht vergewaltigt wird, sondern individuell gestaltet. Darunter versteht ich den eigentlichen biologischen Vorgang in der Landwirtschaft, die Erzeugung von lebenden Organismen. Das ist der spezifische Gegensatz der landwirtschaftlichen zu der industriellen Produktion, bei der es sich um die Hervorbringung mechanischer Werte handelt. Bei der Landwirtschaft steht zwischen dem Menschen und dem Produkt der unbewusste Wille der organischen Natur, der tierische, der pflanzliche Organismus, und aus diesem Wesensunterschied entspringen nach allen Seiten hin Wesensunterschiede in der Betriebsform. Marx sagt da, wo er die Fundamente für seine Lehre von der industriellen Produktionsentwicklung gewinnt, der Produktionsvorgang wird auf eine höhere Stufe gehoben durch das Mittel der Kooperation, die Arbeitsteilung und die Anwendung der Maschinerie. Nun, diese Mittel zur Organisation des industriellen Produktionsvorganges können in der Landwirtschaft nicht in der Weise angewendet werden, sie müssen in ganz wesentlicher Beziehung andere sein, weil hier die verschiedenen Produkte in einem inneren biologischen Zusammenhang stehen: das pflanzliche Leben ist an das tierische geknüpft, das tierische an das pflanzliche. Es können also keine radikalen Auseinandersetzungen stattfinden, oder wenn sie stattfinden, so muß Ersatz geschaffen werden, der viel kostspieliger ist, als die Anwendung der natürlichen Produktionsbedingungen und die gemeinsame Produktion von Pflanze und Tier.

In der Landwirtschaft sehen wir einen anderen Konkurrenzkampf als in der Industrie, nämlich den der europäischen landwirtschaftlichen Produktion mit der überseeischen. Bebel meinte, unsere Betriebe müßten intensiv werden, dann könnten sie diese Konkurrenz überleben. Aber jene überseeischen Betriebe in Amerika sind keineswegs fortschrittliche Betriebe, sondern stehen auf der untersten Stufe der Entwicklung und wenn auch verhältnismäßig viel Kapital darin steckt, weil viel mit Maschinen gearbeitet wird, so ist doch dieser Betrieb grundverschieden von einem wirklich rationalen intensiven Betriebe. Jener extensive Raubbetrieb Amerikas geht lediglich darauf aus, ohne Rücksicht auf die Zukunft die in dem Boden angehäuften Stoffe möglichst rasch in Geld zu verwandeln, d. h., den Boden in Produkte zu verwandeln und mit den Produkten hauptsächlich den Boden mit zu verkaufen. Dieser Raubbetrieb verschwindet nach einiger Zeit und an seine Stelle tritt der rationelle Betrieb.

Marx und Kautsky stimmte ihm darin bei, analysiert den industriellen Produktionsvorgang und baut auf den so gefundenen Gesetzen seine Produktionsgesetze auf; er wirft auch dabei immer die Welle auf die Landwirtschaft, die er keineswegs etwa als nicht vorhanden betrachtet, denn wir finden immer wieder Hinweise auf sie; aber er geht stets von der Voraussetzung aus, daß es sich nur um Gesetze für Analogien zur Industrie handelt. Bebel hat vorhin Vernstein vorgeworfen, daß er sagt, man könne aus Marx alles beweisen. Nun, ich habe bei seinen Ausführungen den Eindruck gehabt, daß er uns den Beweis liefern wollte, daß man wirklich aus Marx alles beweisen könne. Als Marx den Produktionsvorgang als solchen analysierte, wollte er im wesentlichen die Gesetze des Wertbildungsprozesses darlegen. Bei dieser Gelegenheit ist er auf die Grundrente in der Landwirtschaft gestiegen, eine Erscheinung, die im industriellen Produktionsprozess nicht vorkommt. Diese Eigentümlichkeit der Wertproduktverteilung, die auf der Grundrente begründet ist, fundiert er auf dem Umstande, daß der bebaubare Boden nur in beschränktem Maße vorhanden ist. Aber warum ist dem so? Weil man auf einem Quadratkilometer Boden, auch wenn man Milliarden und Abermilliarden von Kapital und Arbeit hineinsteckt, doch nicht eine beliebige Quantität von Produkten erzeugen kann, eben weil beim landwirtschaftlichen Produktionsvorgange die biologischen Gesetze der Pflanzenbildung und Tiererzeugung in Betracht kommen.

Bei der Industrie kommt der Boden nur als der Standort in Betracht, und das ist relativ so wenig, daß da die Beschränkung des Bodens nicht in dem Sinne wirkt, wie bei der Landwirtschaft, wo der Boden das Produktionsinstrument selbst ist. Er ist aber auch ihr Rohmaterialfonds und eben deshalb ist er auch in beschränktem Maße vorhanden. So erklärt sich die Grundrente. Wäre Marx diesem Entwicklungsprozess der Erde weiter gefolgt, so würde er sicher auch auf diese Auffassung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses gekommen sein. Hätte er sein Werk zum vollen Abschluß bringen können, so würde er sich in Bezug auf die Agrarfrage wesentlich anders geäußert haben.

Es ist ferner nicht zu verkennen, daß die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung immer geringer wird. Kautsky sieht sogar auf dem Standpunkt, man könne diesen Mangel durch Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion ersetzen. Aber die spezifische landwirtschaftliche Produktion, die sich mit der Hervorbringung von Fleisch, Brot und Gemüse beschäftigt, ist bisher nicht zu ersetzen gewesen. Die Unentbehrlichkeit dieser Nahrungsmittel ist so entscheidend, daß für die Gestaltung des Produktionsprozesses die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft stets einen großen Faktor bilden, der nie ignoriert, nie untergeordnet werden sollte.

Die Schlüsse, zu denen Bebel in Bezug auf den Arealzuwachs gelangt, sind nicht richtig. Die Arealverhältnisse haben sich gar nicht viel verändert, die mittleren Betriebe von 20 bis 100 Hektar haben an Areal verloren, aber nicht allzusehr, die Latifundien haben gewonnen. Das hat Bebel als Beweis für die Betriebsfähigkeit dieser allergrößten Betriebe angeführt; die Kräfte sind aber rein politisch (Bebel: social!) Auch Verutano weist darauf hin. Aber es ist noch nicht nachgewiesen, daß die großen Latifundienbetriebe wirklich rentabler und rationaler wirtschaften. Ein Zertum Bebel's ist es, daß in die Statistik die kleinsten Leute hineingezogen seien, die nur einen kleinen Areal in Berlin haben; auch die Hausgärten sind nicht mitgezählt, die mehr als Schmutzgärten anzusehen sind. Diese Mittelbetriebe haben zwar an Zahl etwas zugenommen, aber an Arealbestand haben sie nachgelassen, dagegen sind es gerade die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe, die fast den ganzen Arealzuwachs geschluckt haben.

Die einzig merkbare Verschiebung hat sich zu Gunsten dieses Kleinbesitzes vollzogen. Nun wirft man wieder das Pachtsystem ein. Aber in Wirklichkeit ist es doch vielfach so, daß der Bauer zunächst die Parzelle zupachtet, um sie dann schließlich in seinen Besitz überzuführen. Oft nimmt er noch dazu eine Hypothek auf, aber das Wertobjekt, das er bekommt, wächst mehr als die Schuld, und infolgedessen nimmt sein Eigentum zu. Deshalb verpachten denn überhaupt die Grundbesitzer ihren Grund und Boden nicht nur an große Pächter, sondern auch parzellenweise an die Kleinen? Um eine höhere Rente zu erzielen, sagt Bebel. Aber wenn man auf diese Weise eine höhere Rente erhalten will, so müssen die Kleinen Pächter doch diese herauswirtschaften. Die eigentümliche Erscheinung, daß sich der landwirtschaftliche Großbesitz durch das Pachtsystem in schweren Zeiten am Leben erhält, ist der wesentliche Schlüssel für uns. Im industriellen Betrieb verpachtet niemand seine großkapitalistischen Produktionsmittel an kleinere Betriebe, denn er würde dadurch keine höhere Rente bekommen. In der Landwirtschaft aber geschieht das, und das ist ein Beweis dafür, daß hier etwas vorliegt, worüber noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, worüber man noch weiter nachdenken muß.

Bebel sagt, wie elend geht es den kleinen Leuten auf dem Lande! Ja, aber darum handelt es sich nicht, sondern nur darum, ob die Leute in ihrer Lebenshaltung zurückgehen oder fortschreiten, und da muß man zugeben, daß ihre Lebenshaltung tatsächlich eine bessere geworden ist. Weiter sagt Bebel, der landwirtschaftliche Betrieb würde sich gar nicht so gehalten haben, wenn nicht die staatliche Unterstützung so reichlich geflossen wäre. Nun, welcher landwirtschaftliche Betrieb bekommt denn diese vielen Millionen, der kleine oder der große? Die Großgrundbesitzer bekommen doch den Löwenanteil davon, sonst wäre der Gang noch ein ganz anderer gewesen.

Betrachten Sie die Staatsunterstützungen von diesem Gesichtspunkte aus, so werden Sie zugeben, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb sich in der That den Verhältnissen mehr gewachsen gezeigt hat.

Vernsteins Grundgedanke.

Ich komme nun auf das eigentliche Thema zurück. Vernstein ist der Meinung, daß der Socialisierungs- und Demokratisierungsprozess Hand in Hand gehen muß. Die gewerkschaftliche und die politische Bewegung gehören zusammen, und ich bin ebenfalls der Meinung, daß wir mit aller Kraft die politische Bewegung im Sinne der Socialisierung fördern müssen, damit auch auf allen anderen Gebieten der Einfluß der Arbeiterklasse erweitert werden kann. Es liegt Vernsteins Ausführungen in der That eine gewisse einheitliche Idee zu Grunde, von der aus die Widersprüche sich lösen. Er sagt das aber auch ausdrücklich in seiner Proklama. Es heißt da, es lasse sich der Gegensatz in der Auffassung im wesentlichen dadurch auflösen: Emancipation der Arbeiterklasse durch Organisation oder Emancipation der Arbeiterklasse durch Expropriation auf dem Wege der politischen Gewalt. Dabei sagt er aber: ihr habt jetzt schon das richtige gethan, ihr sollt gar nicht eure Taktik ändern, also er will gar nicht unsere Tätigkeit irritiert wissen, er beurteilt sie nur anders und das ist sehr wichtig. Man hat diese unsere Arbeit als Palliativmittel, als Kleinwerk bezeichnet, womit nichts erreicht wird, so, was sogar unter Umständen gefährlich werden könnte.

Kloa Luxemburg wies auf dem vorigen Parteitag auf eine Stelle bei Marx hin, die ich nicht gefunden habe, wo es heißt, daß man die Arbeiterklasse in gewissem Sinne als eine Gefahr für den Socialismus ansehen könnte. Das ist noch die alte Auffassung: Wenn man den Arbeiter heute schon etwas bietet, so läuft man unter Umständen Gefahr, ihre revolutionäre Bewegung zu hemmen; man begründet dann weiter diese Geringschätzung der Gegenwart, indem man sagt, die Hauptsache ist, Socialrevolutionäre Propaganda zu treiben, um die Massen zu begeistern. Das soll unser Nichtstun sein. Nun, der Nichtstun für uns bedeutet ist das socialistische Prinzip, die Demokratisierung und die Socialisierung. Das ist unser Leitmotiv und das bewahrt uns davor, daß wir bürgerliche Reformer werden, daß wir uns mit kleinen Dingen begnügen und unser Endziel aus den Augen lassen.

Gewiß, es giebt Menschen, die sich durch kleine, in der Gegenwart zu erringende Dinge nicht begeistern lassen und die stets nur auf das Endziel ihren Blick richten. Aber die Masse ist nicht so organisiert, daß dieser Hinblick auf das Endziel, die rein socialrevolutionäre Propaganda sie in stärkerer Fassung zu bringen geeignet wäre. Mit welchen Mitteln suchen wir bei den Massen aufzukommen? Da kommen wir ganz instinktiv, ohne Verleugnung des socialistischen Prinzips, dazu, das Hauptgewicht auf die praktischen, näher liegenden, schon greifbaren Vorteile zu legen. Damit operiert auch die gewerkschaftliche Bewegung, und ich glaube, wenn es uns ernst ist mit der Eroberung der politischen Macht, dann ist diese Wertschätzung der Gegenwart keine Hemmung, sondern eine außerordentliche Beförderung dazu.

Eroberung der politischen Macht.

Wer hat denn heute die politische Macht? Man sagt leichtlich: die Kapitalistenklasse. Gewiß, aber einen Teil hat sie doch nur mit Zustimmung des Proletariats. Nicht Stimm eigentlich ist an sich schon der Träger der politischen Macht, sondern die Arbeiter, die ihn in den Reichstag schicken, geben ihm das Stimm der politischen Macht, das er im Reichstag ausüben kann. Die politische Macht muß erst erobert werden, der großen, noch nicht aufgelärten Masse — der Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen! Das ist ja keine neue Weisheit (Ergänzung: Weisheit! Heiterkeit!), ich sage es nur, um zu begründen, daß, wenn man der Gegenwart eine prinzipielle Bedeutung giebt, man die Eroberung der politischen Macht erleichtert, nicht erschwert. Das hat auch Vernstein im Auge, und deshalb ist es thöricht zu sagen, wer wirklich Socialdemokrat ist, erstrebt die Eroberung der politischen Macht, und wer dies nicht will, wie Vernstein, sei kein Socialdemokrat. Wenn Ideale für eine große Bewegung notwendig sind, dann mag Bebel es benutzen, was es für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet, wenn er sie als Kämpfe auf verlorenem Posten bezeichnet, von dem sie zurückgebrängt werden würde. Glaubt er, dadurch die Eroberung der politischen Macht durch die Gewerkschaften zu erleichtern? Nein, wenn man wie Vernstein ein Hauptgewicht auf die Gegenwartsetzungen legt, dann giebt man dadurch die Erreichung des Endzieles nicht auf, sondern befördert sie.

Sonstige Fragen.

Die andern Fragen der Theorie, die Bebel so umfangreich behandelt hat, kann ich aus Rücksicht auf die Zeit nur ganz kurz streifen, aber ich muß es thun, um in der Gesamtheit einen Gegenstand zu Bebel zu markieren. In Anlehnung an Kautsky erklärt er: die Verelendungstheorie in dem absoluten Sinne eines wirklichen Niederganges der Lebenshaltung sind Mäghen, die uns unsere Gegner unterstellt haben. So haben wir es gar nicht gemeint, wir haben nur die relative Verelendung, den langsameren Fortschritt gegenüber der Kapitalistenklasse im Auge gehabt; und Kautsky hat gerade das zum Gegenstand scharfer Angriffe gegen Vernstein gemacht, daß er der Socialdemokratie eine so rohe Auffassung in die Schuhe schiebt. (Bebel ruft: Marx! Da gestatten Sie mir, daß auch ich Ihnen Marx citiere. Auch Bebel hat gerade an dieser Stelle sehr scharfe Ausdrücke gebraucht. Parteigenossen, was steht denn in dem kommunistischen Manifest noch über die Verelendungstheorie? Das hat Bebel nicht vorgelesen. Es heißt da: Der moderne Arbeiter — statt mit dem Fortschritt der Industrie sich zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper." So steht das da! Kautsky ruft: Das ist die Tendenz! Die Tendenz, das ist die andere Meinung Kautsky's. Würde diese Verelendungstheorie in unserem Erfurter Programm als Tendenz hingestellt, dann wäre es nicht anzusehen, aber sie ist als Thatfache, als Wirklichkeit hingestellt, und das ist falsch.)

Kautsky fragt, wie kann man das Erfurter Programm so roh anlegen? Nun, Genosse Schoenlank hat es vor noch nicht langer Zeit gethan. Vor zwei Jahren schrieb er in der „Leipziger Volkszeitung“: Die Verelendungstheorie in dem absoluten Sinne, die lange durch unsere Partei gelaufen und auch im ersten Teil des Erfurter Programms noch aufbewahrt Aufsicht von der sich stetig verschärfenden Verelendung ist nicht mehr zu halten! (Schoenlank ruft: Weiter lesen!) Ja, appellierte an die alten Praktiker der Partei: haben nicht früher unsere Agitatoren und wohl der größte Teil von Ihnen in diesem Sinne die Verelendungstheorie aufgefaßt? (Zustimmung.)

Hier bricht David um 7 Uhr seine Ausführungen ab, um sie Mittwoch fortzusetzen.

Singer macht die Mitteilung, daß 34 Redner gemeldet sind.

Es entspringt sich eine Erörterung über die Frage, ob ein Austausch zwischen zwei Rednern in der Rednerliste zulässig ist, wogegen v. Solmar unter Berufung auf die Geschäftsordnung protestiert, und wofür Bebel unter Hinweis auf Präzedenzfälle eintritt. Die große Mehrheit der Delegierten tritt der auch von Singer unterstützten Auffassung Bebel's bei.

Hannover, 11. Oktober.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Dr. David

setzt seine gestern abgetroffenen Ausführungen fort. Ich bin gestern Abend mitten in der Verelendungstheorie stehen geblieben. Ich habe darauf hingewiesen, daß es falsch ist, die Partei habe die Verelendungstheorie niemals im Sinne des absoluten Hinabfallens in das Elend aufgefaßt. Sie hat das früher gethan und darauf hin ist der Wortlaut des Erfurter Programms geprägt. Der Wortlaut

„wachsende Zunahme des Elends“ ist, falls der Sinn „absolute Verelendung“ nicht beabsichtigt gewesen sein sollte, der denkbar ungünstigste, denn jeder Agitator, der nicht mit allen Händen der Theorie gebiert ist, muß diese Worte des Programms in diesem absoluten Sinne auffassen.

Kautsky giebt ja die Verelendungstheorie in diesem Sinne ebenfalls auf, er sagt in seiner letzten Schrift: „Alle Thatfachen weisen darauf hin, daß das physische Elend in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern im Rückgange begriffen ist. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse ist heute weit höher als vor fünfzig Jahren.“ Kautsky wendet sich damit gegen die Versuche, durch den Hinweis auf den gesunkenen Geldwert etwa nachzuweisen zu wollen, daß die Lebenshaltung trotz nominellen Steigens der Löhne gesunken sei. Er sagt, die Lebenshaltung, die reale Anteilnahme an den Gütern der Produktion ist gestiegen. Wenn man aber diesen Standpunkt vertritt, so soll man doch nicht in der Diskussion wieder vergessen und wie Bebel es gethan hat, den Aufchein erwecken, als ob die Verelendungstheorie im ursprünglichen Sinne richtig wäre. (Bebel: Ganz falsch!)

Bebel hat, nachdem er gesagt hat, daß sich Mäghen unserer Gegner, doch ein ganz ausgiebiges Material herbeigeschleppt, um zu beweisen, daß die Masse des Elends heute noch immens groß ist. Was hatte denn diese Beweisführung für einen Sinn? Zeugnet denn irgend jemand dieses Elend? Zeugnet es Vernstein? Wenn das nicht Stimmungsmacherei ist, dann müßte ich doch gegen diese Methode von wissenschaftlicher Beweisführung ganz energisch protestieren, müßte ich sie eine Methode des großen Unfugs nennen. (Unruhe. Bebel: Das ist groß! Es fehlt den Genossen das Gefühl für die Leiden der arbeitenden Klasse, sagt Bebel. Was soll das heißen? Gegen wen polemisieren Sie da, Genosse Bebel? Handelt es sich darum? Nein, es fragt sich, wie ist die Bewegung, ist sie eine sinkende oder eine, wenn auch langsam, nach oben steigende? Das ist zu beweisen und weiter nichts. (Beifall Bebel's.)

Spiele wir nicht Versteht, sondern erklären wir ruhig: diese Position des Programms über die Verelendung ist ein Irrtum. Ich erkenne zwar an, daß Marx andererseits die Verelendung auch im relativen Sinne gemeint hat. Zur Zeit des kommunistischen Manifestes scheint er an die absolute Verelendung geglaubt zu haben. Später hat er erkannt, daß sich einzelne Schichten hoben, daß nur von einem relativen Elend gesprochen werden kann. Aber da er kein Werk nicht zum Abschluß gebracht hat, ist dieser Gedanke nicht rein zum Ausdruck gekommen. Daher die Widersprüche. Bebel hat Vernstein vorgeworfen, er habe gesagt, aus Marx lasse sich alles beweisen. Das hat Vernstein nicht Marx zum Vorwurf gemacht, sondern denen, die bald dieses, bald jenes Citat aus Marx herausfischen. (Sehr richtig! Bebel: Ganz falsch!)

Ich verstehe ja, daß Kautsky alles daran setzt, die Formulierung des Programms aufrecht zu erhalten. Sie ist im wesentlichen kein Wert, und da kommt so etwas wie literarische Ehre in Betracht. Daraus erklären sich die Rettungsversuche. Er sagt: Man muß bei einer socialen Theorie das Wort Elend nicht im physischen Sinne verstehen, sondern es als sociales Elend auffassen. Kautsky trägt also den Begriff „sociales Elend“. Das sociale Elend, sagt Kautsky, entspringt aus dem Zwiespalt der Risse der Kultur, die geschaffen werden, und dem Verzicht des Arbeiters, der sie schafft, auf sie. Dieses Gefühl des Verzichts ist das sociale Elend. Diese Begriffsfassung kann für diejenigen, die im üblichen Sprachgebrauch sociales Elend als physisches Elend auffassen, eine Verwirrung bringen. Diese Kautsky'sche Fassung des Begriffes ist nicht glücklich, aber sie ist auch sachlich unhaltbar. Kautsky sagt, das sociale Elend verschärft sich, das Gefühl der Arbeiter nimmt zu, daß die Kulturüter so rasch wachsen, ihr Einkommen so langsam und gering. Dieses Gefühl des socialen Elendes geht aber durchaus nicht proportional den Einkommensverhältnissen. Das Gegenlaggefühl des Mannes mit einem Einkommen von 10000 M. zu dem mit 100000 M. ist nur ganz gering. Kautsky sagt — und da ist der größte Widerspruch in dem Versuch, seine Theorie zu retten — die kapitalistische Entwicklung führt zu einer Steigerung des socialen Elends. Diese famosen Praktiker, sagt er, vergessen, daß es kaum ein Land giebt, das nicht nach Gegenden aufweist, die wenig berührt sind von kapitalistischer Großindustrie, die weite Verelendungsgebiete aufweisen. Wir hören da plötzlich, daß Verelendungsgebiete da sind, wo die Großindustrie nicht eingedrungen ist. In unserem Programm aber wird gesagt, daß das Elend das Resultat der kapitalistischen Entwicklung, eine Folge der Großindustrie ist. Damit widerlegt er sich selbst, damit beweist er ja gerade, daß da, wo die Industrie ist, eine Hebung stattfindet und da, wo die kapitalistische Entwicklung noch nicht vorhanden ist, elende Zustände bestehen.

Und dann die letzte Rettung! Das ist die, daß man sagt, die Verelendungstheorie ist die Tendenz, den Anteil des Arbeiters am Produkt zu verringern. Ganz richtig, das bestreitet auch Vernstein nicht, aber im Erfurter Programm steht es nicht als Tendenz, sondern als Thatfache, und das ist ein gewaltiger Unterschied. Gewiß ist die Tendenz vorhanden, genau so wie die Tendenz besteht, daß die Schwindsucht einen immer größeren Umfang annimmt, während sie thatsächlich durch die physische Hebung des Proletariats in dieser Tendenz gehemmt wird. Es sind Momente vorhanden, die der Tendenz entgegenwirken. So auch bei der Verelendung. Das Preisgeben der Verelendungstheorie erschüttert unsere Lehre durchaus nicht, im Gegenteile, je mehr sich das Proletariat hebt, desto schneller gelangen wir ans Ziel.

Verhärfung der Klassengegnüge.

Der Abschnitt 3 unseres Programms spricht von dem sich verschärfenden Gegensatz zwischen Proletariat und Kapital und erklärt, die Kollision in zwei Heerlager zeige sich in allen Industrieländern der Welt. Nun, für England giebt ja Kautsky diesen Satz schon auf. Zwar sucht er England als den Selbsthänd der Welt darzustellen, aber es ist doch immer noch eine gewaltige Industriewirtschaft. Die Milderung der Kampfverhältnisse aber giebt er für England zu. Ja, was sagt den Vernstein anders? Daß die Gegensätze trotz der Milderung der Form bestehen bleiben, wird gar nicht bestritten. Ja, Kautsky konstruiert sogar eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen für gewisse Fälle, die reine Harmoniegedichte, um mit Bebel zu reden; und thatsächlich sind solche dem Interessengegenstand entgegenwirkenden Tendenzen vorhanden, wo in einer Industrie Unternehmer und Arbeiter ein gemeinsames Interesse haben, sich gegen die Konjunktur zu wenden. Dem muß entgegengetreten werden und ein Korrektiv liegt schon in der Lehre von der Profitrate, die durch das Hindernis des Kapitals noch einer solchen bevorzugten Industrie und die dadurch geschaffene Konkurrenz verringert wird. Das alles sind schwierige Probleme, aber sie angezogen und zur Erörterung gebracht zu haben, ist ein Verdienst Vernsteins. Daß auch in Deutschland ein gewisser Fortschritt in dieser Beziehung zu verzeichnen ist, dafür ist Bebel ein sprechender Zeuge, der im Reichstag konstatierte, daß Stumm und Nordborn in ihrem Verlangen nach einem gewissen Arbeiterertragssteigern ganz allein ständen und auch die Regierung einem solchen Verlangen der „sonnigen Ränge“ nie zustimmen würde. Also er giebt zu, daß die Borniertheit der früheren Zeit doch anfängt zu weichen und daher auch die Kampfverhältnisse andere werden. Mehr ist auch von Vernstein nicht behauptet worden.

Katastrophentheorie.

Bebel hat einen Punkt nur getreift: die Krisen- und Zusammenbruchstheorie. Hier kommt Absatz 4 des Programms in Betracht. Zwar wird Kautsky sagen: im Programm steht nichts von Zusammenbruch. Es heißt aber dort, daß die Krisen immer umfangreicher und verheerender werden und den Beweis liefern, daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung. Wenn die Krisen also immer umfangreicher und verheerender auftreten, so ist damit auf eine letzte umfangreichste und verheerendste Krisis, auf den Zusammenbruch hingewiesen. (Kautsky: Das ist nicht richtig!)

habe die Stelle so aufgefaßt. Und ich stehe mit dieser Auffassung nicht allein in der Partei. Die Meinung ist weit verbreitet, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung durch Krisen eingeleitet wird, die schließlich zur Endkrise führen.

Kautsky sagt zwar, diese lächerliche Zusammenbruchstheorie, die uns Verstein in die Schube schiebt, können wir nicht acceptieren. Er entwickelt dann eine andere, er führt aus, daß Marx nicht im Sinne einer allgemeinen Pleite die Krisen- und Zusammenbruchstheorie aufgefaßt, sondern den Zusammenbruch aus anderen Momenten hergeleitet habe. Das Resultat seiner Betrachtungen ist, nach Marx sei die Sache so anzufassen, daß die ökonomische Notwendigkeit des Zusammenbruchs auch dann vorliege, wenn die ökonomischen Verhältnisse mit Notwendigkeit politische und ethische Kräfte erzeugen, welche auf den Zusammenbruch des Bestehenden hinwirken. Nun, das sind doch recht enge Verhältnisse mit jenen Leuten, die man als Ghilfer bezeichnet, und es scheint, als ob Kautsky sich da noch nicht ganz zu einem Nicht-Ghilfer durchgemauert habe.

Er sagt dann: Also das ist die ökonomische Notwendigkeit, die Marx meint, daß im Laufe der Entwicklung das Proletariat Klassenbewußt wird und daß dann einmal die Zeit kommt, wo dies reif gewordene organisierte Proletariat sich sagt: Es ist genug, jetzt übernehmen wir die Geschichte. Allerdings hat Marx auch diese Notwendigkeit ins Auge gefaßt, aber das ist nur die eine Hälfte seiner Krisentheorie, die andere ist die geschäftliche, industrielle, kommerzielle, allgemeine Krise, die so stark ist, daß die von ihr ausgehenden Zuckungen für die Gesellschaft unentrichtlich sind. (Kautsky: Wo hat Marx das gesagt?) Wenn Sie den dritten Band des „Kapital“ aufschlagen wollen, so finden Sie dort auf Seite 232 die Krisen- und Zusammenbruchstheorie entwickelt. Dort wird gesagt: „Das Kapital, um sich selbst zu erhalten, muß produzieren, es wird durch den Konkurrenzkampf gezwungen, sich immer mehr zu vervollkommen in der Produktion, immer mehr, immer besser zu produzieren, es drängt also gewissermaßen auf eine unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und damit auf eine unbeschränkte Verwertung der Produktion. Auf der anderen Seite aber richtet sich das Kapital zu gleicher Zeit fortwährend Schranken für die Verwertungsmöglichkeit seiner Produkte auf, dadurch daß es den Arbeitern einen großen, relativ wachsenden Teil der Produktmenge vorenthält und damit auf den Konflikt hinwirkt zwischen den durch die erweiterten Produktivkräfte vermehrten Produkten und den durch die aufgerichteten Schranken geschwächten Konsumenten.“ Er sagt da weiter: „Die unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen produktiven Kräfte gerät fortwährend in Widerspruch mit den beschränkten Zwecken im kapitalistischen Staat, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Dieser immanente innere Widerspruch in der Natur der kapitalistischen Ordnung ist es, der dem Kapitalisten in der Unmöglichkeit des Abzuges sich kundgibt, in seiner Klasse sich ihm fühlbar macht, kurz in der Form der industriellen kommerziellen Bedrängnis für ihn, und wenn sie größere Schichten ergreift, in der Form einer wirtschaftlich kommerziellen Krise sich äußert.“

So ist es früher immer aufgefaßt worden, und wenn die Krisen immer verheerender werden, so fängt doch auch die verheerendste immer mit einer geschäftlichen Bedrängnis an. (Kautsky: Das sagen Sie, das sagt nicht Marx!) So hat man es immer bei Marx aufgefaßt. (Zustimmung.) Gerade an diesem Widerspruch, den Marx so schön entwickelt, muß die Sache einmal zum Stoden kommen. Diese wirtschaftliche Seite der Marx'schen Krisentheorie darf nicht außer acht gelassen werden. Diese allein bringt den Sozialismus noch nicht zur Herrschaft, dazu gehört auch die Fähigkeit der Arbeiterklasse, in die Organisation bestimmend eingzugreifen, aber die erste Seite der Sache darf nicht vergessen werden. Interessant ist es mir doch, einmal zu erfahren, worauf Webel seine frühere Meinung gestützt hat von dem Eintritt des Oktoberrevolution 1898. (Webel ruft: Das habe ich gar nicht gesagt, das ist ein Wort von Engels und nicht von mir!) Wenn ich Sie mißverstanden habe, dann will ich keine weiteren Schlässe daraus ziehen; ich wollte es nur als Beweis dafür anführen, daß wir in der That immer auf diesen Widerspruch zwischen Produktion und Machtverhältnissen unsere Meinung von dem nahenden Untergang unserer Wirtschaftsweise gestützt haben. Geht es doch in der Erklärung des Londoner Kongresses: Die ökonomische Entwicklung ist gegenwärtig schon soweit vorgeschritten, daß eine Krise bald eintreten kann. Der Kongress fordert daher alle Arbeiter auf, die Leitung der Produktion zu lernen, um sie übernehmen zu können. Verstein sagt ganz mit Recht, hier kommt diese Auffassung der Krisentheorie ganz scharf zur Geltung. Kautsky sagt zwar, das ist nicht richtig überlegt und auch ganz unverbunden; nein, ich finde in diesem Satz den klaren Ausdruck der auf der Marx'schen Krisentheorie aufgebauten Zusammenbruchstheorie. Soll sie nicht mehr gelten, gut, sagen wir das, dann sind wir einig! Spielen wir aber nicht Versteht, sagen wir, wir haben zugelernt, wir haben diese Theorie als ein lächerliches Märchen erkannt.

Ich resumiere mich dahin, daß diese Krisentheorie ein Problem ist und keine Tatsache und die daraus gezogenen Schlässe nur Hypothesen, aber nicht positive Wahrheiten, und wir sollen sie nicht in ein autoritäres Programm bringen, und nicht sagen, die Krisen werden immer verheerender, wenn es nicht bewiesen ist.

Das Faslenbeweismaterial Webels habe ich natürlich jetzt nicht kontrollieren können. Aber was sagt das Erfurter Programm? Es spricht Klipp und klar von der Naturnotwendigkeit des Untergangs der Kleinbetriebe, nicht von einem relativen Untergang — das geht denn doch wohl nicht an —, sondern von einem radikalen. Es wird jetzt überhaupt alles relativ aufgefaßt; sobald man Sie irgendwo anpackt, heißt es, ach, das war nur relativ gemeint.

Die Konzentrationslehre.

Diese Relativierung unseres Programms muß eine Fülle von Verwirrung und Irrtum hervorrufen. (Sehr richtig!) So sollte ein Programm nicht beschaffen sein. Der erste Abschnitt unseres Programms generalisiert viel zu sehr, er giebt eine Skizze für die betriebstechnische Entwicklung. Man kann nicht entrichten, wenn man sagt, der Besitz konzentriert sich. Der Satz ist seiner Generalisierung wegen nicht richtig. Webel hat nachgewiesen, daß für die Industrie in ihrer Gesamtheit die Konzentration der Betriebe eine Tatsache ist. Ich bestreite diese Tatsache nicht; ich habe hierüber dieselbe Auffassung wie Webel und ich glaube auch Verstein. Auch er hat die Konzentration der industriellen Produktion in seiner Schrift anerkannt. Brauchte man dem gegenüber wirklich auf bürgerliche Citate zu greifen? Verstein sagt nur, man solle nicht alles über einen Kamm scheren, man solle Differenzierungen machen, wenn man sieht, daß es Gewerbe giebt, in denen der Kleinbetrieb absolut und relativ zunimmt oder wenigstens relativ zunimmt. Verstein sagt uns nur, daß wir vor Thatsachen nicht die Augen verschließen sollen. Für die praktische Agitation ist es gut, wenn dem Agitator gesagt wird: Sieh die Leute an, zu denen du sprichst. Wenn du Schlächtergesellen organisieren willst, dann sage ihnen nicht, daß der Kleinbetrieb zu Grunde geht. Ich sehe, daß Hoch mir zuläuft; er denkt wohl an jene Schlächtergesellen-Versammlung in Frankfurt a. M., in der wir beide sprachen. Das Fact war, daß nicht wir das Präsidium in die Hand bekamen, sondern Karl Marx (Geiterkeit) — der Obermeister der Schlächterinnung. (Geiterkeit.) Ja habe das Gefühl, daß wir bei der Darlegung der Verhältnisse damals zu sehr die Skizze der Konzentrierung angewandt haben. Also für den praktischen Agitator ist es ganz gut, für den einzelnen Fall Einzel-differenzierungen zu benutzen. (Kunert: Das ist doch selbstverständlich!) Ja das Selbstverständliche geschieht nicht immer.

Was den Handel anbelangt, so ist mit Recht hervorgehoben worden, daß die formale Statistik täuscht. Kautsky hat die Zunahme der Kleinbetriebe im Handel ein Produkt der Ferkung genannt. Das gilt für viele, aber nicht für alle. Die Bierpfer sind z. B. nicht nur unvirtuelle Wirte, sondern auch Leute, die aus der Stelle eines Brauereibesitzer, eines Lohnarbeiters heraufgestiegen sind. Man muß bei alledem auch die von der anderen Seite kommenden Erscheinungen sehen.

Kautsky sagt, der Kleinbauer, der für die Zucker- und die Konservenfabrik liefert, sei nur noch Zeilarbeiter. Dann wäre der Pfälzische Tabakbauer Zeilarbeiter der Mannheimer Cigarettenfabriken. Das sind Bezeichnungen, die durchaus irreführen. Ich glaube, daß der Bauer, der an eine Genossenschaftsmolkerei liefert, unabhängiger ist, als der Bauer, der seine Milch literweise an Kunden liefert. Der Bauer, der in der Genossenschaftsmolkerei täglich seine Milch abgibt, ist doch viel unabhängiger als der, der mit der Milchlamme von Haus zu Haus fährt. Man muß also sorgsam differenzieren. Im allgemeinen jedoch glaube ich, daß auch im Handel die Zentralisationsneigung, wenn auch nicht in der Form des Betriebs, sondern in der des Kapitalbesitzes, durchschlagend ist, und daß uns da die Handelsstatistik täuscht. Verstein sagt, es habe den Anschein, als ob diese kleinen Betriebe nicht verschwinden, sondern als ob es eben ihnen gewissermaßen Großbetriebe herauswachsen. Gewiß, es giebt neue Bedürfnisse, die von vornherein durch Großbetriebe gedeckt werden. Der Großbetrieb wächst nicht allein dadurch, daß er Kleinbetriebe vernichtet. Dieser Gedanke ist nicht abzuweisen, er wirft den Gedanken, daß eine allgemeine Konzentration stattfindet, durchaus nicht über den Haufen.

Die Formulierung unserer Praxis ist aber direkt falsch, soweit sie sich auf die Landwirtschaft bezieht, und wir sollten ganz offen eingestehen, daß wir uns da geirrt haben. Die Statistik zeigt, daß der Großbetrieb nicht zunimmt, sondern, wenn auch minimal, abnimmt, daß dagegen die eigentliche Zunahme in den kleinen und mittelbäuerlichen Schichten liegt. Kautsky giebt denn auch zu, daß ein Untergang des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft jetzt wenigstens nicht vorhanden ist. Ich will auf die Einzelheiten seiner Argumentation nicht eingehen, sondern nur dagegen protestieren, daß man das Programm etwa so auslegt, wie Kautsky, wenn er sagt, die Landwirtschaft wird auf Umwegen durch die Industrie konzentriert. Ich halte das entschieden für falsch, der Kleinbetrieb geht, wie ich bereits gestern angedeutet habe, nicht durch die betriebstechnische Konkurrenz des Großbetriebs zu Grunde. Damit will ich keineswegs beweisen, daß die Kleinbetriebsform in der Landwirtschaft unter allen Umständen die bessere und rationellere ist. Das wäre eine ganz falsche Auffassung meiner Ausführungen. Nein, auf der anderen Seite nimmt der landwirtschaftliche Produktionsvorgang dadurch, daß die Natur produziert, auch dann seinen Fortgang, wenn keine menschliche Arbeit angewendet wird. Die Natur geht ihren Gang, auch wenn der Mensch nicht hinter ihr steht. Dadurch erleichtert sie ganz außerordentlich einen extensiven Betrieb und das kommt den Großbetrieben zu gute. So erklärt es sich z. B., daß die Forstwirtschaft nur als Großbetrieb betrieben werden kann, daß die Viehproduktion in halbivilisierten Ländern Großbetrieb ist, daß da, wo man Raubbau treibt, wie in America, ebenfalls der arbeitsintensivste, aber kapitalintensivste Großbetrieb herrscht. In der Landwirtschaft hebt die eigentliche Entwicklung mit dem Großbetrieb an und die weitere Entwicklung des Betriebes zielt auf eine Verfeinerung hin, um größere Produktivität zu erzeugen, während in der Industrie die Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb hinleitet. Also diese skablonenhafte Darstellung der Entwicklung im ersten Teil des Erfurter Programms ist nicht richtig. Unter andern sagt Kautsky auch einmal, schließlich komme die Industrie sogar so weit, Hochprodukte zu erzeugen oder zu erziehen, die die Landwirtschaft produziert; ein immer größerer Teil der bisher von der Landwirtschaft erzeugten Produkte würde durch die Industrie erzeugt. Das sind irtümliche Verallgemeinerungen, denn die Erzeugung der menschlichen Hauptnahrungsmittel ist und bleibt Sache der Landwirtschaft, falls es nicht gelingt, sie auf chemischem Wege herzustellen. Wenn aber das eintritt, dann ist ja die Agrarfrage auf andere Weise gelöst, dann brauchen wir uns den Kopf nicht mehr darüber zu zerbrechen. Vorläufig jedoch dürfen wir nicht mit Dingen rechnen, die noch nicht eingetreten sind.

Kun noch eins. Ich sagte, in den landwirtschaftlichen Produzentengenossenschaften vollziehe sich die eigentliche Socialisierung in der Landwirtschaft. Aber vorläufig überwältigt das kollektivistische Prinzip, dort noch nicht das individuelle, es kommt nur ein Kompromiß zwischen beiden zu Stande. Ob das für alle Zeiten so sein wird, wage ich durchaus nicht zu behaupten, ich sage nur: für absehbare Zeit scheint mir für die Landwirtschaft dies wirtschaftliche Gebilde die am weitesten vorgeschrittene Socialisierungsmöglichkeit. Während in der Industrie die Produzentengenossenschaften nicht recht gedeihen wollen, sind sie in der Landwirtschaft in einer geradezu stürmischen Entwicklung begriffen. Durch sie macht der mittlere und kleine Bauer schon gewisse Konzessionen an den Sozialismus, wir haben also das Recht und die Pflicht, diese Genossenschaftsbewegung im Parlament soweit wie möglich zu fördern. Damit will ich natürlich die Interessen der Agrarier und Junker nicht im geringsten vertheidigen, wir sollen vielmehr auch zugleich darauf sehen, daß demokratisiert wird, namentlich in der Form, wie die Unterstützung vor sich geht.

Verstein giebt mehr als er nimmt.

Die Verstein'sche Schrift bricht also nicht mit dem ökonomischen Prinzip der Socialisierung, sie läuft im wesentlichen darauf hinaus, eine höhere prinzipielle Verwertung der Gegenwartsarbeit auszusprechen. Wir haben die Gegenwartsarbeit ja auch heute ohne die höhere Verwertung raslos befordert, aber es ist doch ein Unterschied, ob man in dieser Arbeit nur Palliativmittel oder Grundsteine zu den großen Gebäuden der Zukunft sieht. Ich weise entschieden alle Versuche zurück, Verstein oder mir nachzusagen, daß wir auf die politische Bewegung nicht genug Gewicht legen, daß wir etwa glauben, nur mit den Genossenschaften oder Genossenschaften sei es zu machen. Nein, das glauben wir nicht. An alle drei Gebiete, gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Bewegung soll der Hebel angelegt, diese Dreieinigkeit soll hochgehalten werden. Dann erst wird die ganze Kraft entfaltet werden können.

Es ist auch historisch zu begreifen, daß in keinem Lande die drei Entwicklungen in gleicher Weise vor sich gegangen sind. Ich will auch nicht sagen, daß die Partei als solche Genossenschaften begründen soll, das wäre der größte Mistan, den wir machen könnten. Die Genossenschaftsbewegung soll nur anerkannt werden als eine neben anderen notwendige Form. Wenn Sie von diesem Gesichtspunkt aus Versteins Schrift betrachten, so müssen Sie mir zugeden, wenn ich sage: Verstein giebt uns mehr, als er uns nimmt. (Beifall und Widerspruch.) Gerade durch die höhere Verwertung der Gegenwartsarbeit wird die Zuversicht gesteigert, daß schon jetzt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform die Verteilung des Wertprodukts ganz wesentlich zu Gunsten der Arbeiterklasse zu beeinflussen ist. Und diese Zuversicht ist ein belebendes Moment in unserem Kampf, im politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen, und dies belebende Element, diese Zuversicht, diese höhere Verwertung wird uns zur Eroberung der politischen Macht und zu allem, was kommen mag und kommen wird, auch förderlich sein. Ich habe an einer anderen Stelle bereits meine Ansicht dahin zusammengefaßt: Hoch das Banner der Hoffnung, nicht nur auf eine bessere Zukunft, sondern vor allem und in erster Linie auch auf eine bessere Gegenwart. (Beifalliger Beifall und Handklatzen, Zischen.)

Täterow-Berlin beantragt, die Redezeit auf 80 Minuten zu beschränken.

Hoffmann-Berlin bittet um Ablehnung des Antrages, der nur auf Hinterhänden den gestern abgelesenen Antrag auf Stellung eines Korrespondenten durchziehen wolle.

Singer: Auch ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Ich habe die Zuversicht, daß sich die Genossen bewußt sind, daß wir noch andere wichtige Dinge zu verhandeln haben, und ich appelliere an die Redner, daß sie in diesem Bewußtsein sich auf das Notwendige beschränken. Sollte es sich später als notwendig herausstellen, so werden wir allerdings zu Beschränkungen greifen müssen. Vorläufig aber bitte ich, bei unserem gestrigen Beschluß zu bleiben. Pens-Deßau spricht sich gleichfalls gegen den Antrag aus.

Stollen-Hamburg befragt, ob der Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Theorie bereits eingehend erörtert sei. Hierauf wird der Antragäterow angenommen; die Redezeit ist also auf 30 Minuten festgesetzt.

Frau Zick-Hamburg.

Ich gehöre zu denen, die eine energische Zurückweisung der Verstein'schen Angriffe auf unsere Grundanschauungen für notwendig halten, nicht weil ich diese für ein Dogma halte, sondern weil Verstein Marx und Engels Unterstellungen macht, die sie niemals vertreten haben in Bezug auf die materialistische Geschichtsauffassung, die Verelendungstheorie usw. Wo haben denn Marx oder Engels je behauptet, daß nur und allein die materiellen Verhältnisse bestimmend sind und ideologische Momente gar nicht in Frage kommen? Die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus, das Siegesbewußtsein, das uns beseelt, das uns über das alltägliche Leben hinaushebt, ist ja der beste Beweis gegen die Verstein'sche Auffassung, wir hätten ideellen Momenten niemals einen Einfluß auf die Entwicklung eingeräumt. Auch die Verelendungstheorie, die Verstein unterstellt, ist nie von uns propagiert worden. Hätte Verstein Marx vollständig citiert, wäre ihm dieser Irrtum nicht passiert. Er hätte uns, wenn er einen selbständigen Mittelstand für dauernd möglich hält, doch ein Kriterium des Proletariats geben sollen, wie er es versteht. Wir verstehen doch unter Proletariat nicht diejenigen, die mit zerlumpletem Rock und knurrendem Magen herumlaufen, sondern jeden, der in Abhängigkeit vom Kapital sich befindet; diese Abhängigkeit wächst zweifellos von Tag zu Tag und damit wächst auch die Masse des Elends (Webel: Sehr richtig!), damit wächst die Unsicherheit der Existenz. Auch ich kann mich auf einen bürgerlichen Schriftsteller berufen. Nach der Deunhauser Rede führte die „Soziale Praxis“ aus, daß im Jahre 1897 mehr als 200 000 Menschen arbeitslos mit 60 bis 70 Millionen verlorenen Arbeitstagen gewesen wären. Widerlegt das nicht schlagend die ganze Theorie Versteins von dem Schwinden der industriellen Reservearmee unter Hinweis auf die ländliche Arbeiternot? Die Steigerung des sozialen Elends kann für manche Gegenden auch im ganz absoluten Sinne gelten. Wenn im Erfurter Programm ausgesprochen sein sollte, daß wir notwendig zum Pauperismus kommen müßten, dann wären wir ja samt und sonders Demagogen gewesen, wenn wir immerfort die Arbeiter aufforderten, sich politisch und gewerkschaftlich zu betätigen und auf die Verbesserung ihrer Lage hinzuwirken. (Beifalliger Beifall.) Allerdings gebe ich zu, neben dem Hinweis auf die sinkende Tendenz hätte auch ein Hinweis auf die in der umgekehrten Richtung wirkenden Momente im Programm stehen können; dann wären wir wenigstens gegen die Mißverständnisse eines Verstein und eines David geschützt gewesen.

Wenn Verstein der Ansicht ist, daß wir in der Gegenwartsarbeit nicht genug thun, weshalb sagt er das nicht; damit wäre er keinem Widerspruch begegnet, ebensov wenig, wenn er verlangt hätte, daß wir stets uns auch dessen bewußt bleiben sollen, daß wir nicht nicht nur Sozialisten, sondern auch Demokraten sind, oder wenn er uns zu stärkerer Betätigung in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung auffordert. Aber wenn uns David die Genossenschaftsbewegung in dieser Weise empfiehlt, daß er sie ein Stück Sozialismus nennt, dann hat er uns wahrhaftig keinen Dienst erwiesen. Also die Genossenschaften mit den abhängigen Lagerhaltern sollen schon Sozialismus sein? Ganz etwas anderes wäre es, wenn er die Genossenschaften ein Stück auf dem Wege zum Sozialismus genannt hätte! Wenn David erklärte, wenn Kautsky unter wirtschaftlicher Gewalt die Unentbehrlichkeit der Arbeiter im Produktionsprozeß verstände, so hätten auch die Hörigen und Leibeigenen im Mittelalter diese Gewalt gehabt, — so schäme ich mich fast, ihm hierauf erwidern zu müssen. Da ich annehmen muß, daß David diesen Ausdruck aus seiner Ueberzeugung heraus gethan hat, so ist es sicher, daß er es nicht versteht, den historischen Materialismus auf konkrete Fälle anzuwenden, so versteht er nicht die Teilung der Arbeit im Mittelalter. Heute sind die Arbeiter in der That schon fast allein diejenigen, die den Produktionsprozeß nicht nur bewerkstelligen, sondern auch leiten, und darauf stützen wir ja unsere Anschauungen. Ich habe aber den Eindruck, daß Verstein uns für seine neue Taktik nicht nur gewinnen will, sondern sie auch seinen neuen liberalen Bundesgenossen plausibel zu machen sucht. Deshalb müßte er versuchen, auch unsere ganzen Grundanschauungen über den Haufen zu werfen. Auf den Liberalismus, der auf die Salonfähigkeit des Sozialismus wartet, spekuliert er. (Sehr richtig!)

Aber prüfen wir doch einmal den Liberalismus auf Herz und Nieren; er wird erklären, wie Vater Forbes zum Bischof von Rom, wir haben die soziale Erregung nur propagiert aus Furcht vor der Socialdemokratie. Wenn wir nur dafür sorgen, daß mit der Revolutionierung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Revolutionierung der Köpfe gleichen Schritt hält, so haben wir gethan, was wir thun konnten. Weil sie noch nicht Schritt gehalten hat, weil uns so viele Arbeiter noch fern stehen, und weil das Expansionsbedürfnis der Produktion auf dem Weltmarkt noch keine Befriedigung findet, deshalb sind wir noch nicht am Vorabend der Herrschaft des Sozialismus, deshalb wird es noch eine Weile dauern. Wir würden jetzt von einer Gruppe von Arbeitern eine Verände zu bestrafen haben, während wir auf der anderen Seite den Kampf gegen das Gottesquadenium führen. Dies zur Antwort auf die Frage Versteins: Können wir siegen! (Beifalliger Beifall.)

Es ist ein Antrag eingegangen, neben der Bebel'schen auch die David'sche Rede im Separatabdruck herauszugeben.

Bebel:

Hätte ich gestern den Antrag gehört, so hätte ich gegen ihn gesprochen. Ich fordere Sie auch auf, den heutigen Antrag abzulehnen. Wird meine Rede gedruckt, muß es selbstverständlich auch mit der David'schen geschehen. Dann hätte aber auch Auer und Vollmar das Recht, das zu verlangen.

Dr. Wolmann-Eberfeld:

Ich bin der Ueberzeugung, daß die gestrige Anlagerede Bebel's gegen Verstein mehr an die Stimmung, als an den Bestand gerichtet war. (Sehr richtig! Oh!) Wir sollten uns aber bei solchen Dingen nicht begeistern, sondern die Klarheit des Verstandes walten lassen, um wissenschaftliche und sehr differenzierte Streitpunkte aufzudecken. Ich bekenne offen, daß ich in vielen Punkten mit Verstein übereinstimme, aber ich identifiziere mich nicht mit seinem Duce, ich würde mich in mancher Hinsicht anders ausdrücken und zu andern Schläffen gelangen.

Wir scheint der ganze Streit viel zu sehr auf die Spitze getrieben. (Sehr richtig!) Man hat dabei häufig den Eindruck, daß der Kampf geführt wurde, als handele es sich nicht um einen Streit um begriffliche Dinge, sondern um das Wohl der Partei und der Menschheit. Der Kampf wurde auch nicht sachlich geführt, sondern persönliche Gründe waren im Unterbewußtsein mancher vorhanden. Ich muß es entschieden zurückweisen, wenn Liebnecht in seiner letzten Broschüre Versteins Schrift eine „Bühnschrift“ und die „feierliche Verleugnung der socialdemokratischen Prinzipien“, ein „Wiederbekenntnis zum allein selig machenden Glauben der bürgerlichen Weltanschauung“ nennt. Das ist mehr als übertrieben. (Sehr richtig!) Dadurch werden wir alle getroffen, die wir als Schildknappen Versteins bezeichnet werden.

Und wenn man in Versteins Schrift Widersprüche nachweist, so finden Sie bei seinen Gegnern noch viel mehr Widersprüche. Bebel hat Verstein und seinen Freunden — ich möchte es fast geschmacklos nennen — Mangel an Denken vorgeworfen; ich glaube, daß anderen Leuten die Fähigkeit abhanden gekommen ist, sich in den Gedankenangang anderer Leute hineinzuversetzen, die nicht im gewohnten Geleise gehen. Verstein hat an den Mißverständnissen zweifellos ja selbst etwas schuld, er hat sich zu zagend, zu tastend, zu unsicher ausgedrückt. Aber zweifellos hat Bebel die Verstein-Legende, die in die Welt geworfen ist, nur vermehrt.

Marx hat sich die Tendenz des Kapitalismus vorher fertig gemacht, ehe er seine Geschichte studiert hatte. Das widerspricht aller wissenschaftlichen Erforschung. Die ganze Marx'sche Zusammenbruchstheorie ist eine spekulativ-ideale, nicht eine wissenschaftlich begründete Thatsache. Wo hat Vernstein Gelegenheit gegeben, es in der Vergangenheit keine Expropriationen gegeben hat? Er sagt nur, es hat keine gewalttätige Expropriation von allgemeinem Umfang gegeben, und dafür fehlt es in der That bisher an einer Analogie in der Geschichte. Der Sozialismus ist zweifellos die Vollendung des Liberalismus in wirtschaftlichen Sinn des Wortes. Wir haben doch die Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; ohne die Selbstverantwortung, das Bewußtsein der Notwendigkeit, die Thätigsten an die Spitze zu stellen, werden wir nicht weiter kommen, auch das müssen wir übernehmen, denn das sind allgemeine biologische Grundzüge. Es handelt sich aber darum, die Grundlage zu schaffen, auf der der Wettkampf unter gleichen Bedingungen erfolgen kann; dafür sind wir Kollektivist, damit die Individuen sich entwickeln können.

Vernstein hat die Dialektik und den historischen Materialismus gar nicht aufgegriffen, sondern nur gewisse Modifikationen eingeführt, er hat nur auf die Mängel der Hegel'schen Dialektik hingewiesen, die formal sich auch in der Marx'schen Dialektik finden. Führen wir doch an Stelle des Begriffs Dialektik den viel präzisieren und reichhaltigeren Begriff Entwicklung ein, den werden auch die Arbeiter besser verstehen. Es ist ganz begreiflich, daß Marx den verschiedenen Erscheinungen des Lebens zu verschiedenen Zeiten eine verschieden große Beachtung geschenkt hat; so sind Widersprüche entstanden. Nicht alle Ideologie ist ein Reflex der ökonomischen Verhältnisse, nicht die Ideologie auf dem Gebiete von Kunst, Wissenschaft.

Ich fordere Weibel auf, nachzuweisen, wo Vernstein davon gesprochen hat, die Bourgeoisie habe aus Moral den Arbeitern das Koalitionsrecht gegeben. (Weibel: Das habe ich auch gar nicht gesagt! Seine: Gewiß haben Sie es gesagt!) Die Klassenmoral hat Vernstein nicht bestritten; aber es giebt auch eine Moral, die über die Klassen hinausführt, und die ist nicht von gestern und heute, sie ist so alt wie die ganze Menschheitsgeschichte. Durch die ganze Geschichte der Menschheit geht ein Kampf über den Klassen, unsere heutigen Kämpfe sind nur eine Phase davon.

Die sogenannte „lächerliche Zusammenbruchstheorie“, die jetzt Kautsky und Weibel bestritten, hat in der That in der Partei bis vor kurzem bestanden, sie läßt sich bei Marx, bei Engels, ja auch bei Kautsky nachweisen; auch er vertritt an einzelnen Stellen ganz direkt den tatsächlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft.

Was den Klassenkampf anlangt, so hat Marx stets die organisierte, gekulte Arbeiterklasse als das wichtigste Produktionsmoment eingeführt, er hat stets den Klassenkampf als einen wirtschaftlichen aufgefaßt, die Gewerkschaftsbewegung als das Fundament des Klassenkampfes, und das müssen wir auch thun. Die sollen wir die politische Gewalt erobern? Weibel sagt selbst, die Gewerkschaften könnten auf einen toten Punkt kommen. Gewiß ist der Stimmzettel die wichtigste Waffe im Emotionskampf, aber das Wahlrecht ist von der Arbeiterklasse ebenso wenig wie das Koalitionsrecht erobert worden; wäre das gleiche Wahlrecht der wirkliche Ausdruck der ökonomischen Macht des Proletariats, dann wäre es in Sachsen nicht wieder genommen, dann hätten wir es auch in Preußen.

Meine Meinung ist die, und ich gebe darin über Vernstein hinaus: In Deutschland ist der wirtschaftliche Kampf leider vernachlässigt worden. Wie es der gewerkschaftlichen Bewegung gegangen ist, wird es auch der genossenschaftlichen gehen: erst stand man ihr feindlich gegenüber, dann tolerierte man sie, jetzt ist man ihr sympathisch — man wird noch weiter gehen und sagen: sie ist notwendig zur Bekämpfung der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Georg-Rückgrat:

Ich beginne mit dem Bedauern darüber, daß durch die fast dreißigjährige Herauslösung von Material, die einem ökonomischen Produktionsfaktor ohne gewandt haben würde, Ausföhrungen wie diese letzten, verläßt wurden. Weibel hat kein Misserat mit einem Anblick auf die Karlsruher Genossen und mich eingeleitet. Unsere Revolution wünschte die Wahrung der Würde der Partei bei der Vernstein-Diskussion. Weibel sagte, das könne nur einer fordern, der entweder jung in der Partei ist oder die Vorgänge in der Partei nicht beobachtet. Das erste trifft nicht zu, da ich schon unter dem Sozialistengesetz Redakteur eines Parteiblattes war, und das zweite ist auch nicht richtig, denn gerade die Beobachtung gewisser Vorgänge in der Partei hat mich veranlaßt, die Resolution in Karlsruhe einzubringen. Ich glaube auch, Weibel hat auf mich geachtet, aber jemand anders treffen wollen; denn Sie erinnern sich, daß meine vorjährige Rede unmittelbar auf die Ausführungen der Genossen Helm und Luxemburg folgte, die in ihrer Schärfe vielleicht nicht ganz der Würde der Partei entsprachen. (Sehr gut!) Die direkte Veranlassung unserer Resolution war aber die Weisener Rede Liebknecht's, in der er Vernstein einen Strohmännchen, ja einen Esel nannte, (Süß! hört!) in der er ihm Unwissenschaftlichkeit vorwarf. Diese Weisener Rede, der noch andere Dinge gefolgt sind, hat mich bestritten lassen, daß man mit Vernstein auch auf dem Parteitag in einer Weise umspringen würde, wie es der Würde der Partei nicht entspricht. (Sehr gut!) Es ist bedauerlich, aber es muß so sein: wenn die Alten die Alten gegen die Alten nicht verteidigen, dann müssen es die Jungen thun. (Weiterleit. Sehr gut!) Zur Aufklärung bezüglich des „Lied's Maudeln“ — den ich mir übrigens selbst angeeignet habe — nur, daß ich in Baden noch als einer der feiner besaiteten Gemüther angesehen werde, Sie können sich also denken, wie die andern sind. (Weiterleit.)

Wir wollen nicht den trotzen Ton einhalten, sondern mehr in die Praxis gehen. Weibel hat Frau Luxemburg verteidigt. Ich weiß nicht, ob ihr das sehr angenehm war. Sie hat nicht nötig, daß ein Ritter für sie in die Schranken sprengt; sie ist so gut mit Föhnen und Hagen ausgerüstet (große Heiterkeit und lebhafter Widerspruch), daß sie sich selbst verteidigen kann. Liebknecht hat Vernstein Mängel an Wissenschaftlichkeit vorgebracht. Was schreibt aber Liebknecht, der Marx verteidigen will, am Schluß seiner Vorkühre: Der Sozialismus war so lange unbestehbar, als er an sich allein glaubte und in jedem Nichtumhangedenen einen Feind sah. Von dem Augenblicke an, wo der Sozialismus auf Kompromisse einging und in die Wege der nichtumhangedenheiten, sogenannten zivilisierten Mächte einlenkte, hat er seine erobernde Kraft eingebüßt. Der Sozialismus konnte nicht anders. Er war nicht der wahre, weltverwirkelnde Glaube. Der Sozialismus aber ist, und der Sozialismus kann die Welt nicht erobern und nicht erlösen, wenn er aufhört, an sich allein zu glauben.“ Ist das Marxismus? Das ist Fatalismus vermischt mit Idealismus in schlimmster Form. (Sehr richtig!) Da sage man nicht mehr, wir sind keine Leute, die Dogmen hätten. Hier wird uns der Glaube empfohlen. (Redner schreubert die Liebknecht'sche Vorkühre zu Boden. Lebhaftes Oh!)

Ich war sehr erstaunt, daß Weibel sich für berufen hielt, die Wichtigkeit der Marx'schen Lehre zu beweisen; er, der mit seiner kladderadatsch-Prophezeiung so wenig gute Erfahrungen gemacht hat, sollte die Hände von dieser Sache lassen. (Weiterleit. Und lebhafter Widerspruch.) Weibel hat auf mein Wort angepielt und es eine Ungeheuerlichkeit genannt, daß wir Wasser-mann's Rede für die Wichtigkeit der Vernstein'schen Anschauung ins Treffen führten. Und doch lag nichts näher. Der „Vorwärts“ und die gesamte Parteipresse haben die hohe sozialistische Einsicht Wasser-mann's in dieser Rede anerkannt. Warum sollen wir nicht gelten lassen, was auf andern Felde wächst. Wir sind eine zu große Partei, als daß uns die Furcht anstände, es könnte uns von anderer Seite etwas weggenommen werden. Es ist Kleinmut, wenn wir den Gegner nicht vornehm und würdig behandeln wollen. Der Vernstein'er empfindet Freundschaft für die Rüsse und Dackeln.

(Große Heiterkeit.) Das Gefühl der Überlegenheit des Großen über den Kleinen sollten auch wir anerkennen.

Darin liegt ja gerade Vernstein's Verdienst, daß er den Finger in manche Wunde gelegt, daß er unser hoch entwickeltes Selbstbewußtsein zurückgeschraubt hat. (Widerpruch.) Wie sind wir gewohnt, über die Ehrlie wie Götter die Köpfe zu stecken. Als Götter aber starb, hieß es im „Vorwärts“, er sei ein Sozialdemokrat. (Weiterleit.) Und weiter: Verleihen wir doch nicht, daß Marx für die große Masse der Arbeiter und auch für unsere Halbgelehrten das ist, was Goethe für die Bourgeoisie, die ihn verhöhnte, aber nicht liebt. Es sind viele Delegierte da, die mir gesagt haben, wenn das ganze Marx'sche Gebäude zusammenbrechen sollte, würden die Leute doch Sozialdemokraten bleiben. Der idealistische Lausale sieht den Arbeitern noch heute viel näher, als Marx, den sie wie ein weit in die ferne gestrecktes Idol verehren. Wir haben eben auch einen Dogmenglauben. (Lebhafter Widerspruch.) Sie sind unwillig, wenn ich das sage. Aber als mein Vorgesetzter sprach und Marx kritisierte, da war es ganz anders. Es steht bei diesen Genossen so wie bei den gläubigen Katholiken, wenn die Unfehlbarkeit des Papstes bestritten wird. (Oh! Oh!) Sie sind entsetzt, aber fragen Sie sich im Innern Ihres Herzens, ob es nicht so ist. (Lebhafter Widerspruch.)

Nun muß ich mich noch gegen einen Angriff auf die Grundanschauungen der Partei wenden, den unser hochgeschätzter Genosse Weibel verübt hat. In Punkt 6 unseres Programms heißt es: Erklärung der Religion zur Weltanschauung. Weibel aber sagte gestern: „Die Bourgeoisie ist so altheilig, als nur einer von uns.“ Ich muß es ablehnen, als Ketzer gehalten zu werden. Das hat mit der Partei nichts zu schaffen. (Weibel: Ich habe Sie ja gar nicht gemeint.) Der Justizrenter Weibel's beweist, daß auch Sie nicht verstanden werden können.

Weibel hat die badischen und bairischen Wahlbündnisse gebilligt. Nun ist aber eine Resolution Liebknecht's, Luxemburg eingelaufen, wonach der Satz in der Weisener Resolution von dem Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall — ausgeschrieben und die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags gelegt werden soll. Wie wenig forumpierend solche Augenblicksartikel wirken, zeigt ein Blick auf unsere Presse. Wir liegen uns mit den Centralblättern Tag um Tag in den Haaren. Aber zu dem Wahlbündnis sind wir gezwungen, wenn wir nicht die Postul der Selbstmordes betreiben wollen. Neben den schönen Eisenbahngesellschaften, auf denen die Entwicklung von selber läuft, geht eine andere Entwicklungslinie, die aber trummere Wege und Berge vorwärts führt? Wir müssen es da machen, wie mit dem menschlichen Willen. Wissenschaftlich ist er nicht da, aber wir müssen so handeln, als wenn er da wäre. Doch ich will nicht Philosophieren treiben. (Weiterleit.)

Weibel sagte: „Wenn man uns immer vorhalten will, welche Schwierigkeiten wir noch zu überwinden haben, na, dann, dann danke ich. Dann hätte ich längst die Flinte aus dem Korn geworfen.“ So kleinmütig bin ich nicht, ist Vernstein nicht. Es ist das eben Geschmacksache. Es giebt Leute, die sich lieber auf den festen Boden der Thatsachen stellen, statt sich in den Nebel der Prophezeiungen zu begeben. Es giebt Leute, die lieber die Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten des Weges erkennen, als daß sie sich in unbestimmten Hoffnungen bewegen. Das Verdienst Vernstein's ist es, uns bittere Wahrheiten gesagt zu haben; dafür müssen wir ihm dankbar sein, trotz Plechanow. In Weibel's Rede machte es den meisten Eindruck, wie er rief: „Vernstein rät uns behändig; nur langsam, hübsch langsam! Sehen Sie die die anderen Parteien sich an, wollen die denn warten, die wollen morgen zur Macht gelangen. Und wir sollen uns gedulden!“ Aber anderen Parteien stehen ja auf einem ganz anderen Boden als wir. Wir stehen auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung. Wir sagen: Das Volk genügt nicht, wenn die Reize der Verhältnisse nicht genügt. Unsere Gegner beantragen sich mit Reformen, während wir die völlige Umgestaltung der Gesellschaftsordnung wollen. Das ist der wichtige, grundlegende Unterschied. Auch Marx und Engels sind früher einmal als Angstmeier bezeichnet worden, weil sie keine gewalttätige Revolution wollten, sie sind nicht an diesem Vorwurf gestorben, und auch Vernstein wird nicht daran sterben. Die Vernsteinianer werfen die Flinte auch dann nicht ins Korn, wenn sie das Endziel erst in weiter Ferne sehen. Gewiß ist es richtig, daß uns Vernstein manches nimmt, aber gerade dadurch, daß er uns Selbstüberhebung nimmt, giebt er uns neue Kraft, und das ist viel mehr wert.

Man hat auch angedeutet, daß die Vernsteinianer keine Sozialdemokraten mehr sind. Nun darüber, ob wir Parteigenossen sind oder nicht, entscheiden das Programm und wir selbst. Mögen Sie immerhin auch den Versuch machen, Vernstein abzusagen, es hat viele große Forscher gegeben, die erst getödtet werden mußten, und erst dann hat sich die Wahrheit ihrer Lehre bewährt.

Liebknecht:

Zunächst etwas Persönliches. Man hat mir vorgeworfen, daß ich in meiner Weisener Rede meinen Freund und langjährigen Mitkämpfer Vernstein verunglimpft hätte. Ich habe bereits erklärt, daß ich in jener Rede, die beinahe zwei Stunden dauerte und über die nur ein zusammengedrängter Bericht erschienen ist, nicht ein Wort gesagt habe, das für Vernstein hätte verlegend sein können. Ich bin der Legende entgegengetreten, die von Gegnern von uns aufgestellt war, daß Vernstein von uns als eine große wissenschaftliche Autorität, gewissermaßen der Fortsetzer von Marx gegolten habe; er ist über Marx gestellt worden in bürgerlichen Blättern, und dem bin ich entgegengetreten und habe gesagt, daß er innerhalb der Partei als wissenschaftliche Autorität meines Wissens nie gegolten habe, wissenschaftlich im Marx'schen Sinne der Aufklärung eines neuen Lehrgebäudes. Und das ist Wahrheit. Kautsky hat in einem längeren und das selbe gesagt; ich habe keinen Ausdruck gebraucht, der für Vernstein nur halb so verlegend sein könnte. Ich habe Vernstein niemals einen Strohmännchen genannt, das ist mir einfach untergefallen worden. Ich habe gesagt, daß Vernstein seine Pflicht an „Sozialdemokrat“ voll und ganz getan hat, ich habe ausdrücklich gesagt, daß er kein Strohmännchen gewesen ist. Ich habe gesagt, der „Sozialdemokrat“ ist nicht von Vernstein geliebt worden, sondern von der großen kämpfenden Klasse der Arbeiterklasse, und hätte Vernstein ihn nicht so redigiert, wie er ihn redigieren mußte, so hätte er ihn überhaupt nicht weiter redigieren dürfen. Ich wandte mich nur dagegen, aus Vernstein etwas zu machen, was er niemals gewesen ist. Man hat mir auch einen Widerspruch in meinem Artikel über Vernstein vorgebracht und dabei einen Leitartikel des „Vorwärts“ vom 28. März erwähnt. Nun, in diesem Artikel ist nur gesagt, daß Vernstein die Grundlage und das Endziel des Sozialismus nicht preisgegeben, sondern sich im Gegenteil dafür ausgesprochen habe. Diese Behauptung ist nicht gethan um Vernstein zu verteidigen, sondern gegenüber den idiotischen Artikeln der bürgerlichen Presse, die da saaten, Vernstein ist unser Mann, er will ja alles, was wir wollen. Da rief ich ihnen höhnend zu: Volk! Ihr auch das Endziel, für das Vernstein sich erklärt?

Nun stehen wir in der Vernstein'schen Schrift auf Behren und Rücksprache, die genau das Gegenteil von sozialistischen Anschauungen sind. Vernstein ist voller Widersprüche, die Konsequenz seiner Lehre würde dazu führen, daß in der That die Sozialdemokratie zu einer bürgerlichen Reformpartei wird. Das Urteil, das ich heute über Vernstein habe, habe ich seit langer Zeit, ich habe ihn niemals weder für eine revolutionäre Natur, noch für eine große wissenschaftliche Autorität gehalten. Als er mir vor zwei Jahren in England gesprächsweise sagte, der Sozialismus sei die letzte Konsequenz des Liberalismus, da erkannte ich, welche Klüft zwischen uns besteht. Sozialismus und Liberalismus haben nichts mit einander gemein. Hätte Vernstein gesagt, Demokratie und Sozialismus, so ließe sich darüber reden, aber der Liberalismus

ist spezifisch bürgerlich. Von dem Augenblicke an, wo das Bürger-tum kapitalistisch wurde, ist es liberal geworden und hat genau die dem Sozialismus entgegengesetzte Entwicklung genommen.

Weibel hat bereits nachgewiesen, daß das, was Vernstein gegen die Verelendungstheorie sagt, teils nicht wahr ist, teils nicht das trifft, was Marx behauptet hat. Die Verelendungstheorie ist absolut bekräftigt worden durch die moderne Wissenschaft, durch die Einkommensteuer-Statistik. Daß die Akkumulation des Kapitals vor sich geht, kann nicht gelugnet werden, und die Thatsache, daß es eine Anzahl selbständiger Existenzen giebt, denen es sehr ganz gut geht, spricht nicht gegen die Theorie; das sind nur scheinbar unabhängige Existenzen. Während diese sich mit der Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vermehren, vermindern sie auf der anderen Seite die wirklich unabhängigen Existenzen. Also die Lehre von Marx hat sich, wenn sie auch nicht in jedem einzelnen Detail zutrifft, doch vollständig bewährt. Der Kapitalismus erzeugt Zustände, an denen er selbst zu Grunde gehen muß.

Wer das leugnet, das kann nur jemand sein, der in England lebt, wo die Entwicklung ganz anders ist als in Deutschland, wo sich das Volk aller möglichen Freiheiten erfreut, die nicht angefaßt werden können von oben her. Dort hat sich die Gewerkschaftsbewegung naturgemäß entwickelt, bei uns aber ist sie gestört worden. Trotzdem mußte auch hier das Bürger-tum die Arbeiterbewegung zu stützen, es schränkte das Koalitionsrecht ein, und es bedurfte erst eines langjährigen Kampfes, um die Koalitionsfreiheit wieder zu erobern. Erst dann ist das Bürger-tum dort zu der Ansicht gekommen, daß die Unterdrückung der Arbeiterbewegung zum Untergang des Staatswesens führt. Der Staat war genötigt, zu seiner eigenen Verteidigung das Koalitionsrecht wieder einzuführen und die Zensurgesetzgebung zu erlassen. In England ist der Gegenlag zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie nicht so groß wie bei uns; die Arbeiter können dort schreiben, was sie wollen, sie haben keine politische, keine polizeiliche Aufsicht. Daß dort die Bewegung wesentlich gewerkschaftlich ist, liegt also in der Natur der Sache.

Es ist weiter eingewandt worden, daß selbst noch wissenschaftlichen sozialistischen Schriften das Elend am stärksten da sei, wo der Kapitalismus noch nicht eingedrungen ist; es sei also nicht die Folge des Kapitalismus. Ich will demgegenüber auf Sachen hinweisen, wo wir in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren noch die kleinen Meister in der Weisheit hatten. Die befanden sich in ganz außerordentlichem Elend. Dies Elend ist nicht hervorgerufen direkt durch den Kapitalismus, wohl aber durch die Konkurrenz des Kapitalismus, so daß wir seiner Zeit im sächsischen Landtag es mit Recht als eine wahre Wohlthat für diese sog. selbständigen Arbeiter bezeichnen konnten, daß sie als Fabrikarbeiter in den Großbetrieben kamen. Auch in Indien ist das Elend der Arbeiter nicht durch den Kapitalismus direkt hervorgerufen, sondern durch die Konkurrenz des Kleinbetriebs mit dem kapitalistischen Großbetrieb.

Auf die materialistische Geschichtsauffassung will ich nicht näher eingehen, ich kann nur sagen, daß alle Verleumdungen von Vernstein, die Wichtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung zu bestritten, völlig mißlungen sind und daß kein Land mehr als Deutschland einen so starken Beweis für die Wichtigkeit derselben bildet. 1848 war unser Bürger-tum noch demokratisch, es stimmte mit den Arbeitern, die damals noch nicht auf dem Boden des Klassenkampfes standen, in den politischen Zielen überein. Heute ist es, abgesehen von wenigen Ideologen, reaktionär. Genau so ist es in Frankreich. Auch da schlug der bürgerliche Liberalismus in die äußerste Reaktion um, die Bourgeoisie in Frankreich warf sich einem Louis Napoleon in die Arme, wie wenige Jahre später in Deutschland einem Bismarck. Aber nicht bloß in dem Denken der Bourgeoisie, sondern auch bei den deutschen Arbeitern hat der Kapitalismus eine Revolution hervorgerufen. Als 1863 Vassalle gegen Schälze-Delitzsch auftrat, da haben die Berliner Arbeiter ihn nicht anerkennen wollen, und wenige Jahre nachher sind dieselben Arbeiter zu Landtagen für Sozialdemokrat gekommen. Die Revolution der wirtschaftlichen Verhältnisse hat auch die Geister revolutioniert. Ist das nicht die stärkste Bestätigung der Marx'schen Lehre?

Man hat dann gesagt, daß Vernstein das Endziel nicht verleugne, stehe er vollständig auf unserm Boden, nur das Tempo sei vermindert. Ja, mit der Verfeinertheit des Tempos ergiebt sich auch eine Verfeinertheit der Anschauungen. Auch der Nationalliberal v. Wennigsen hat 1878 bei der Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstoge ausgeführt, daß die bürgerliche Gesellschaft in ihrer heutigen Gestalt nicht ewig sei; er warte der Sozialdemokratie nur vor, daß sie den Entwicklungsprozeß gewaltsam beschleunigen wolle und daß sie in einem zu schnellen Tempo vorgehe. Wennigsen stimmt also vollkommen mit Vernstein überein.

Im Allgemeinen trete ich vollkommen den Ausführungen von Weibel bei, nur in einem Punkte bin ich anderer Meinung.

Weibel hat sich bei Besprechung des Textes seiner Resolution, der von dem Verhältnis zu anderen Parteien handelt, auf den Stuttgarter Beschluß berufen und gesagt, dieser habe den Genossen in Bezug auf die preussischen Landtagswahlen vollständig carte blanche gegeben. Das ist nicht richtig, er hat alles beim alten gelassen und nur in Bezug auf die kommenden Wahlen in diesem einzelnen Falle den Genossen und Wahlkreisen freie Entscheidung gelassen. Aber er hat weder den Kölner Beschluß, noch den Frankfurter aufgehoben, der alle Kompromisse und Wahlbündnisse verbietet. (Sehr richtig!) Das habe ich ausdrücklich festzustellen gegenüber den Angriffen auf die Berliner, weil sie stritte auf diesem Boden stehen geliebt sind. Weibel hat die Zattkin'sche Wagerung gebilligt. Ich stehe ihm allerdings auf dem Standpunkt, daß bei einem Bündnis, das mit andern eingegangen werden soll, nicht bloß das Prinzip nicht verraten werden darf — das ist, soviel ich weiß, ausdrücklich niemals der Fall gewesen — sondern auch nicht unser Klassenkampf-Boden. Damit wären selbst Dupende von Mandaten, die wir gewinnen könnten, denn doch viel zu teuer erkauft. Es ist mir als eine Verlegung der materialistischen Geschichtsauffassung angesehen worden, daß ich von der Demoralisation unserer Parteigenossen sprach, die eintreten müßte, wenn unsere Parteigenossen sehen, daß unsere Partei nicht die einzige ist, die für ihre Rechte und Freiheit eintritt, wenn andere Parteien als auch gleichwertig empfohlen werden. Das Beispiel vom Polans, das der Vorgesetzter als unwissenschaftlich hinstellt, ist ein sehr treffendes. Die Bekämpfung des Polans haben die absolute feste Überzeugung von der Wahrheit ihrer Lehre, und die Festzeugung von der Notwendigkeit, ein bestimmtes Ziel zu erkämpfen, giebt eine ungeheure Kraft. Ich erinnere mich, wie einmal, als ich im Reichstoge in der Zeit des Sozialistengesetzes von der Rednertribüne herabstieg, Ludwig Vamberger zu mir trat und sagte: Sie können noch gut reden, Sie haben noch den Glauben, wir haben ihn nicht. Ja, das Wort „Glaube“ ist hier nicht im religiösen Sinne gemeint, sondern in dem Sinne der absolut festen Überzeugung und Festsicherheit, und wenn wir die untern Genossen nehmen, so nehmen wir ihnen die Kampf-freudigkeit (Lebh. Zustimmung), so nehmen wir ihnen die Kampffähigkeit. Wenn ich den Genossen sage, es ist in der bürgerlichen Gesellschaft gar nicht so schlimm, wie ich sagte, wenn Ihr Euch mir als artige Kinder benehmt, so ist sie bereit, Euch Ankerbroet zu geben und die Festsche nicht zu gebrauchen, so demoralisiert das, so kann das eine Partei, die kämpfen muß, nimmermehr zum Ziele führen.

Das ist es, was bei Vernstein die kämpfenden Genossen am meisten empört hat, daß er erklärt, wir seien durch unsere heftige überfürzende Kritik schuld daran, daß das Bürger-tum gegen uns empört ist. Haben wir denn das Bürger-tum feig gemacht? Hat sich nicht Vassalle überzeugt, daß das deutsche Bürger-tum in seiner Feigheit den Emancipationskampf, auch nur den einfach bürgerlichen, nicht führen kann? Damals war das rote Wespen dem deutschen Bürger-tum ja noch nicht in seiner greifbaren Gestalt entgegengetreten.

(Schluß in der 2. Beilage.)

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Das deutsche Bürgertum, das weder zu Ende des Mittelalters, noch zu Ende des vorigen Jahrhunderts, noch 1848 seine eigene Freiheit dem Junkertum abgezogen konnte, sollen wir demokratisieren haben? Wir haben es stets mit Stolz hervorgerufen, daß in Deutschland die Socialdemokratie die Mission hat, die Aufgaben zu erfüllen, die in anderen Staaten schon das Bürgertum erfüllt hat, und außerdem die große sociale Umgestaltung durchzuführen. Das hat Vernstein vollkommen vergessen. Wir dürfen nicht bremsen, nicht zurückhalten. Die deutsche Socialdemokratie ist niemals mit dem Kopf durch die Wand gegangen. Ein Zeitungsartikel, eine heilige Rede — was will das sagen! Aber wo die Socialdemokratie auf dem Boden der Praxis gefommen ist, wo sie im öffentlichen Leben gewirkt hat, da haben wir nicht versucht zu erlumpfen, was noch nicht erlumpft werden konnte, da haben wir immer gesagt: dies und dies muß erstrebt werden, aber heute kann es nicht erreicht werden.

Vernstein hat uns also nichts gegeben auch auf der praktischen Seite, er versucht uns nur viel zu nehmen. Was er sagt, haben wir alle gewußt und betätigt. In seiner ganzen Schrift finden Sie auch nicht einen Satz, den Sie nicht schon vorher in der „Frankfurter Zeitung“, bei Oppenheimer bei demokratischen oder halbdemokratischen Schriftstellern haben lesen können.

Das ist es ja, was die Gegner Vernsteins so empört hat, daß er sich plötzlich auf die Seite unserer Gegner stellt, daß er als Feinde auftritt für die idiotische Behauptung eines Eugen Richter, die Socialdemokratie sei schuld an der herrschenden Reaktion. Rein, schuld ist die Erbärmlichkeit des Bürgertums.

Meine Redezeit läuft ab. Nur eine praktische Frage muß ich noch erledigen. Welcher hat das Verhalten der bayerischen Genossen verteidigt. Hier habe ich ein Wahlzettelblatt aus dem ersten pfälzischen Wahlkreis, gerichtet an die Wähler, Mitbürger und Arbeiter. Es wendet sich in der schärfsten Weise gegen die Nationalliberalen, sagt nicht ein Wort gegen das Centrum und schließt: Deshalb gebe jeder Wähler seine Stimme den ihm von der socialdemokratischen Partei vorgeschlagenen Wahlmännern und wir werden siegen. Ich rede nicht darüber, daß kein Wort gegen das Centrum gesagt ist, aber diesem Flugblatt sind die Wahlzettel von lauter Centrumsleuten beigelegt. (Hört! hört!) Unseren socialdemokratischen Wählern wird also zugemutet, um das socialdemokratische Programm zur Geltung zu bringen, einen Centrumsmann zu wählen. Ich frage, welche Verwirrung muß das in den Köpfen anrichten, und wer kann es den Wählern, die noch ein bißchen katholisch fühlen, verdenken, wenn sie bei der nächsten Wahl, wo sie angefordert werden, einen Socialdemokraten zu wählen, auch für den Centrumsmann stimmen und sagen: Ihr habt ihn das vorige Mal empfohlen; schlimmer als damals ist das Centrum heute auch nicht.

Genau so ist es bei den preussischen Landtagswahlen. Auch hier müßten wir, da wir ja aus eigener Macht nicht ein Mandat erringen können, anfordern, für unsre Gegner zu wirken und zu stimmen, die wir bei der nächsten Reichstagswahl und bei unserer ganzen Propaganda bekämpfen müssen. Das wirkt, wie wenn man einer Armee, die kämpft, plötzlich eine Frontveränderung zumutet. Ich habe zu erklären, am liebsten wäre es uns, wenn Welbel den dritten Absatz seiner Resolution zurückläßt; andernfalls beantrage ich getrennte Abstimmung und werde gegen diesen Absatz stimmen, weil ich darin ein Verlassen des Klassenstandpunktes erblicke und ein Vortreten der Kräfte, die uns Vernstein hingelegt hat, um zu den andern Parteien zu kommen. Ich habe, wohl auch im Einverständnis mit Singer, der auf demselben Standpunkt steht wie ich, zu erklären, daß wir, wenn der dritte Absatz angenommen werden sollte, um die Einheit der Partei auch noch außen zu dokumentieren, für die ganze Resolution stimmen werden.

Vernstein sagt am Schluß auch, daß das Proletariat noch nicht reif sei, zu herrschen. Da frage ich: Ist die Klasse, deren Vertreter jetzt auf der Anklagebank im Harmlosen-Prozess sitzen, besser geeignet, den Staat zu regieren, als das Proletariat, wie es heute ist? (Lebhafter Beifall.) Welbel ruft: Das hast Du gut gemacht. (Alter!) Wie regiert die Bourgeoisie? Sehen Sie nicht den Lauf-Prozess, die Junkerrevolte, die vollständige Anarchie in den herrschenden Klassen? Uns, die wir zielbewußt dastehen, unserer Partei, die in dieser Ruhe über Probleme und Fragen, die ihre Existenz angehen, beraten kann, will man bei dieser Ferkelung und Zerfahrenheit in den Reihen unserer Gegner sagen: Es geht nicht so schnell. Die Zusammenbruchs-Theorie ist eine falsche! Wer soll denn in Deutschland eine Reform im englischen Stile machen? Und darum sage ich: Vernstein hat auch nicht einen einzigen unserer Parteigrundsätze befeitigen können, er hat nur die Möglichkeit dessen, was wir stets von Anfang an behauptet haben, uns schärfer und klarer zum Bewußtsein gebracht.

Unter der alten Fahne, mit den alten Zielen haben wir tausende von Siegen erfochten, sind wir vorgezogen! Diesen Kampfboden sollten wir verlassen? Ein Abgehen von unserem Programm, von unseren Principien hieße in der That das Endziel hinausrücken, den Sieg verlangsamen. Darum auf für das alte Programm und die alte Taktik! (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte wird, weil die Mittagspause herangerückt ist, hierauf abgebrochen.

Persönlich bemerkt

Frau Jettin: Friedrich habe behauptet, ich hätte in Stuttgart gegen die Würde der Partei verstoßen. Um auch von Würde zu sprechen, so erachte ich es unter meiner Würde, diese persönliche Anspornung zurückzuweisen. Ich überlasse es dem Urtheile der Delegierten, was schlimmer ist: vielleicht in der Leidenschaftlichkeit des Temperamentes bei der Vertretung seiner Ueberzeugungen einen Ton anzuschlagen, der durch seine Leidenschaftlichkeit unangenehm ist, oder aus Ärger darüber sofort einen der Grundsätze unseres Programms in der Praxis über Bord zu werfen.

Ich überlasse Ihnen weiter das Urtheil darüber, ob ich trotz jenes meines Benehmens durch meine Arbeit in der Partei und meine Haltung noch der gleichen Achtung würdig bin, wo Genosse Friedrich.

Singer bringt die Frage zur Entscheidung, ob der Einladung der Hannoverischen Genossen zu einem Ausflug am morgigen Nachmittag gefolgt werden soll. Fast einmütig wird die Einladung mit Dank abgelehnt, da die Arbeitstätigkeit eine festliche Unterbrechung der Verhandlungen diesmal nicht gestattet.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Ragnersheim-Namheim:

Die Diskussion hat sich bisher auf eine ganze Reihe von Punkten konzentriert, die nach meiner Meinung nicht ausschlaggebend sind, während andere wichtigere nicht mit der nötigen Ausführlichkeit behandelt worden. Die Kautsky das im vorigen Jahre anerkannt hat, verdient Vernstein Dank: Dank erstens dafür, daß er das theoretische Denken in der Partei angeregt hat, doch in die Erde, die jahrelang geherrscht hat, seine Schrift wie eine Bombe eingeschlagen ist; Dank zweitens dafür, daß er eine Reihe praktischer Fragen, die zum Teil gar nicht anerkannt, jedenfalls aber nicht in genügender Weise zur Geltung gekommen waren, wieder in den Vordergrund gebracht hat; vor allem aber Dank für die Re-

aktion, die er verurteilt, daß er, der uns in das socialreformatorische Fahrwasser hat hineindrängen wollen, es nun erst recht zuwege gebracht hat, daß der socialrevolutionäre Gedanke erst recht von uns klar betont wird. (Bravo!)

Unser Programm darf uns natürlich nicht als etwas Unantastbares gelten, weil zufällig Kautsky, ich will nicht sagen, der Vater aber doch der Hauptvater desselben ist. (Weiterkeit.) Die Verleumdungsfrage z. B., über die wir heute streiten, ist in dem ersten von Welbel und Liebnicht ausgearbeiteten Entwurf mit keinem Wort erwähnt. Ich glaube nicht, daß man so über die Verleumdungstheorie hinweggehen darf, wie es von seiten einiger Genossen geschieht, die in den Wahr des liberalen Spielbürgers verfallen sind: wie haben wir es doch so herrlich weit gebracht! Die Frage, ob die Lebenshaltung der Arbeiter gestiegen ist, ist sehr schwer zu entscheiden, eine Reihe von Arbeiterschichten hat sich beständig gehoben, auf der anderen Seite begegnen wir ganzen Schichten der Bevölkerung, die in der That fort und fort herabgedrückt werden. Vergessen Sie auch nicht die Entwicklung der Großstädte und die damit zusammenhängende Wohnungsnot, durch die große Bevölkerungsdichten in ein physisches Elend gestürzt sind, wovon früher nicht die Rede war. Die Lohnstatistik allein beweist ja sehr wenig. Bedenken Sie allein die Ortsverschlebung; ein großer Teil der gesteigerten Einkommen dient ja nur zur Steigerung der Grundrente, wandert in die Taschen der Hausbesitzer. Aber eine relative Hebung wird zweifellos durch die Gebrauchsgüterstatistik erwiesen. Die absolute Masse des Elends mag gestiegen sein, da die Bevölkerung gestiegen ist, aber relativ ist sie gesunken; die frühere Annahme, die in der Partei zweifellos gebräuchlich hat und von Marx zum Ausdruck gebracht worden ist, kann nicht aufrecht erhalten bleiben.

In den andern Programmtheorien, des Parteivorstandes sowohl wie des Genossen Kampffmeyer, steht nichts davon, steht auch nichts von der alles umfassenden Konzentration in der Landwirtschaft. Dieser Gedanke muß gleichfalls aufgegeben werden. Eine klar erkennbare Tendenz der Auffassung des kleinen Grundbesitzes durch den großen läßt sich nicht behaupten. Warum sollen wir uns darauf festlegen? Dagegen hat sich in der Industrie eine völlige Ferkelung der Mittelschichten vollzogen. Und der sogenannte neue Mittelstand hat, soweit er nicht das Solamentum der herrschenden Klassen repräsentiert, unter der socialistischen Gesellschaftsordnung Anrecht, sich besser zu stellen als jetzt.

Man sagt, die Zusammenbruchs-Theorie lasse sich ebensowenig entscheiden wie die Arentheorie. Propheteien ist schwer, aber in der kapitalistischen Entwicklung ist die Tendenz zu unheilvollen Krisen vorhanden, die nur auf Kosten der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch Kartelle aufgehalten werden können. Die Kartelle führen eine gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter, der Konsument und der Steuerzahler herbei. Die Kartelle mit ihrer dreifachen Ausbeutung sind also durchaus nicht in der Lage, den erhofften Ausgleich der Gegensätze zu bringen. Ich weise weiter auf die ostasiatische Konkurrenz hin, die wie eine drohende Wolke über der europäischen Industrie schwebt. Heute freuen sich unsere Industriellen über ihren Export nach Ostasien. Die Zeit aber wird bald kommen, wo mit dem Gelde und den Maschinen Europas Ostasien die deutsche und englische Industrie unterkonkurriert. Wir sehen schon jetzt das Schicksal der englischen Textilindustrie. Nun ist ja noch die Möglichkeit vorhanden, daß sich die Kartelle unter einander verbinden und die Produktion regeln. Sie würden so den Hordernischen Gedanken verwirklichen, daß nicht der Staat, sondern sie es wären, die der Gesellschaft als sociale Beamte dienen. Aber das ist eine Möglichkeit, die in weitem Maße liegt. Es ist gerade so, wie wenn ich sage: Hier habe ich einen Bindfaden, und daran binde ich ein Strohörnchen an — wenn ich ein Strohörnchen hätte. (Weiterkeit.)

Nur zu den praktischen Vorschlägen Vernsteins. Die Gewerkschaften haben sich ihre Anerkennung erungen. Vor sechs Jahren kamen sie als Hilfsscheide zur Partei, heute werden sie allgemein anerkannt, es könnte höchstens von einer Ueberhöhung der Gewerkschaften die Rede sein. Der politische Kampf ist von uns weit überschätzt worden, es ist das eingetreten, was Marx mal als parlamentarischen Kriticismus bezeichnet hat. Die Ueberhöhung des rein politischen Kampfes hat sich bitter gerächt. Die Gewerkschaftsbewegung würde ich nicht für so wichtig halten, wenn dadurch nur für die Gegenwart Erfolge erzielt würden. Dann würde ich es für richtiger halten, Kleinrenter-Verwaltungen zu begründen. (Weiterkeit.) Rein, die Gewerkschaften sind ein Kampfmittel für die Socialisierung der Gesellschaft, sie müssen sich die Befreiung der Klassen-Gegensätze zum Endziel setzen. Es dürfen aber keine politischen Gegensätze in den Gewerkschaften erzeugt werden. Betrachten Sie nur mal unsere Leipziger Genossen auf der einen, die Wandrunder auf der anderen Seite, dann werden Sie finden, daß hier hauptsächlich ein Keil in die Arbeiterbewegung hineingetrieben wird.

Kum die Frage der Genossenschaften. Auch hier kann man zu viel thun, ich halte das nicht für ein Unglück. Es giebt Genossenschaftsanstalten, wie es Gewerkschaftsanstalten giebt. Aber in der Partei fängt man jetzt erst an, das Genossenschaftswesen zu beachten. Gewiß ist es nicht Socialismus, aber eine gute Schule zum Socialismus; es kommt nur darauf an, daß die rechten Leute an der Spitze stehen, dann werden sie dafür sorgen, daß die eigenen Leute aufwachen in einem socialistischen Milieu, wie Wandrunder sagt. Parvus tritt jetzt für die Genossenschaften ein, die Genossin Luxemburg nicht, aber sie scheint sich mit dieser Frage noch nicht recht vertraut gemacht zu haben. Ich wünsche nicht, daß die Partei sich zur Genossenschaftsbewegung festlegt, aber sie soll ihr sympathisch gegenüberstehen, sich nicht durch das Wort „Kleinbürgerei“ abschrecken lassen. Kleinbürgerei der allerhöchsten Art ist es, wenn man um einer Anzahl von Wirten und Krämer- und sonstiger kleiner Zwischenhändler willen der Emancipation der Konsumenten von dem parasitären Zwischenhandel entgegenwirkt.

Aber eine Reihe von Vernsteinschen Ansprüchen und Forderungen müssen entschieden zurückgewiesen werden. Theorien können nicht entscheidend sein. Nicht 5 Prozent von uns sind durch die Theorie zur Partei gekommen; es steht ein gut Stück Ideologie in uns allen. Vernstein hat das Wort „Vaterland“ in mindestens sehr bedenklichem und zweideutigem Sinne gebraucht. Wir haben ein viel edlicheres Gefühl zu unserem Vaterlande als unsere Gegner. Das Junkertum würde tausendmal lieber Anhängel Rupelnden sein, als arbeitsberechtigtes Mitglied einer deutschen Demokratie. Wir dürfen nicht vergessen die Klust, die uns von den Gegnern trennt. Wir sind nicht national im Sinne der Gegner, wir sind international. Die Stellung zu den Heeresfragen beweist doch, daß wir diese Bestrebungen rundweg ablehnen müssen, die weder mit idealen noch mit Reformbestrebungen, sondern nur mit den Unterdrückungsbestrebungen etwas zu thun haben. Wollen unsere Gegner keine Jugendsünde in Bezug auf die Heeresfragen machen, so sagen wir ihnen einfach: Damit beweist ihr, daß eure Privilegien euch tausendmal wertvoller sind als das Vaterland, damit beweist ihr, daß ihr die wahren Vaterlandsfeinde sind. (Sehr gut!)

David sagt, es kommt auch auf die Bewegung an. Ganz recht, aber es kommt auf noch etwas anderes an, auf das Tempo der Bewegung, und das wird mit bestimmt durch das Temperament. Wir müssen uns immer bewußt bleiben der ungeheuren Klust, die heute noch gähnt, wir müssen uns bewußt bleiben, daß diese Klust nur durch einen radikalen Bruch mit dem Bestehenden befeitigt werden kann. Man hat viel von radikalen Phrasen gesprochen. Nun, ich kenne eine Phrase, die noch viel ekelhafter ist, das ist die opportunistische Phrase. (Sehr wahr!) Daß wir praktisch werden und uns nicht auf die Zukunft vertrusten wollen, das braucht man uns nicht erst zu sagen, das ist eine Lächerlich-

keit. Aber auf der anderen Seite müssen wir uns bewußt bleiben, daß das, was wir heute erreichen können, doch nur ein kleiner Teil dessen ist, was wir zu fordern haben. Wir müssen uns auf den Standpunkt des natürlichen Rechtes stellen. (Stoche des Präsidenten.) Ich bin genötigt, zu schließen. Behalten Sie mir nur noch, mit aller Schärfe das eine zu betonen: Das, was man freilegende nennt, was wir nicht aufgeben sollen, das ist unser Princip, das dürfen wir nicht preisgeben. (Sehr gut!) Wir müssen immer wieder betonen, daß wir nicht erst in hundert Jahren, sondern schon heute Brot für alle schaffen wollen. Noch steht die Nacht, wir müssen sie brechen. Der Vorkriegsbaum steht noch ungefällt und zwei Lager heute zerklüften die Welt, und ein Säben, ein Drüben nur gilt. (Lebhafter Beifall.)

Grünwald-Jena:

Was Vernstein Neues gesagt hat, ist nicht gut und das Gute ist nicht neu. Vernstein sündigt gegen die Grundregeln der Statistik in geradezu haarsträubender Weise, das haben ihm sogar die allerprimittivsten bürgerlichen Rationalökonomien nachgewiesen. Die Vernsteinianer wollen jetzt die einzigen Vertreter der Wissenschaftlichkeit sein, gegen die begriffliche Ordnung der sündigen sie in solcher Weise, daß nur Julius Wolf als Pendant zu Vernstein noch gelten kann. Combar hat Wolf in Brauns ganz vorzüglichem „Kraut“ so zerplückt, daß auch der eingeseichteste Marxist es nicht besser hätte machen können. — So steht es auch mit Vernstein. Durch einige Feuilletons kann man ein wissenschaftliches Werk wie das Margale Kapital nicht widerlegen. Die Diskussion war bisher recht oberflächlich, besonders hat auch David nach Vernsteinscher Methode die trivialsten Dinge als etwas ganz Neues vorgeführt, so in dem, was er über Expropriation sagte. Wenn sich David nur historisch etwas mehr gebildet hätte! (Weiterkeit.) Wenn er Marx gelesen hat, so verheße ich nicht, wie er sich hier hinstellen kann und solche Sätze vortragen! (David ruft dem Redner zu: Sie verstehen es eben nicht!) Nach ruhiger Ueberlegung wird David wohl selbst rebozieren. (Weiterkeit.) Von Vernstein kann und soll man nichts acceptieren, als das Gute unternehmen, weil es nicht neu ist, das Neue aber a limbo ablehnen und die Arbeiterklasse mit dem bewährten alten Programm zum Siege führen.

Moskauer:

Nachdem der Herr Vorredner die vom Genossen David vortragene Ausböhungs-theorie gestreift hat, muß ich eine zweite Grundlage der Davidischen Anschauung einer näheren Prüfung unterziehen. Er steht auf falscher Grundlage und kommt daher zu falschen Schlüssen. David hat behauptet, die ökonomische Entwicklung stelle sich in der Landwirtschaft anders als in der Industrie. Er sagt, in der Landwirtschaft zersplittere man die Großunternehmungen in Kleinunternehmungen, weil der Kleinbetrieb rentabler sei. David hat hinzugefügt: In der Industrie sieht man so etwas nicht. In der Industrie sieht man so etwas auch. In dem Augenblick, wo in der Industrie zum Großbetrieb übergegangen wird, stellt sich als Uebergang eine solche Zersplitterung der Betriebe ein. (Sehr richtig!) Wenn David das Margale Kapital gründlicher studiert hätte, dann würde er wissen, daß Marx in der Betrachtung der Hausindustrie diese Erscheinung behandelt hat.

Das ist keineswegs ein überwindener Standpunkt. Lesen Sie die Enquete der arbeitstatistischen Kommission über die Lage in der Konfektionsbranche. Dort erklärte uns die Unternehmer, die Zersplitterung durch das Zwischenschmeißersystem sei für sie weit profitabler. Wechnid ist es in der Cigarettenfabrikation, ebenso ist bei einem Theile der Webenbearbeitung, vor allem beim Gemüßbau, die Zersplitterung des Betriebes von Vorteil. Wo der Kleinrenterbetrieb möglich ist, drängt auch er nach genossenschaftlichem Zusammenschluß, in Viehzucht u. s. w. So wird der Kleinrenter nach hundert Jahren sicher ein überwindener Standpunkt sein.

Die wunderlichen Speculationen des Dr. Wolmann stimmen für die Aktion einer Kampfpartei, die wir doch sind, nicht; wir sind doch keine philosophische Schule. Die feindliche Haltung der Partei zur Genossenschaftsbewegung war nicht in dem Maße vorhanden, wie es Dr. Wolmann darstellt. Schon der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hat die Gründung von Genossenschaften empfohlen.

Ich gehöre nun keineswegs zu den Leuten, welche glauben, daß wenn einmal eine Broschüre erscheint wie die Vernsteinsche, dadurch gleich die Partei gründlich korrumpiert wird. Rein, die Partei ist viel zu gesund, als daß sie durch derartige Einflüsse aus ihren Bahnen gedrängt werden könnte. Früher glaubte man ja auch an eine Korrumpion der Partei. Ich erinnere nur an den Brief von Marx über das Göttaer Programm. Von 1875 aber bis 1891 ist dies Programm für uns maßgebend gewesen und die Partei ist nicht korrumpiert worden. Warum? Weil sie viel mehr aus den wirtschaftlichen Verhältnissen herauswächst, als daß sie von außen zurecht geformt wird. Deshalb wird auch die Vernsteinsche Broschüre nicht korrumpieren wirken können. Es ist notwendig, daß hin und wieder mal derartige Artikel kommen, aber sie sollten sich mit anderen Fragen beschäftigen und sie sollten besser begründet sein als es bei Vernstein der Fall ist. Schon der eine Umstand, daß Vernstein überall mißverstanden wird, und daß es eigentlich keinen Menschen giebt — ich glaube, Vernstein eingeschlossen — der seine Broschüre genau versteht (Weiterkeit und Beifall), sagt genug. Aber es giebt andere Fragen, in Bezug auf die unser Programm fühlbare Lücken hat, die unsere Theoretiker ausfüllen könnten, z. B. die Agrarfrage, die Wohnungsfrage. Aber es ist ganz falsch, wenn man die Bewegung selbst auf ein ganz anderes Gebiet drängen will, wie Vernstein den Versuch macht, indem er die Genossenschaften jetzt als Allheilmittel den Arbeitern empfiehlt. Ich bin auch mit dem besaglichen Teil der Bebeschen Resolution nicht einverstanden. Der Anfang des vierten Absatzes und sein Schluß sind sehr verständig; darin wird die völlige Neutralität der Partei gegenüber den Genossenschaften ausgesprochen, ihnen keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Fesseln der Lohnsclaverei beigegeben.

Aber das Mittelstück, das schon sehr crescendo sich anhört, könnten wir lieber freieren, dann wird die Resolution zweifellos einheitlicher. Denn wenn die Genossenschaften wirklich ein geeignetes Mittel wären zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, dann müßten wir sie als notwendiges Postulat in unser Programm aufnehmen; ich messe ihnen aber diese entscheidende Bedeutung nicht bei. Sie können doch nur in sehr beschränktem Maße den Arbeitern helfen. Mit dem Brimborium der großen Summen, die sie den Arbeitern gebracht haben, kann man doch nicht verschleiern, daß es sich im Grunde ja doch nur um winzige Summen handelt z. B. gegenüber dem Aktienkapital in Deutschland.

Wohin kann es führen, wenn wir aufhören sollten, eine politische Partei zu sein. In gewissen Kreisen wird für die Genossenschaften eine Propaganda entfaltet, gegen die die Reskame für Brandis Schweizerpillen oder Habbs Partide gar nicht ist. (Große Theilheit. Unruhe.) Dann sollten wir aber auch konsequent sein und folgern: Jeder Parteigenosse muß einer Genossenschaft angehören oder er ist ein Verräter an der Gesamtpartei; dann aber würde ein Keil in die Partei getrieben und in verschiedenen Orten Anlaß zu unheilbaren Streitigkeiten gegeben werden. Wir erklären ja auch nicht als Partei, wenn sich irgend ein Schumacher selbständig macht, darin liegt eine Förderung des Socialismus oder nicht. Das ist reine Privatangelegenheit. Sehen Arbeiter einen Vorteil darin, gemeinsam einzulassen, so mögen sie ihn ausnutzen. Es ist aber nicht Pflicht der Gesamtheit, sich daran zu beteiligen. Denn sonst werden die Mißerfolge der Genossenschaften zu Niederlagen der Partei führen. (Sehr richtig!) Wir sind nicht für, nicht gegen die Genossenschaften, sondern behandeln sie als reine Privatangelegenheit. Es wäre also gut, wenn wir nur Anfang und Ende der Bebeschen Resolution annehmen und die Eingeweide herausnehmen. Dann sind solche Mißverständnisse nicht möglich. Es scheint fast, als ob unsere Theoretiker glauben,

das hin und wieder der Stoff zur Diskussion ansetzt. Aber was-
halb begeben sie sich so sehr auf das spekulative Gebiet hinaus? Sie
sollten sich an das näher Liegende halten, und mir wäre es viel
lieber gewesen, wenn Verstein statt bei dem Anfang bei dem Ende
des Programms seine Kritik angelegt hätte, also bei den Fragen, die uns
am nächsten liegen und an deren Verwirklichung wir in der aller nächsten
Zeit zu denken haben. Da ichen wir, daß der letzte Punkt unseres
Programms die Forderung der Uebernahme der gesamten Arbeiter-
versicherung durch das Reich mit maßgebender Beteiligung der
Arbeiter an der Verwaltung betrifft. Da hätte ja Verstein sein
Talent als Praktiker beweisen und zeigen können, wie wir
einen Fortschritt auf dem Versicherungswesen erzielen können.
Da hätte er einmal zeigen können, ob er wirklich der
Praktiker ist, für den ihn seine Jünger halten. Wir verlangen
ferner im Programm die Sicherstellung des Koalitionsrechts. Auch
hier hätte Verstein Gelegenheit gehabt, sich als Praktiker zu er-
weisen, er hätte auch für unsere andere Forderung, die rechtliche
Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit
den gewöhnlichen Arbeitern, die Vereinfachung der Gesinde-Ordnungen
und einen Weg angeben können. Statt dessen werden uns plötzlich
Mittel angepöbeln, die uns bereits vor Jahrzehnten von der
Fortschrittspartei angepöbeln sind. Ja, selbst die Ver-
feinerung der alten Versteine ist in der Sozialdemokratie heute
nicht mehr nötig. Ich gebe zu, daß man in früheren Zeiten den
Konsumvereinen und Genossenschaften feindselig gegenüber
hat, und zwar weil das Mittel waren, wodurch die Fortschrittspartei
und die Arbeiter fernhalten wollte. Schlimm aber diese Ge-
fahr beseitigt ist, ist die alte Genossenschaft verschwunden. Wir haben
in Sachsen, in Breslau, Stuttgart u. a. O. prosperierende
Konsumvereine, und es ist den Leuten nicht eingefallen,
zu glauben, daß sie damit ein Stück Socialismus verwirklicht
haben, sie sehen das als eine Privatangelegenheit an. Tagelang haben wir
gar nichts eingewendet, sondern wir frenen und höchstens, wenn
die Unternehmungen prosperieren und dadurch die Möglichkeit ge-
geben ist, Genossen Stellen zu verschaffen, die sonst wegen ihrer
Agitation aus den betreffenden Orten vertrieben werden. (Sehr
wahr!) Aber man soll nicht jetzt plötzlich sagen: Wir können
auf diesem Wege die kapitalistische Ausbeutung über den
Hansen werfen. Es sind mir z. B. bei der Agitation Ausprägungen
für solche Konsumvereine zu Ohren gekommen, die zeigen, daß da
in der That in einer Weise für diese Vereine agitiert wird, die wir
nicht billigen können. Da wurde zum Beispiel gesagt: Gerade weil
Ihr Sozialdemokraten seid, müßt Ihr in die Konsumvereine eintreten,
denn alles andere schadet ja in der Luft. Oder es wurde gesagt:
Es gibt mehr Wege, die nach Rom führen, und dazu gehört auch
die Genossenschaft. Ja, Genossen, das sind Versteine, die Vorsetz
zu zerplündern, und dem haben wir entgegenzutreten. Wir haben die
Genossenschaften als Privatangelegenheiten der Beteiligten zu be-
trachten und uns nicht feindselig oder feindselig ihnen gegenüber-
zustellen. Das Versteinische Buch wird ja vielleicht noch
längere Zeit Gegenstand der Kritik sein, und derartige
geistes Leben schadet der Partei nicht, im Gegenteil, es
gibt neue Reibungen und damit neue Wärme. Aber
die Partei bleibt sich bewußt, daß sie auf dem Wege, auf dem sie
jetzt marschiert, vorwärts marschieren wird, bis sie das Endziel erreicht
hat, und daß sie die alte Taktik und Grundforderungen beibehält.
Soll eine alte Forderung preisgegeben oder eine neue aufgenommen
werden, so haben wir darüber zu debattieren, aber wir dürfen nicht ohne
weiteres die Sozialdemokratie, die als kämpfende Partei dasteht, vom
Boden des öffentlichen Lebens wegrängen, damit sie sich schließlich
in irgend einen Sparstall verliert. Solchen Utopien haben wir ent-
gegenzutreten, im übrigen aber marschieren wir auf dem alten
Wege vorwärts, auf dem wir schon ein gut Stück zurückgelegt
haben. Auf diesem Wege werden wir unser Ziel erreichen. (Stür-
mischer Beifall.)

Höfer - Döpreußen:

Wenn ich hier als Agrarier das Wort ergreife, so spreche ich
zugleich im Namen und im Auftrage der parteigenössischen Guts-
besitzer in Döpreußen. (Hört! hört!) Verstein schreibt: Für
die Industrie möge der Marxsche Standpunkt noch Geltung haben,
für die Landwirtschaft sei er überwunden. Es ist das eine schwierige
Frage, aber die industrielle Entwicklung sollte man nicht so ohne
weiteres in Bezug auf die Agrarfrage aufheben. Verstein sollte
nach Art der Astronomen forschen, was denn eigentlich die Ursache ist,
die den Stern veranlaßt, andere Bahnen zu gehen, als die
Wissenschaft ihm zugewiesen hatte; vielleicht spielen doch auch be-
züglich der Landwirtschaft andere außerordentliche Ursachen mit.
Was macht denn den Großgrundbesitz bei uns unrentabel? Da ist
zunächst die überhöchste Konkurrenz; dann weiter: die Ueberzahlung
des Gutes (Hört! hört!), dann eine gewisse Grobmannheit,
immer mehr Boden anzukaufen, die in der Folge zu einer un-
natürlichen Steigerung der Grundrente führt. (Hört! hört!)
Trotz der schimmigen Dispreddition des Wertes von
Grund und Boden sehen wir ein fortwährendes Steigen
des Bodenpreises. Woran das liegt, ist nicht zu ersehen.
Der Kleinrentner kann auf seiner Scholle bleiben, trotz-
dem er ebenso wie der Großgrundbesitzer unter der gewaltigen über-
höchsten Konkurrenz leidet, weil er seine Lebenshaltung auf das niedrigste
Maß zurückführen kann, weil er sich und seine Familie in Bezug auf die
Arbeitskraft auf das außerordentlichste ausbeuten kann, während der
Großgrundbesitzer unter der Arbeiternot immer mehr leidet und eine
gewisse Lebenshaltung nicht aufgeben kann, wenn es auch nicht
wäre, daß die Agrarier von Sekt und Ausern leben. Aber rein
wirtschaftlich genommen, ist der Großgrundbesitz rentabler als der
Kleinrenter. (Hört! hört!)

Dr. David hat ja gestern den Kleinrenter geradezu verberührt
(Hört! hört!), er sprach von dem Standbau in Amerika
als der ersten Stufe des Betriebes; Standbau kann man auch bei
uns treiben, auch von Kleinrentern, und er wird auch oft getrieben.
Dr. David beruft sich auf die Rentabilität des Pachtbetriebes.
Genosse Braun, der auch hier aufsteht, hat auf seiner Besitzung
von 1000 Morgen 8 Arbeiterfamilien beschäftigt. Nun denken Sie
sich diese 1000 Morgen an 50 Arbeiterfamilien verpachtet, dann
würde zweifellos ein größerer Ertrag herauskommen, aber mit
welcher Arbeitskraft! Welche Veranschlagung würde da getrieben
(Hört! hört!) gegenüber einer einseitigen Bewirtschaftung mit aus-
reichender Arbeitskraft, mit dem Merkmale der modernen Technik!
(Lebhafte Zustimmung.) Ich bestimme es Debel auch für die Land-
wirtschaft, daß es da den Kleinrentern bei uns vielfach viel schlechter
geht, als den Arbeitern, und das will viel sagen; es ist da eine
wirkliche Verleumdung. (Hört! hört!) Den Großrentnern vorzu-
schieben, welche Früchte sie zu bestellen haben, wie David vorläufig,
diese langsame Expropriation halte ich für sehr schwierig; das hieße,
dem Hund den Schwanz stückweise abzuschneiden.

Bei Verstein spielt das ethische Moment eine große
Rolle. Er meint, das Gewissen der Herrschenden sei geweckt. Wer
in einem hellen Zimmer lebt, der vergißt leicht, daß es auch dunkle
Gegenden gibt. (Sehr gut!) Kommen Sie zu uns nach Ost-
preußen! Im vorigen Sommer wurde den Arbeitern mit einem
Male am Lohn zugelegt, die Arbeiter wurden besser behandelt,
ja, die Gutsbesitzer führen nach der Ernte Fiegel, um den
Leuten bessere Häuser zu bauen. Weshalb haben sie das? Denken
Sie, daß das zufällig gewesen ist? Weil unsere Kolonisation
vorgegangen ist, darum ist den Leuten das Gewissen erwacht!
(Sehr gut!)

Ich komme zum Schluß. Als Agrarier weiß ich, daß in gewissen
Zwischenräumen im Felde die Gräben geräumt werden müssen, um
das Feld in Kultur zu halten. Auch wir müssen in gewissen
Zwischenräumen feststellen, wo unsere Grenzen sind. Die Grenz-
gräben müssen neu gezogen werden. Durch Annahme der Debel-
schen Resolution zeigen wir, wie weit unsere Grenzen gehen, und
daß uns eine Kluft von der bürgerlichen Gesellschaft trennt. (Leb-
hafter Beifall.)

Stolten-Hamburg:

Ich will die theoretische Diskussion nicht länger weiter führen,
sondern sie nur insoweit streifen, als es für die praktische Frage nötig ist,
wie wir diese Debatten zu einem gedeihlichen Abschluß bringen können.

Ich habe meine Ansicht über das Versteinische Buch in der Presse
ausgesprochen. Es genügt mir zu erklären, daß ich im allgemeinen
den Standpunkt teile, den Debel ausgesprochen hat. Doch bin ich
nicht in allen Einzelheiten mit Debel einverstanden. Einen Teil dieses
Widerspruchs hat Mollenhuth bereits erledigt. Er betrifft die Genossen-
schaftsfrage. Ich selber habe weiter beantragt, im Schlußsatz Absatz 6
der Resolution Debel's statt „weder ihr Programm“ zu sagen:
„weder ihre grundsätzlichen Auffassungen, noch“
usw. Sie können vielleicht sagen, der Ausdruck „Programm“ de-
deft sich mit dem Ausdruck „grundsätzliche Auffassungen“. Ganz richtig,
aber es handelt sich hier um den Wortlaut des Programms.

Die Diskussion, die an das Versteinische Buch angeknüpft hat
und vor allem auch die knospienartigen Kautskys lassen
es wünschenswert erscheinen, im Wortlaut des Programms
einige Änderungen zu treffen. Das gilt vor allem für den
zweiten Absatz des Programms, in dem nicht zum Ausdruck gebracht
ist, daß neben den niederdrückenden auch erhebende Ten-
denzen für die Arbeiterklasse vorhanden sind und wirken, die zu
einer Erhöhung der Lebenshaltung des Proletariats führen. Im
Programm ist nur die eine Seite der Verleumdungstheorie ausgedrückt.
Wer selber in der Bewegung ist, der weiß doch, daß thätig die
Verleumdungstheorie früher nicht relativ, sondern absolut aufgesetzt
worden ist. (Sehr richtig!) Deshalb wird in nicht allzu langer
Zeit unser Programm geändert werden müssen. Auch in anderer
Beziehung wird es vielleicht geändert werden müssen; und daher
können wir in unserer Resolution nicht positiv erklären,
wir haben keine Veranlassung zu einer Änderung unseres
Programms. Unser Programm ist 8 Jahre alt; das Gothaer haben
wir allerdings erst nach 10 Jahren geändert, aber dazwischen lagen
12 Jahre Socialistenkrieg. Und vergewaltigen Sie sich, was
zwischen 1891 und 1899 liegt. Erstens die Versteine- und Gewerbe-
zählung, die uns erst die Möglichkeit zu Vergleichen giebt,
das Material zur Beurteilung der Richtung der ökonomischen
Entwicklung. Sodann fällt in diese Zeit die umfangreiche
Diskussion über die Agrarfrage, und wenn auch in Breslau der
Sache ziemlich schnell ein Ende gemacht wurde, so ist diese Frage
damit doch nicht aus der Welt geschafft. Das hat ja auch
Kautsky am klarsten bewiesen durch sein umfangreiches Buch
über diese Frage. Darüber sind wir doch alle klar, und auch
Kautsky stimmt uns bei, daß in der That die Entwicklung in der
Landwirtschaft nicht schablonenmäßig demselben Weg geht wie in
der Industrie, und das uns berücksichtigen werden. Ein Agrarprogramm
wollten wir in Breslau nicht haben, aber Kautsky hat in seinem
großen Buche ja schließlich selber ein Agrarprogramm aufgestellt,
wenn er es auch nicht wahr haben will. Das ist ein zweiter Grund
für mich, zu wünschen, daß in der Resolution nicht die Ablehnung
einer Abänderung unseres Programms, sondern lediglich die Ab-
änderung unserer grundsätzlichen Auffassung ausgesprochen wird.

Die Bemerkungen des Bedauer's über das Buch von Ver-
stein wollen mir recht wenig angebracht erscheinen. Die Partei
hat alle Ursache, sich zu Verstein und Kautsky zu
gratulieren, zu den Diskussionen, zu denen wir ohne Versteins
Veranlassung nicht gekommen wären. Die theoretischen
Diskussionen in der Partei sind lange viel zu viel in den
Hintergrund gedrängt worden. Wenn wir sich mehr darum kümmern,
wird auch unsere prinzipielle Stellungnahme an Festigkeit mehr ge-
winnen. Ich habe gar keine Befürchtung, daß diese Diskussion
unserer Agitation irgend welchen Eintrag thun wird. Ich ver-
stehe es nicht recht, wie Kautsky in seinem neuesten Buch
gegen Verstein so gewissermaßen einen Schmutzstreifen
anzustreichen kann, daß auf diesem Parteitag der Diskussion ein Ende
gemacht wird. (Debel: Er hat die meiste Arbeit davon! Weiter-
keit.) Das ist das Ungeheuerste, der theoretisch an der Spitze
der Partei steht, aber darauf kann die Partei keine Rücksicht nehmen.
Ich meine, daß diese Diskussion für die Zukunft der Partei sich noch
außerordentlich fruchtbar erweisen wird. Freilich an der Art, wie sie zum
Teil geführt wird, hat mir mancherlei nicht gefallen; und wenn man
sich gegen die Art der Versteinischen Kritik an Marx und Engels
wendet, so glaube ich, daß daran einige andere Leute nicht ganz
ohne Willkür sind. Die Art und Weise, wie man die ersten Aus-
sagen Versteins kritisiert, entsprechend der Art, wie man in der
Partei überhaupt vielfach zu kritisieren liebt, hat vielleicht dazu bei-
getragen, Verstein in seinem Buch viel weiter nach rechts zu
drängen als er gewollt hätte. Verstein hatte seine Schlussfolger-
ungen aus den Thatfachen gezogen, Schlussfolgerungen, die er auf
Grund der Marxschen Theorie nicht begründen konnte, und da mußte er,
da die Angriffe ihn zur Begründung zwangen, erst die
Marxsche Theorie über den Hansen werfen. Daß er darin ver-
unglücklich ist, darin sind wir ja in der Mehrzahl einig.

Jetzt hat ja eine vernünftigeren Auffassung in der Partei Platz
gegriffen, man erklärt, der freien wissenschaftlichen Diskussion dürfe
man keine Schranken ziehen. Freilich, Rosa Luxemburg will das; sie
will die freie theoretische Unternehmung gewahrt sein lassen, aber
nur soweit sie auf der Grundlage der bisherigen theoretischen und
praktischen Auffassungen der Partei steht. (Weiterkeit.) Eine wissen-
schaftliche Forschung in bestimmten Grenzen verstehe ich nicht. Unsere
Grundanschauungen sollen das Resultat der Wissenschaft sein,
aber die Wissenschaft soll sich nicht nach unserer Grundanschauung
richten.

Verstein hat nicht bewiesen, daß die ökonomische Entwicklung
in anderer Richtung geht, als wir angenommen haben; aber der
Verweis könnte doch vielleicht in Zukunft gefährt werden.
Daher soll man sich nicht darauf verlassen; wenn das so
ist, so sind wir verloren! Wie es Kautsky in ähnlicher
Weise auf dem Stuttgarter Parteitag gethan hat. Er sagte, wenn
die Zahl der Kapitalisten wirklich stiege, können wir nicht ans Ziel.
Nun beweist er aber selbst in seinem Buche, daß in der That die Zahl der
Kapitalisten gestiegen ist und daß das auch Marx bereits gesagt hat.
Also mit solchen apodiktischen Behauptungen legt man sich ganz
unnötig fest. Ich habe soviel Vertrauen zu der Kraft des Pro-
letariats, daß selbst wenn die Verhältnisse sich theoretisch sehr viel
ungünstiger gestalten als wir annehmen, es zu seinem Ziel gelangen
wird. Die gewaltig numerische Uebermacht des Proletariats, gegen
dessen Kräfte die Zunahme der Kapitalisten nicht in Betracht
kommen kann, muß die Kraft und den Willen stärken, dem Zustande
ein Ende zu machen, daß die Arbeiter die Basis der Gesellschaft
sind. Darauf beruht unsere Zukunftshoffnung und dieser Faktor
wird sie erfüllen. (Lebhafte Beifall.)

Ueber den Schluß der Sitzung erhalten wir folgendes
Telegramm, dem morgen ausführlicher Bericht folgen wird:

Kautsky wendet sich gegen die von Volkman und David
erhobenen Einwände gegen den theoretischen Teil des Programms
und behandelt Krisen- und Verleumdungstheorie und Untergang der
Kleinrenter. Er kommt zu dem Schlusse, daß eine Änderung
des Programms nicht nötig sei. Wir wollen die Fahne
hoch halten, die wir immer hochgehalten haben, so werden wir
siegen, nicht dadurch, daß wir die Palliativmittel in den Vorder-
grund stellen.“

Rosa Luxemburg polemisiert dagegen, die gewerkschaftliche
und genossenschaftliche Bewegung als ein Stück Socialisierung aufzufassen,
und hebt die Bedeutung der Diskussion in der Richtung her-
vor, daß es sich nicht um abstrakte Theorien und um Ver-
stein allein, sondern um eine praktische Richtung in der
Partei selbst handelt, die seit einem Jahrzehnt beständig wachse.
Sie weist auf eine Aeußerung Volkman's über die Verkürzung der
Dienstzeit in seiner letzten Münchener Rede hin.

Adler-Hamburg bekämpft Davids Anschauungen über den land-
wirtschaftlichen Kleinrenter und warnt vor Ueberschätzung der
Genossenschaften, denen die Partei nur neutral gegenüber stehen
dürfe.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Folgende Anträge sind noch eingegangen:

61. Wir beantragen, den nächstjährigen Parteitag in Mainz
abzuhalten. Streb, David und 25 Genossen.

63 ist Resolution Debel.

Anträge zur Resolution Debel's.

64. Beantragen, im Schlußsatz, Absatz 6, der Resolution
Debel's statt „weder ihr Programm“ zu sagen: „weder ihre grund-
sätzlichen Auffassungen, noch“ usw. Otto Stolten, C. Heine.

65. a) Im Absatz 4 hinter dem Wort „Wirtschafts-genossen-
schaften“ ist einzufügen: „die auf Organisation des Konsums be-
gründet sind.“

b) An Absatz 4 am Schluß ist anzuhängen: „In verwerfen ist
unbedingt die Gründung von Genossenschaften zur ausschließlichen
Organisation gemeinsamer Produktion.“ Adler-Hamburg.

Antrag zur Taktik.

66. Auf die Tagesordnung des Parteitages 1900 wird gesetzt:
„Die Taktik der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen. Luge-
burg, Liebknecht, Kautsky.“

67. Beantragen, die künftigen Parteitage in den letzten
Wochen des September abzuhalten. Volkman, Wiener, W. Hoff-
mann, Kautsky, C. Heine, J. Sackler, L. Remer, Stadt-
hagen, Eledow, Endermann, Fleischer, Eichhorn, Klees,
Käppler, Wandert, Fiedemann, Fr. Ebert, Herm. Krappf, Fried.
Günterhoff, Rob. Krause, O. Probst, Segis, Horn, Ehrhardt,
Evers, Seb Wittl, Geiß, Mollenhuth, Dr. Stücken.

68. Wir beantragen, daß der nächstjährige Parteitag in Mün-
chen stattfindet. Wie mer und 25 Genossen.

Abänderungsantrag zu Nr. 65.

69. b) An Absatz 4 der Resolution Debel's ist folgender Schluß
anzuhängen: „Die Gründung weiterer Genossenschaften zu gemein-
samer Produktion ist nur dann empfehlenswert, wenn sie geführt
auf die Landwirtschaft bestehender Konsumgenossenschaften geschehen kann.“
Adler.

Die „Kavalieren“ vor Gericht.

Achter Tag.

Vor Eintritt in die Verhandlungen erklärt Justizrat Dr. Sello,
daß die Verteidigung noch die kommissarische Vernehmung eines in
Kaisel wohnenden Zeugen beantragen müsse. V. Kautsky behauptet
nämlich, daß er am 2. Januar mit diesem Zeugen in seiner Woh-
nung mit Klubsarten gespielt und zunächst dessen gesamtes bares
Geld und noch 1800 M. unbar abgenommen, dann aber an ihn sein
ganzes Geld in Höhe von mehreren hundert Mark und noch 1000 M.
unbar verloren habe, wofür letztere Summe er am nächsten Tage
prompt bezahlt habe. — Der Gerichtshof beschließt die kommissarische
Vernehmung dieses Zeugen, außerdem sollen noch kommissarische
Vernehmungen am Donnerstag in Breslau, am Freitag in Hens-
burg stattfinden.

Der nochmals vorgeworfene Oberkellner Montaldi erklärt auf
Verfragen, daß Wolff immer den Eindruck eines Gentleman gemacht
habe und daß er erst nach Erscheinen des Artikels im „Verl.
Tageblatt“ einmal die Aeußerung gethan habe: Wolff sei eigentlich
„zu nett“ gewesen, um anständig sein zu können.

Kautsky-Mitglieder.

Die Beweisaufnahme bewegt sich zunächst wieder in den alten
Gleisen und dreht sich immer wieder um die Frage, ob den Zeugen
beim Spiel im Klub irgend etwas der Angeklagten Ver-
dächtigendes vorgekommen ist, ob der Angeklagte v. Kröcher zur Teil-
nahme am Spiel besonders stark animiert hat, ob die Angeklagten
auffallend gewonnen haben u. u. Ueber diese Punkte werden
zahlreiche Offiziere der verschiedenen Waffen-
gattungen aus Verlu und auswärtigen Garnisonen, junge
Kadetten, Rekrutlandjuden und sonstige Vertreter der „goldenen
Jugend“ vernommen. Ihre Aussagen fallen im ganzen wenig oder
gar nicht belastend gegen die Angeklagten aus, werden aber manch-
mal großes Licht auf den Charakter der jungen Männer, die, ohne mit
der Wimper zu zucken, ganze Vermögen am Spieltische vergewalteten.
Die Zeugen stimmen darin überein, daß v. Kröcher nicht etwa die
Rolle des „Schleppers“ in dem Spielabenden gespielt habe, sondern
daß man von Kamerad zu Kamerad sich erzählte, wo an den
einzelnen Abenden gejezt wurde. v. Kröcher hat viel
genommen, aber auch manchmal viel verloren. v. Kröcher hat gleich-
falls wiederholt verloren und nach der Bekundung mehrerer Zeugen
glatt reguliert. v. Schwachmeyer ist an den Spielabenden wenig in
die Erscheinung getreten. Es ergibt sich weiter aus den Zeugen-
ausagen, daß bis zur Ueberredelung in das Central-Hotel
Dr. Kornblum gewissermaßen die Führung der Spielgesellschaft hatte.

Graf Stofsch über den Untersuchungsrichter.

Ein Student Graf Stofsch hat einmal im Deutschen Hause
in Potsdam 25000 M. an v. Kröcher und einen Herrn v. Schrader
verloren, er hat als damaliger Offizier der Potsdamer Garnison
auch sonst mehrfach im Deutschen Hause in Potsdam gespielt, unter
andem auch mit dem Prinzen Coburg. Auf Verfragen des Rechts-
anwalts Dr. Schwindt erklärt dieser Zeuge, daß er bis zu seiner
Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter keineswegs der Ansicht
war, daß die Angeklagten unfair gespielt hätten, als er aber nach
seiner Vernehmung das Zimmer des Untersuchungsrichters verlassen
habe er durch die Art und Weise der Fragestellungen
das Gefühl gehabt, daß er in der That beim Spiele Gaunern in die
Hände gefallen und gerupft worden sei. Es sei beispielsweise stark
bedeutend worden, daß schon Angehörige des Reichspresidiums vorliegen,
ebenso sei gesagt worden, v. Kröcher habe schon zugewonnen, daß er
immer gewonnen habe. Der Zeuge will hiergegen sofort pro-
testiert und gesagt haben, daß er selbst Herrn v. Kröcher einmal
10000 M. habe verlieren sehen. Durch diese Bemerkung sei an-
scheinend der Untersuchungsrichter enttäuscht gewesen, als Zeuge aber
dann hinzugesetzt, daß v. Kröcher auch häufig viel gewonnen habe,
hat nach der Ansicht des Zeugen der Untersuchungsrichter eine Miene
gemacht, als ob ihm diese Bekundung genehmer wäre. Der Zeuge
hat dann gesündigt, daß mit Rücksicht auf diese Fragestellungen
seine Anklage unwirksam eine bestimmte Forderung bekommen
haben könnte und hat sich deshalb nach zwei Tagen wieder
zu dem Untersuchungsrichter begeben. Er hat sich das
Protokoll nochmals vorlesen lassen und sich dadurch über-
zeugt, daß dasselbe alles so aufgenommen habe, wie er
es ausgesagt habe. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Es wird
durchnach zugegeben, daß das Protokoll die Antworten des Zeugen
auf die an ihn gerichteten Fragen absolut richtig wiedergegeben hat,
aber es wird diesbezüglich angenommen, daß der Herr Untersuchungs-
richter bei seiner Fragestellung vielleicht selbst präoccupiert war —
durch wen, sei dahingestellt — und schon überzeugt war, daß die
Angeklagten das waren, was ihnen erst bewiesen werden sollte. —
Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbittel verwahrt den Untersuchungs-
richter entschieden gegen den Vorwurf, daß er präoccupiert gewesen
sei. — Der Untersuchungsrichter soll dem Zeugen gegenübergestellt
werden.

„Kavalier hält alles.“

Zeuge Lieutenant a. D. v. Deyel hat einmal 30000 M. an
v. Kautsky und v. Schwachmeyer verloren. Er war ein häufiger Gast
an Spieltischen, nicht nur hier, sondern auch in Frankfurt und Monte
Carlo, hat mit wechselndem Glück gespielt, aber in Berlin „fast aus-
schließlich“ gespielt. Dem er ist „fast nie mit irgend etwas aus
dem Lokale gegangen“. Der Zeuge hat vor dem Untersuchungsrichter
ausgesagt, daß die Bank, die die drei Angeklagten hielten, niemals
aufgespielt sei“, er erklärt jetzt, daß er sich irrtümlich so ausgedrückt
haben müsse, es aber jedenfalls nicht so gemeint habe. Der Zeuge
gibt zu, daß ihm der Angeklagte v. Schwachmeyer einmal dringend nahe
gelegt habe, im Spiel mit ihm nicht so hoch zu setzen, darauf aber
erwidert habe: „Kavalier hält alles!“ Der Zeuge hat die
Terminre zur Regulierung inne gehalten bis auf den letzten. —
v. Kautsky: Beim letzten Termin begründete der Zeuge die Nicht-
zahlung damit, daß der Artikel im „Verl. Tageblatt“ erschienen sei.

worauf ich ihm antwortete: Die Begründung verbitte ich mir; könne er nicht zahlen, so bin ich gern bereit, einen späteren Termin anzusetzen. — Der Zeuge giebt zu, daß er dem Angeklagten von Kasper noch 4000 M. schulde. — Ein Zeuge hat vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, daß v. Kasper ihn wegen Bezahlung von Spielschulden arg „getreten“ und ihm wiederholt gedroht habe, sich eventuell an seinen Kommandeur zu wenden. — Justizrat Dr. Sello läßt sich durch diesen Zeugen bestätigen, daß dieser „Tretbrief“ in demselben Tone gehalten gewesen sei, wie ähnliche Briefe des Jengen an v. Kasper.

Die Protokolle des Untersuchungsrichters.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird nochmals der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Herr v. Gersheim, vernommen. Der Zeuge läßt sich über einzelne Punkte des Protokolls aus, zunächst bezüglich des Jengen v. Gersheim. Er wiederholte mit Nachdruck, daß mit dem Jengen der Verhalt sofort ganz genau in eingehender Beratung fixiert wurde, sobald auch nur aus den Geberden der Jengen die Annahme aufstiegen konnte, daß ein Verstum obwalten könnte. Dies sei auch bei dem Jengen v. Gersheim geschehen. — Zeuge v. Gersheim: Er habe nach allem, was ihm gesagt worden war, die Sache so aufgefaßt, daß es sich um notorische Falschspieler handele. — Landgerichtsrat Herr (zum Zeugen): Habe ich solche Versicherung gemacht, daß Sie so etwas annehmen konnten? Ich bestritte dies aufs allerentschiedenste. — Zeuge v. Gersheim giebt als richtig zu, zu Protokoll gegeben zu haben: Aus der Bekanntschaft mit Herrn v. Kasper weiß ich, daß er so gut lebe, daß im allgemeinen angenommen wurde, er lebe über seine Verhältnisse. — Der Zeuge will dies nur auf v. Kaspers Aufwendungen beim Spiel bezogen wissen. — Oberstaatsanwalt: Dann muß der Zeuge doch zugeben, daß, wenn überhaupt ein Irrtum vorliegt, das Mißverständnis lediglich auf Seiten des Zeugen liegt, nicht aber auf Seiten des Untersuchungsrichters. — Der Zeuge bleibt dabei, daß er ein besonders luxuriöses Leben des Herrn v. Kasper nicht habe zum Ausdruck bringen wollen. — Landgerichtsrat Herr erklärt wiederholt, daß die Aussagen so wiedergegeben seien, wie sie gemacht worden und zweifellos auch gemeint seien.

Präsident: Herr Untersuchungsrichter, es handelt sich nun noch darum, daß v. Stosch behauptet, er sei durch Sie zu der Ansicht gebracht worden, daß er Gaumen in die Hände gefallen sei. — Der Zeuge bleibt dabei, daß er aus der ganzen Fragestellung und den Äußerungen des Untersuchungsrichters die Auffassung bekommen habe, daß Falschspiel sei schon erwiesen. — Landgerichtsrat Herr: Ich habe die Aussage aus dieses Herrn auf das gewissenhafteste aufgenommen, ihm selbstredend gesagt, um was es sich handelt und daß gewerbetreibendes Spiel in Frage stehe. Auch der Sachverständige habe ihm natürlich gesagt, worauf besonderes Gewicht gelegt werde, es sei aber entschieden nicht gesagt worden, daß Falschspiel schon erwiesen sei. Ich kann mit Bestimmtheit sagen, daß ich dem Zeugen solche Mittelungen oder Belehrungen aus den Akten nicht gemacht habe, aus denen er zu seiner Auffassung kommen konnte. — Zeuge v. Stosch bleibt dabei, daß er durch die Art der Fragestellung zu der Auffassung gekommen sei. — Zeuge Herr: Das ist dann ein Mißverständnis, welches ich bedaure, aber für unmöglich halte. Rechtsanwalt Dr. Sello: Gegen die im letzten Satz enthaltene Unterstellung müsse er den Zeugen, der einen Eid geleistet habe, in Schutz nehmen. — Oberstaatsanwalt: Auch der Zeuge Herr hat einen Eid geleistet. Der Zeuge hat hier auch gesagt, daß sich Ihre Miene verberstet hätte, als er von den Verlusten des Herrn v. Kasper sprach und wieder erzählte, wenn er von Bewinnen v. Kaspers sprach. — Zeuge Herr: Daraus ist mir nichts bekannt. — Auf Befragen eines Beifitzers erklärt Landgerichtsrat Herr, daß er nach einer gewissen Vernehmung allerdings persönlich der Ueberzeugung war, daß in einem Falle gegen v. Kasper der dringende Verdacht des Betruges vorlag. Er habe aber keineswegs gesagt, daß der Betrag schon erwiesen sei.

Das Amüßment des Herrn v. Reccum.

Der hierauf vernommene Zeuge v. Reccum sagt nichts Ungünstiges über die Angeklagten aus. Allerdings habe er in der Voruntersuchung gesagt, Herr v. Kasper pflegte zu „senken“. Dies thäten aber auch andere Spieler. Herr v. Kasper sei bei der Regulierung nicht auffallend faunig gewesen, v. Kasper könne er als einen wohlgezogenen, anständigen Mann, v. Schachtmeister sei im Spiel keineswegs irgendwie hervorgetreten. Ihn habe es amüßert, als dieser eines Abends mit gitzender Hand 10 M. segte. Wolff hat auch dieser Zeuge für einen reichen Herrn gehalten und als wohlgehabten und lustig-verständigen Menschen kennen gelernt. Er hat nicht gesehen, daß Wolff sich besonders an die Angeklagten herangedrängt hat. Zeuge hat im ganzen gegen 30 000 Mark verloren. Nach seiner Ansicht ist v. Kasper leicht zu führen und es sei bedauerlich, daß er nicht in andere Hände gefallen, sondern durch den leichtsinnigen Versteher immer mehr in seiner Spielleidenschaft bestärkt worden sei. Zeuge erklärt, er den bekannnten Brief des Grafen Königsmark nicht als „Herzhaft“ aufgefaßt habe. v. Kasper habe auch sehr ernst mit ihm darüber konteriert, was er dagegen ihm solle, und gesagt, er könne die von ihm schon geplante Reise nach der Riviera nicht unternehmen, bevor diese Angelegenheit geordnet sei. v. Kasper habe nun nicht etwa infolge des Briefes Berlin verlassen. Vorher hatten sie aber gemeinschaftlich eine geharnischte Erwiderung auf den Brief aufgesetzt, und als darauf keine Antwort erfolgte, habe der Zeuge dem Herrn v. Kasper geraten, nimmere seine Reise anzutreten. Dr. Schwindt: Ist es vorzuziehen, daß Sie mit anderen Herren zur Unterhaltung auch gar nicht um Geld gespielt haben, sondern um alle möglichen anderen Dinge, wie Osendörfer, Seltbacher, Schuppacher, Deditionen etc.? Der Zeuge bekräftigt dies nicht nur für seine Person allein, sondern auch mit Bezug auf die Angeklagten.

Graf von und zu Egloffstein

(aus der Untersuchungsakten vorgeführt) kann nicht sagen, daß v. Kasper besonderen Aufwand getrieben hat; er sei vielmehr ein „sehr genauer Wirt“. Der Zeuge ist einer der Gründer des Klubs gewesen, zu dessen Gründung v. Kasper die Initiative ergriffen habe, um größere Garantie gegen das Eindringen von neuen Elementen zu haben. Der Klub sollte nicht ausschließlich ein Spielklub sein. Ein gegliedertes Direktorium mit speziellen Funktionen für den Einzelnen habe es nicht gegeben, es sei auch nicht richtig, daß v. Kasper besondere Direktiven für die Einladungen gegeben habe. Die Einladung des Wolff sei auf den Wunsch des Herrn v. Kasper zurückzuführen, welcher etwaige Bedenken durch die Bemerkung zerstreute, daß der Wittmeister Giesing mit Wolff befreundet sei. Das ganze Verhalten Wolffs konnte durchaus keinen Verdacht erregen. Der Zeuge befindet dann noch einen Vorfall, den ihm Baron v. Gall erzählt habe und der ein schlechtes Licht auf v. Kasper werfen sollte. Danach soll Herr v. Gall eines Abends, um Herrn v. Kasper die von diesem übernommene Bank abzunehmen, ein großes Polet blaue Scheine auf eine Karte gesetzt haben. Herr v. Gall will dann gefragt haben, ob Herr v. Kasper die Bank halte und der letztere habe dies aber bejaht, nachdem er durch eine geschickte Bewegung des Körpers die entscheidende Karte angesehen habe. Der Angeklagte erklärt dies für durchaus erfunden und ein solches Ansehen der Karten eine technische Unmöglichkeit. Auch der Zeuge von Reccum, ein Teilnehmer an dem fraglichen Spiel, tritt der Behauptung des Barons von Gall entgegen. Die ganze Gesellschaft habe damals dagegen protestiert, daß Baron v. Gall den Einsatz zurückziehen wollte.

Wann wurde v. Kasper sparsam?

Angell v. Kasper: Baron v. Gall gehöre zu denjenigen Personen, die nach dem Erscheinen des „Lageblatt“-Artikels aus Berlin weggegangen sind. — Nach Ansicht des Jengen hat v. Kasper zu der Zeit, als er Pferd und Wagen hielt, Rennpferde laufen ließ und in der Höhenzoostraße wohnte, einen Luxus getrieben, den der Zeuge in der Voruntersuchung „kolossal“ genannt hat. Zur Zeit der Begründung des Klubs habe v. Kasper seine Lebenshaltung ganz bedeutend eingeschränkt. Rechtsanwalt Dr. Schwindt kämpft nachdrücklich gegen die Berechtigung des Aus-

druck „kolossal“. Auf Befragen erklärt Graf Egloffstein noch, daß v. Gall nach dessen Behauptung im ganzen 100—120 000 M. verloren habe. Nach einer Behauptung des Herrn v. Gall — den der Angeklagte v. Kasper den „jungen Herrn v. Gall“ genannt habe, solle v. Kasper diesem folgendes zugestanden haben: er habe nach Erscheinen des Artikels Herrn Wolff den dringenden Rat gegeben, sich einige Zeit fernzuhalten, da der Verdacht des Falschspiels gegen ihn aufgetaucht sei. v. Kasper bestritt dies entschieden und bekämpfte die Glaubwürdigkeit des Barons v. Gall. Zeuge Graf Egloffstein erklärt zum Schluß des Jengen, daß die Gattin des österreichischen Vorkämpfers die Cousine des Herrn v. Gall sei. Der Zeuge betont zum Schluß auf eine bezügliche Frage, daß sein Abschied vom Militär seiner Zeit auf sein Besuch zum Zwecke der Auswanderung erfolgt sei.

Die Verhandlung wird darauf bis Donnerstagvormittag 9 Uhr vertagt.

Tokales.

An unsere Leser! Sollten einige unserer Leser den „Vorwärts“ in diesen Tagen etwas verspätet erhalten, so möge dies durch das späte Eintreffen der umfassenden Berichte vom Parteitag entschuldigt werden.

Freie Volkshöhne. Die vierte Abteilung hat ihre „Faul“-Aufführung Sonntagmorgen 2 1/2 Uhr im Ostend-Theater. Pünktliches Erscheinen wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht. Die 6. Abteilung ist geschlossen. — Die Jahrestelle 23 von Fritz Jubeil befindet sich jetzt Markgrafenstraße 102 beim Restaurateur S. & H. — Die Willems zum Herbstfest am 14. Oktober, Brauerei Friedrichshain, gelangen jetzt in allen Jahrestellen zur Ausgabe a 50 Pf. (Witte die heutige Annonce im Zusatzenheft zu beachten.) Der Vorstand. J. A. G. Winfler.

Im Harmlosen-Prozess

gehen die Zeugenbernehmungen nun etwas schneller vor sich, wemgleich man noch immer das Ende der weitläufigen Verhandlungen nicht absehen kann. Der Oberstaatsanwalt scheint doch auf der Durchnahme des ganzen Penzums zu bestehen, während man anfänglich vielfach glaubte, daß er — da doch nichts wesentlich Neues mehr zu Tage gefördert wird — auf die weitere Beweisaufnahme verzichten werde.

Auch am Mittwoch wurden wieder eine Menge jüngerer Offiziere und ablicher Herren vom Civil vernommen, die alle mitgezeit, ihre 20—30 000 Mark verloren und sich nun, nach Bezahlung der „Ehrenschulden“ durch ihre Eltern, mehr oder weniger zurückgezogen haben. Einige der Herren schienen zwar etwas angeärgert zu sein, aber besonders Belastendes konnten sie gegen die Angeklagten nicht beibringen.

Ueber die Protokollierung in der Voruntersuchung beschwerten sich wieder einige der Zeugen, und wieder erschien der Landgerichtsrat Herr vor den Schranken, um für seine Protokolle einzutreten. Schließlich einigte sich Richterkollegium, Staatsanwaltschaft und Verteidigung darüber, daß auf die Protokolle der Voruntersuchung nicht mehr einzugehen sei und lediglich die Befundungen der Zeugen in der Hauptverhandlung maßgebend sein sollen.

Schon vor einigen Tagen war ja vom Vorsitzenden und vom Oberstaatsanwalt die Mitteilung gemacht worden, daß entgegen der Richtung, die die Verhandlungen zeitweilig genommen, keineswegs der Kriminalkommissar v. Mantuffel der Angeklagte sei. So ist denn also nun der vielfach angegriffenen Art der Voruntersuchung durch Herrn Mantuffel und der Protokollierung beim Untersuchungsrichter der Gottesfriede gewährt worden.

Der Betrieb des öffentlichen Anschlagswesens

ist bekanntlich an die Buchdruckerei-Firma Rand u. Hartmann verpachtet. Der gegenwärtig zwischen der Stadtgemeinde und dieser Firma noch bestehende Vertrag wurde am 1. April 1891 auf 10 Jahre geschlossen, läuft also am 1. April 1901 ab. Die Erörterung der prinzipiellen Frage, ob die Stadt den Betrieb des Anschlagswesens noch weiter an einen Privatunternehmer verpachten oder künftig in eigene Regie übernehmen soll, ist durch einen von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung gestellten Antrag, der die Uebernahme in städtische Regie herbeiführen will, von neuem eröffnet worden. Es handelt sich bei dieser Forderung um einen zweifachen Vorteil. Die Uebernahme des Anschlagswesens durch die Stadt würde nicht nur dem Stadtsäckel einen erheblichen Gewinn bringen, sondern sie würde auch der Censur, die die Firma Rand u. Hartmann an den ihr zur Veröffentlichung übergebenen Versammlungsanzeigen zu überpflegt, ein Ende machen. Es wird sich zeigen, ob es unseren Gemüthen gelingen wird, dem Gedanken, der ihrem Antrage zu Grunde liegt, zum endlichen Siege zu verhelfen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß sich auch bei dem Zustandekommen des gegenwärtigen Vertrages, der gegen den früheren schon einen ganz außerordentlichen Fortschritt bedeutete, die Mitwirkung der sozialdemokratischen Stadtverordneten sehr fruchtbringend erwiesen hat. Der bis 1891 bestehende Vertrag verpflichtete die Firma Rand u. Hartmann nur zur Zahlung einer Pachtsumme von 50 000 M. pro Jahr. Für dieses Trimgeld hatte die Stadtgemeinde einem Privatunternehmer das Recht gegeben, die Straßen der Stadt zu seinem Vorteil in Anspruch zu nehmen. Dem Vorgehen unserer Genossen war es zu danken, daß durch öffentliches Ausschreiben eine Erhöhung der Pachtsumme auf — 255 000 M. pro Jahr erreicht wurde. Und diese 255 000 M. zahlte fortan dieselbe Firma Rand u. Hartmann, die vorher 10 Jahre lang nur 50 000 M. pro Jahr gezahlt hatte, — ein Beweis, daß sie ein großartiges Geschäft dabei gemacht haben muß. Das Mehr von 205 000 M. pro Jahr, das seit 1891 bezogen worden ist, beläuft sich in zehn Jahren auf über zwei Millionen Mark. Sie sind dem Stadtsäckel gewonnen worden.

Der Entwurf zu einer Polizeiverordnung, betreffend die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder, fand gestern wiederum in der Sitzung der städtischen Schuldeputation zur Beratung. Die von der Deputation gemachten Vorschläge, wonach Kinder unter 9 Jahren eine Erwerbstätigkeit überhaupt nicht, Kinder von 9 bis 14 Jahren im Sommer nicht vor 5 1/2 Uhr, im Winter nicht vor 6 1/2 Uhr morgens, und abends nicht nach 8 Uhr ausüben dürfen, sind vom Igl. Polizeipräsidenten mit der Änderung gebilligt worden, daß eine Beschäftigung der betreffenden Kinder nach 7 Uhr nachmittags nicht mehr eintreten darf, um den Kindern die nötige Zeit zur Erholung zu gewähren. Eine nette moralische Ohrfeige für die freisinnige Stadtverwaltung, daß die Polizei sich noch um einige Grade humaner zeigt, als das kommunale Verwaltungsrat. Ferner beschloß die Deputation, für die Abfuhr des Mülls, der Asche etc. von den Grundstücken der unter der Verwaltung der städtischen Schuldeputation stehenden Schulen eine Submission auszusprechen.

Die Trinkhallen in den Straßen Berlins werden seit längerer Zeit nicht weiter verneuert, und die von früher her bestehenden werden allmählich beseitigt. Dabei wird aber erwartet, bis bei einer Gewerbe-Einstellung oder dem Tode des Inhabers einer Trinkhalle die Erlaubnis zu ihrem Betriebe von selber erlischt, und auch in diesem Falle wird noch zur Abwägung des Geschäftes eine angemessene Frist bewilligt. Ein anderes Verfahren ist bei der Trinkhalle besetzt worden, die bis zum vorigen Jahre an der Schlossstraße auf der Seite der Schlossfreiheit stand. Als der Grund und Boden, auf dem diese Trinkhalle errichtet war, nach Abbruch der Schlossfreiheit an die

Stadt überging, schloß die städtische Grundbesitzungs-Deputation mit dem Inhaber der Halle einen Vertrag, der ihn verpflichtete, den Platz, sobald das im öffentlichen Interesse notwendig erweise, innerhalb acht Tagen und ohne jeden Anspruch auf Entschädigung zu räumen. Auf Grund dieses Vertrages hat die Halle zum 1. Oktober 1898 geräumt und abgebrochen werden müssen. Sie hatte seit 1864 an derselben Stelle gestanden. Der bisherige Inhaber, ein jetzt 72-jähriger Mann, klagt, daß er noch auf seine alten Tage um sein Brot gebracht sei. Er hat seitdem mehrfach versucht, an anderer Stelle einen Ladenstand bewilligt zu erhalten, hat aber abgewiesen werden müssen. Huterher hat er sich, um eine angemessene Entschädigung zu erlangen, an den Magistrat und ganz kürzlich auch an die Stadtverordneten-Versammlung gewandt. Die Stadtverordneten-Versammlung hat aber in ihrer letzten Sitzung über seine Eingabe zur Tagesordnung übergehen müssen, weil ihm nach dem Vertrage eben kein Anspruch auf Entschädigung zusteht.

Zum Mord in der Skalitzerstraße. Der Mörder der Witwe Joost, Zimmermann Richard Troger, hat nach Dienstagabend Selbstmord begangen. Kurz nach 8 Uhr abends hörten verschiedene Bewohner der Häuser an der Treptower Chaussee und Spaziergänger im Park einen Schuß fallen. Da das öfter vorkommt, so achteten sie nicht weiter darauf, wenn auch verschiedentlich darüber gesprochen wurde, als später der Raubmord in der Skalitzerstraße und die Vermutung, daß der Mörder sich selbst das Leben nehmen werde, allgemeiner bekannt wurde. Die Gegend, aus der der Knall vernommen wurde, abzugucken, unterließ man. Erst gestern morgen um 6 Uhr fand ein Parkwächter, um was es sich handelte. Er sah am Fuß der Treptower Radrennbahn die Leiche eines Mannes liegen, der sich durch einen Revolverbeschuss in den Kopf getödtet hatte. Der Wächter benachrichtigte den Amtsvorsteher von Treptow, und diese gab sofort eine Depesche an die Berliner Kriminalpolizei, da die Beschreibung, die diese von dem Mörder der Frau Joost gegeben hatte, auf den toten Mann genau paßte. Als bald wurde auch die Mutter Trogers an die Leiche gerufen, die sie sofort erkannte. Mit einem lauten Ausruf warf sie die unglückliche Mutter auf den toten Sohn und nur mit Mühe gelang es, die Anstößlose zu beruhigen. Man brachte die Leiche zunächst auf das Gefäß des Ausschanks der Radbrauerei an der Treptower Chaussee und von dort später um 9 1/2 Uhr in die Leichenhalle des Antes Treptow. Neben dem Toten lag der Revolver, aus dem er der Frau Joost und sich selbst die tödlichen Kugeln in den Kopf gejagt hatte. Zwei Patronen waren abgefeuert, eine dritte befand sich noch geladen in der Trommel. Der Hund der Leiche muß sich in gewissen Kreisen merkwürdig schnell herumgesprungen haben; denn schon frühzeitig fanden sich an der Fundstelle zahlreiche Leute ein.

Die That selbst nun ist durch die nachträglichen Ermittlungen in ein ganz neues Licht gerückt. Die Annahme, daß es sich um einen Raubmord handele, muß man wohl fallen lassen. Allem Anschein nach liegt vielmehr eine Liebestragödie vor. Bei einer abermaligen Durchsicherung der Wohnung der Ermordeten fand man im Laufe des gestrigen Abends das Portemonnaie der Frau mit ihrem Gelde. Die vermeintlich geraubte Uhr ist dagegen noch nicht wieder zum Vorschein gekommen. Bei der Leiche des Mörders hat man sie nicht gefunden, aber auch seinen Schein über ihre Verpändung. Es ist also nicht wahrscheinlich, daß Troger sie geraubt habe. Vermutlich hat Frau Joost sie irgendwo versteckt. Auf einen anderen Gesichtspunkt als einen Raubmord deutete ein Brief hin, der, wie wir schon erwähnten, bei Frau Joost in einem Bette gefunden wurde, daß Troger kurz vorher benutzte hatte. In dem Briefe, der ohne Umschlag in dem Bette lag, schreibt Troger, daß er zu Frau Joost schon bei Lebzeiten ihres Mannes, der vier Jahre lang nervenleidend gewesen sei, in Beziehungen gestanden habe. Da die Frau, dererwegen er sich schon vor zwei Jahren habe erschließen wollen, nichts mehr von ihm habe wissen wollen, sei er licherlich geworden und habe seine feste Arbeit mehr angenommen. Er werde jetzt Frau Joost, ihrem Sohn und sich selbst ums Leben bringen. Diese Angaben haben nun in den wesentlichen Punkten von anderen Seiten ihre Bestätigung erhalten. Als Troger sich vor zwei Jahren eine Kugel in die Brust geschossen hatte, kam das Liebesverhältnis wieder zur Sprache. Das Troger licherlich wurde, war zum Teil wohl eine Folge des Todes des Joost. Als dieser am 6. März v. J. gestorben war, glaubte Troger mit Rücksicht darauf, daß die Frau sehr fleißig und arbeitsam war und eine schöne Wirtschaft hatte, nicht mehr so viel arbeiten zu brauchen. Troger glaubte später Grund zur Eifersucht zu haben und hat sich dann zu der Mordthat hinreißend lassen.

Zu dem Mordversuch in der Potsdamerstraße wird noch mitgeteilt, daß der Uhrmacher Hermann Mahle gestern Morgen in das Untersuchungsgefängnis abgeführt worden ist. Mahle bestritt bei seiner Festnahme zunächst die Tötung der Vertha Albrecht beabsichtigt zu haben. Er habe sich mit ihr nur ausgesprochen und sie bewegen wollen, zu ihm zurückzukehren. Da ihm das nicht gelungen sei, so habe er, plötzlich von Wut erfaßt, zum Messer gegriffen. Durch Zeugen ist aber bereits nachgewiesen, daß Mahle schon am Tage vorher die Gelegenheit, das Mädchen zu überfallen, genau ausgenutzt habe, also mit einem fertigen Plan nach der Potsdamerstraße kam und das Messer bereit hielt. Zu einem vollen Geschehen wollte er sich aber auch darauf hin noch nicht bequemen. So viel aber gab er schließlich zu, daß er im allgemeinen die Absicht gehabt habe, das Mädchen umzubringen, wenn es auf seinen Wunsch nicht einginge.

Zu einem Eisenwarengeschäft am Kottbusser Damm versuchte sich gestern abend ein fremder junger Mann, vermutlich ein Rusländer, zu erschließen. Er verlangte dort einen Revolver, sprach aber nur gebrochen Deutsch und konnte sich nicht verständigen, weshalb er sich bald wieder unerrückter Sache entfernte. Bald darauf erschien er zum zweitenmal und wünschte abermals einen Revolver zu kaufen. Der Verkäufer legte ihm mehrere Waffen in Gegenwart eines anderen Herrn vor, der dabei den Dolmetsch spielte. Unter dem Vorgeben, die Waffe belehnen zu wollen, ging er zur Thür und lud sie schnell mit einer Patrone. Noch bevor die Anwesenden wußten, was der junge Mann beginnen wollte, setzte er die Pistole gegen seine linke Schläfe und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Auf Veranlassung der Polizei wurde der schwerverletzte, nicht vernehmungsfähige Fremde nach dem städtischen Krankenhaus am Urban gebracht. Seine Persönlichkeit ist noch nicht festgestellt worden; Ausweispaß hatte er nicht bei sich.

Ein Berliner Schuhmann. Die „Berliner Zeitung“ schreibt eine merkwürdige Diebstahlsaffäre beschäftigt gegenwärtig die hiesige Kriminalpolizei und hat auch Veranlassung zu einer Disziplinar-Untersuchung gegen einen Schuhmann gegeben. Der Kaufmann M. verzog von der Christenstraße 41 nach der Vorlingstraße 10. Die von dem Wöbelsfabrikanten gestellten drei Arbeiter vermodten den eisernen Geldschrank nicht allein zu transportieren. Ehe jedoch M. Hilfe beschaffen konnte, erschienen zwei unbekannte kräftige Arbeiter, welche sich bereit erklärten, den Schrank die Treppe hinunter bis zum Wagen und nach der neuen Wohnung wieder hinaufzuschaffen. Herr M. bewilligte den beiden für diese Arbeit 8 M., die Fremden trugen dann auch mit Hilfe der Diebsteute den Geldschrank bis zum Treppenaufgang der ersten Etage, stellten ihn dort nieder, verweigerten den Weitertransport und forderten das vereinbarte Geld. Da der Kaufmann sich hierzu nicht verstehen wollte, so eigneten sich die beiden den Unterfang des Schrankes an und trugen ihn fort. M. verjagte die Arbeiter bis zur Alten Schönhauserstraße und forderte dort einen Schuhmann auf, die Personalien der Diebe festzustellen. Der Beamte weigerte sich jedoch, dies zu thun, und ersuchte Herrn M., weiter zu gehen und seinen Kaufmann zu verurteilen. Die beiden Arbeiter entfernten sich nun schweigend mit dem Geldschrankunterfang und entkamen. Natürlich wurde der Vorgang der Polizei gemeldet, doch ist es bisher trotz sorgfältiger Recherchen noch nicht gelungen, die beiden Männer zu ermitteln. Dagegen konnte der Beamte, der die Flucht ermöglichte, ausfindig gemacht werden.

Marktpreise von Berlin am 10. Oktober 1899

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and oil. Columns include item name, unit, and price.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

beulich wieder. Den Hauptlehrer Schröder und Müller hat die Regierung noch nicht definitiv, sondern nur vorläufige Vorkontrollbeschlüsse gegeben. Als dies getabelt wurde, bemerkte der Gemeindevorsteher, daß die Regierung mit der Befestigung nicht zögern würde, wenn diese Lehrer, die jetzt das tägliche Gehalt von 1800 M. erhalten, mit dem Minimallohn von 2000 M. besoldet würden. Die Antwort des freisinnigen Gemeindevorstehers war, daß die Gemeinde sparen müsse und daß die beiden Lehrer mit dem niedrigen Gehalt auch völlig einverstanden seien.

Diese Beispiele sollten die Arbeiterschaft von Lichtenberg-Friedrichsberg endlich davon überzeugen, daß es notwendig ist, socialdemokratische Vertreter ins Dorparlament zu senden.

Die Grundwertsteuer in den Vororten. Eine Beamtenfrau aus Berlin hatte in Vorort ein Stück Land geerbt, welches zur Zeit landwirtschaftlich genutzt wird. Wegen dieses Grundstücks wurde sie von der Gemeinde zur Grundwertsteuer herangezogen, wobei das Grundstück auf 30 000 M. geschätzt wurde. Nach fruchtlosem Einspruch erhob sie Klage und beantragte Herabsetzung der Steuer, da der Nutzungswert und nicht der Verkaufswert der Berechnung der Steuer zu Grunde zu legen sei. Das Ober-Verwaltungsgericht entschied aber schließlich zu Ungunsten der Klägerin.

Ein zweites Opfer hat gestern noch die Explosion in der Anilinfabrik zu Rummelsburg gefordert. Der 43 Jahre alte aus Röhren im Kreise Fischhausen gebürtige verheiratete Arbeiter Heinrich Köhn, der zuletzt in Friedrichsberg wohnte, ist auf der Unfallstation 3 gestern nachmittag gestorben. Das Befinden der drei anderen Verunglückten, die sich noch auf der Station befinden, ist auch nicht besonders gut. Man hatte zunächst geglaubt, daß es zu einer Vergiftung der Unglücklichen bei der Verbrüfung nicht gekommen sei; diese Annahme hat sich jedoch durch die traurige Entwicklung der Dinge als irrig erwiesen.

Aus Liebe zur Betrügerin und Brandstifterin geworden ist, wie die Untersuchung wegen des Brandes in Spandau ergeben hat, die Verkäuferin Vertha Sörgag, Vorsteherin der Filiale des Kaufmanns Geisel. Sie hat ein Geständnis dahin abgelegt, daß sie selbst das Feuer angelegt habe, weil sie fürchtete, daß bei der kurz bevorstehenden Inventur die von ihr beangenehnten Unterschleife entdeckt werden würden. Diese hatte sie verübt, um ihrem Geliebten Geld geben zu können. In den fünf Monaten, in denen sie mit ihm verkehrte, hat sie ihm ca. 1000 M. zugewendet, die der Geschäftskasse entnommen waren. Von der Brandstiftung hat der Bräutigam keine Kenntnis gehabt und er ist aus der Haft entlassen worden; indes bleibt der Untersuchung vorbehalten, wie weit er von dem unredlichen Erwerb des Geldes unterrichtet war. Das junge Mädchen ist die Tochter ehrbarer Leute und sie hat für sich selbst keinen übermäßigen Aufwand getrieben; die Liebhaft ist ihr zum Verhängnis geworden. Der Bräutigam, der zuletzt Klavierspieler in einem Tingeltangel war, hat die Unerfahrenheit des bisher ordentlichen Mädchens in schnödeste Weise mißbraucht.

Durch die Elektricität getötet wurde gestern vormittag, wie die „R. Z.“ aus Charlottenburg meldet, in der Kabelfabrik von Dr. Cassirer u. Co. der junge Mann war mit dem Produzenten von Kabeln beschäftigt und soll, wie verlautet, aus eigener Unvorsichtigkeit einem an die Starkstromleitung angeschlossenen Kabel zu nahe gekommen, dadurch vom elektrischen Strom getroffen und auf der Stelle getötet worden sein.

Wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens ist vorgestern der 20 Jahre alte Kutcher Otto Bräuer, der seit vier Monaten bei dem Rentner Z. in der Viktorienstr. 9 zu Neu-Weißensee angestellt war, festgenommen worden. Ein Schlächter schloß ein achtjähriges Mädchen, das er an Kindesstatt angenommen hat, bei Beginn der Schwangerschaft auf Besuch nach Berlin zu einer Schwester, die in der Holzmarktstraße wohnt. Hier erkrankte das Kind, man wußte aber nicht recht, was ihm fehle. Erst nach vielem Stim- und Herfragen brachte ein Arzt endlich heraus, was vorgefallen war. Er erkrankte sofort Anzeige und der Kutcher wurde unverzüglich verhaftet. Er gestand, das Kind durch Versprechungen in den Stall gelockt und mißbraucht zu haben. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß das Scheusal sich auch noch gegen ein anderes, 13 Jahre altes Mädchen in derselben Weise vergangen hat. Das erkrankte Kind mußte in eine Anstalt gebracht werden.

Gerichts-Beitung.

Ein adeliger Heiratschwindler stand gestern in der Person des Agenten A. H. v. W. in der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist moralisch tief gesunken und hat bereits eine Justizandrohung hinter sich. Im Mai d. J. lernte er ein Fräulein G. kennen, und als er erfuhr, daß sie über ein kleines, bei der Deutschen Bank hinterlegtes Vermögen verfügte, machte er ihr binnen kurzer Zeit einen Heiratsantrag, wobei er verschwieg, daß er bereits seit langer Zeit verheiratet war. Er gab an, daß er Kandidat in Königsberg sei, einen größeren Haushalt führe und ein Vermögensgutsbesitzer. Diese Umstände reizten Fräulein G. dergestalt, daß sie ein Verlöbniß mit einem anderen Herrn aufgab, um dem neuen Bewerber den Vorzug zu geben. Sie gerieth vom Regen in die Traufe. Am 7 Juni sollte die Verlobung stattfinden. Tags zuvor hatte der Angeklagte es verstanden, sich auf listige Weise in den Besitz einer Anleihe mit der Unterschrift des Fräulein G. zu setzen. Er hob das Guthaben des Fräulein G. bei der Deutschen Bank in Höhe von 3000 Mark ab und besuchte dann ein Lokal mit Damen-Verdienen nach dem anderen. Am folgenden Tage wurde der Schwindler aber bereits entdeckt; von Witten hatte in der kurzen Zeit bereits 140 Mark verpraßt. Im Termine führte der Angeklagte sonderbare Entschuldigungsgründe an. Unter anderem behauptete er, daß er das Geld heimlich abgehoben habe, um damit seiner Frau am Verlobungstage eine freundliche Ueberraschung zu bereiten. Während Umstände wurden dem Angeklagten verweigert, der Gerichtshof verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen.

Wie leichtfertig Unternehmer mit der Ehre ihrer Arbeiter umspringen, zeigte sich in einer Verhandlung vor der 187. Abteilung des Amtsgerichts I, in der Führer K. o. p. aus der Eisenerstraße, der Inhaber des bekannten Koppischen Krankengenen-Instituts, eine Rolle spielte. Der Kutcher Friedrich Schulz sollte am 19. März d. J. 10 Mark, die er für einen Krankentransport erhalten hatte, unter vier Schlägen haben. Der Posten figurirte nicht in den Koppischen Büchern, deshalb erstattete Kopp Strafanzeige wegen Unterschlagung. Der Angeklagte bestritt, daß eine Unterschlagung überhaupt möglich sei, da stets zwei Personen einen Krankentransport begleiteten; habe er das Geld erhalten, dann habe er es auch ordnungsmäßig abgeliefert. Der Zeuge, Führer Kopp, bedauerte, daß er Anzeige erstattet habe; er glaube zwar nicht, daß er das Geld erhalten habe, er könne aber auch nicht das Gegenteil positiver behaupten; es seien nämlich schon in früherer Zeit in seinen Büchern Fehler vorgekommen, die Wähler seien leider nicht so forrett geführt worden, daß er sagen könnte, das Geld sei tatsächlich unterschlagen. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei und auferlegte die Kosten dem Anzeiger Kopp, da schon nach dessen eigenen Erklärungen eine grobe Fahrlässigkeit vorliege, indem Anzeige ohne Grund erstattet sei.

Witterungsübersicht vom 11. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Table with weather data for various stations including temperature, wind, and precipitation.

Durch Sturz aus dem Fenster haben gestern nachmittag zwei Frauen Selbstmord verübt. Die 35 Jahre alte Mäntelbinderin Emma Wiedermann, die seit dem 1. Oktober mit ihrer Schwester im 3. Stock des Hofgebäudes Reine Jakobstr. 20 wohnte, stach sich, als ihre Schwester ausgegangen war, in einem Anfälle von Verfolgungswahn in Gegenwart eines großjährigen Knaben, der für die beiden Schwestern kleine Votengänge besorgte, in die linke Brust und stürzte sich dann aus dem Fenster in den Hof hinab. Der Knabe verlor sich vergeblich, sie zurückzuhalten. Sie starb nachmittags um 5 Uhr in der Charité. Um dieselbe Zeit stürzte sich eine Frau, deren Persönlichkeit noch nicht feststeht, aus einem Fenster im 3. Stock des Hauses Kaiser Friedrichstr. 6 zu Schöneberg auf den zweiten Hof hinab und blieb, bis zur Unkenntlichkeit zerlegt, auf dem Pflaster liegen. Die Rettungsgesellschaft brachte sie mit einem Mäntelbinder in das Elisabeth-Krankenhaus, wo sie hoffnungslos darniederliegt.

Am Hochzeitstage ihres Geliebten Gift genommen hat die 35 Jahre alte geschiedene Frau Henriette H. aus der Eisenerstraße. Diese hatte seit 6 Jahren mit einem Arzte, der bei ihr zur Miete wohnte, ein Verhältnis und glaubte, daß er sie heiraten werde. Vor einiger Zeit jedoch der Arzt von ihr weg und am Donnerstag feierte er seine Hochzeit mit einer anderen. Die Verwundete suchte nun einen Kutcher, der früher einmal bei ihr wohnte und dann nach der Gartenstraße zog, auf, sagte ihm ihr Leid und ging mit ihm nach der Norddeutschen Brauerei, um ihren Kummer zu vergessen. Beide tranken hier mehrere Glas Bier und gingen dann noch in eine andere Wirtschaft, um mit einigen Glas Progn den Abend zu beschließen. Plötzlich erhob sich die Frau, um auszutreten, kam aber nicht wieder. Der Kutcher und der Wirt suchten sie und fanden sie im Toilettenraum liegen. Sie hatte Gift genommen und mußte schleunigst in ein Krankenhaus gebracht werden, wo sie bedenklich darniederliegt.

Durch ein Glasdach gestürzt und schwer verletzt ist gestern nachmittag der 1 1/2 Jahre alte Sohn Fritz des Kutchers Wendi aus der Lemmerstr. 8. Unter dem Fenster der im ersten Stock im Hofe gelegenen Bediensteten Wohnung befindet sich ein Giebsraum mit einem Glasdach. Auf dieses stürzte der Kleine, als er mit einem Schwesterchen am Fenster spielte, hinab, brach durch die Scheiben durch und zog sich schwere Schnittwunden am Kopfe, einen Bruch des rechten Oberarmes und innere Verletzungen zu.

Die Urania hat auch in diesem Jahre eine Reihe von Vortrags-zyklen eröffnet, die in unserem Verzeichnisse Beachtung finden. Es sind vorgesehen je zehn Vorträge über Experimentalphysik (Dr. P. Späth), Experimentalchemie (Dr. G. Raab), Biologie (Prof. Dr. C. Müller), Astronomie (G. Witt). Die Vorträge über Astronomie und Chemie haben bereits begonnen. Am Montag sprach Herr Witt über Schein und Wahrheit in der Astronomie und zeigte an der Geschichte dieser Wissenschaft, wie von Kopernikus und später von Kepler und Newton das heliozentrische Weltgebäude gestiftet worden ist und die mathematische beweisbare Wahrheit den Platz des schönen Scheins eingenommen hat. Eine Reihe Lichtbilder und Experimente illustrierten die Grundwahrheiten der neuen Astronomie und trugen dazu bei, auch dem minder vorgebildeten Zuhörer den Vortrag verständlich zu machen.

Ebenfalls war der am Dienstag von Herrn Raab gehaltene Experimentalvortrag über die chemischen Umsetzungen von hohem Werte. Nachdem zunächst die Grenzen zwischen Physik und Chemie skizziert worden waren, legte Herr Raab den Begriff des chemischen Elements auseinander und gab eine verständliche Erläuterung der Atom- und Molekulartheorie, um dann die Unterschiede zwischen Säuren, Basen und Salzen zu demonstrieren. Eine Reihe von Experimenten, durch die namentlich die chemischen Verwandtschaften veranschaulicht wurden, erhöhte das Interesse an dem Vortrag.

Heute abend 8 Uhr eröffnet Professor Müller den aus zehn Vorträgen bestehenden Zyklus über Biologie mit dem Vortrage „Was wir essen“.

Feuerbericht. Mehrfache Alarmierungen, die in den letzten 24 Stunden erfolgten, waren auf unbedeutende Brände zurückzuführen. Schindlerstr. 34 war beim Zerren eines Daches der Zeer übergefallen. Nach Grüner Weg 20 wurde die Wehr gerufen, weil hier Brennmaterial in einem Kesselhause Feuer gefangen hatte. Dieses konnte nach im Kesselhause gedämpft werden. Kurstraße 38 und Lützowstr. 27 waren Wohnungsbrände zu besessigen. Außerdem wurde die Wehr noch in Anspruch genommen, um Wiesenstr. 15 ein Pferd aus einer Grube herauszuholen.

Aus den Nachbarorten.

Der Volkshilfsverein für Britz und Umgegend feiert am Sonnabend im Landhause, Chausseestr. 97, sein 9. Stiftungsfest. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärte sich in ihrer letzten Sitzung mit den vom Magistrat gestellten Abänderungsanträgen einverstanden, wonach auf die Endhaltestelle der Straßenbahn in der Eisenerstraße verzichtet werden soll, weil es den beiden in Betracht kommenden Gesellschaften nicht einfiel, auf die von der Stadtverordneten-Versammlung vor 14 Tagen gestellten Bedingungen einzugehen. In einer Zuschrift, die Klagen darüber enthält, daß die billigeren Abonnementpreise der Stadt- und Ringbahn und die geringe Frequenz jener Gegend der Straßenbahn Abbruch thun, beharrt die Gesellschaft auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt nach längerer Verhandlung dem Antrage des Magistrats zu. Vielleicht sind den bürgerlichen Stadtverordneten bei dieser Gelegenheit die Augen darüber aufgegangen, daß es keine Bedenken hat, öffentliche Verkehrsstraßen einer einzig den Profit zum Maßstab nehmenden Privatgesellschaft zur Ausbeutung zu überantworten. Die Versammlung bewilligte ferner 200 M. für Fortbildungsschulen und erklärte sich damit einverstanden, daß die städtischen Mittel- und Volksschulen vom 1. April 1900 ab in siebenstufige umgewandelt werden.

Die Sparkasse der Stadt Schöneberg wird am 12. d. M. in verschiedenen Stadtteilen fünf Annahmestellen eröffnen, bei denen sowohl auf bestehende wie auf neu anzuführende Bücher Beträge bis zu je 500 M. eingezahlt werden können. Rückzahlungen werden aber bei diesen Annahmestellen nicht geleistet. Die Sparkasse selbst nimmt Einlagen von 1 bis 10 000 M. auf ein Buch an, und auch auswärtig Wohnenden ist die Benutzung der Sparkasse gestattet, welche die Einlagen mit 3 Proz. verzinst.

Das Uebel der fliegenden Schulklassen hat auch in unserer Nachbargemeinde Friedrichsberg-Lichtenberg einen unerträglichen Umfang angenommen. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung kam zur Sprache, daß es sowohl an Lehrkräften wie an Schulräumen fehlt. Es ist ein Manko von 800 Unterrichtsstunden vorhanden, zu dessen Verrückung 11 Lehrer und 1 Lehrerin notwendig sind, und zur Zeit wird weiser der Lehrstand des Volksschulwesens durch nicht weniger als elf fliegende Klassen illustriert. Bezeichnend ist das Verhalten der bürgerlichen Gemeindevertreter in dieser Frage. Als der Lokal-Schulinspektor Pfarrer Kunze zur Verrückung der schlechtesten Mißstände um sofortige Anstellung von vier Hülfslern bat, schob die Gemeindevertretung die Anstellung durch den Beschluß auf Kommissionsberatung auf die lange Bank. Die Herren haben sich nämlich gerade die Schulmißstände anerkennen, um den Kampf gegen das mittelalterliche Patronatsrecht des Rittergutes Lichtenberg anzunehmen. Gewiß ist an sich gegen das Streben auf Verrückung des Patronatsrechtes nichts einzuwenden; sehr fraglich bleibt aber, ob es zu verantworten ist, daß man die Kinder der Arbeiter darum auf das schwerste büßen läßt. Kaltblütig sagte ein freisinniger Redner, wenn es bisher ohne die verlangten Hülfslern gegangen sei, werde es auch weiter so gehen, und ferner half er sich mit dem billigen Witz, er traue den Lichtenberger Schulkindern ebenso viel Schamtheit zu, wie den Berliner. Wenn dies richtig ist, so ist die Schule am Orte wahrlich nicht dafür verantwortlich zu machen. Auch in der Frage der Rettung spiegelt sich die Unfähigkeit, mit der namentlich die Gemeindevertreter freisinnige Richtung die Schule behandeln.

Vermishtes.

Samose Chrenreparatur. Wie der „Pomm. Reichs-Post“ aus Pulkow mitgeteilt wird, hat gestern früh in der dortigen Heide ein Pistolenduell stattgefunden zwischen einem als Hauptmann im Artillerie-Regiment Nr. 2 dienenden holländischen Offizier und einem Lieutenant, der bis zum 1. Oktober demselben Regiment angehört, dann aber in das neue Artillerie-Regiment Nr. 88 versetzt wurde. Der Lieutenant soll durch einen Schuß in den Hals lebensgefährlich verletzt sein.

Aus Ahweiler schreibt man der „R. Z.“: Nachdem in der Nacht vom Sonntag auf Montag der Frost in den Weinbergen der großen Gemarkung Rahlshof erheblichen Schaden angerichtet, ist in der verflochtenen Nacht auch in den berühmten Rotweinanlagen von Ahweiler und Walporzheim das Nebenlaub fast vollständig erfroren. Die großen Nebenbestände des Rosenhales, Thurnberges usw. bieten mit ihrem nun schwarz gefärbten Blättern einen traurigen Anblick. Für die allgemeine Lage des Ahweinermarktes ist dieses Mißgelingen des diesjährigen Herbstes wohl kaum von Bedeutung, da in den Kellern der Winzervereine noch große Bestände aus früheren Jahrgängen lagern; für den Einzelwinzer freilich wird nun vielfach eine recht schlimme Zeit beginnen.

Aus München wird berichtet: Das Oberste Landesgericht hat in letzter Instanz den seit 800 Jahren zwischen den Freiherren v. Thüngen und der Gemeinde Burgsinn in Unterfranken schwebenden Prozeß dahin entschieden, daß der Gemeinde der städtische Waldbesitz endgültig zugesprochen wird.

Zu dem Eisenbahnunglück in Hamburg ist noch mitzuteilen, daß die 19 Verletzten, die in das Garnisonlazarett in Altona gebracht worden waren, als geheilt zu betrachten sind. 7 Verletzten sind bereits entlassen worden; die übrigen Mannschaften gelangen im Laufe dieser Tage zur Entlassung.

Mord. Die hiesige Kriminalpolizei teilt mit: In der Ortschaft Lanz in der Westprignitz ist an einem Studenten der Chemie aus Glatz, Max Wälder, welcher seit dem 2. Oktober bei dem Gastwirt Frize in Lanz wohnt, am 9. abends ein Raubmordverbrechen gemacht worden. Dem Wälder wurden von einem Manne mehrere Schläge auf den Kopf versetzt und es wurden ihm ungefähr 200 M. geraubt. Der Thäter, welcher sich vielleicht Stud. oder Stud. nennt, ist 1.70 Meter groß, etwa 25 Jahre alt, hat ein blaues, längliches Gesicht und eine schwächliche Figur. Das Haar ist wellig und schwarz, die Stirn ist niedrig, die Augen sind dunkelbraun, der Bart ist kurz geschoren. Er trägt sogenannte Koteletts und einen Anzug von Schurzwoll, beide sind von dunkler Farbe. Der Gang des Mannes ist unsicher. Er spricht schlesischen Dialekt. Er trug ein braunes Jackett, hell- und dunkelblaue gestreifte Hosen und einen schwarzen Filzhut. Er ist ein Radfahrer. Das Amtsgericht in Lanz hat einen Haftbefehl erlassen und bittet um Festnahme des Thäters.

Aus Dresden wird berichtet: Bei einem Brande in einer Wohnung im dritten Stockwerk des Hauses Friedrichstr. 65 (Proletarier- viertel) sind drei in der Wohnung eingeschlossene Knaben, 5, 3 und 1 1/4 Jahre alt während der Abwesenheit ihrer Mutter erstickt.

Triest, 11. Oktober. Die Polizei verhaftete einen angeblichen schwedischen Ingenieur Schneider wegen Mädchenhandels. Drei Mädchen, darunter eine Schwedische, wurden freigelassen.

Das gelbe Fieber scheint sich in den Südstaaten der Union allmählich auszubreiten. Am Dienstag sind in Keywest 23 Fälle dieser gefährlichen Krankheit vorgekommen.

Altes Silber — angeheiratet. Das Regensburger „Heirats-Journal“ enthält u. a. folgendes feine Angebot:

Heiratsgesuch. Dame, 49 J. alt, 1.64 Meter groß, schlank, häßlich, von jugendlichem, intelligentem, vornehmen Aussehen, elastisch, gut, gesunder, sorgfamer, wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bildung, mit Vermögen und hübscher Ausstattung, namentlich in altem, edtem Silber aus der Spätrenaissance, wünscht mit einem gesunden, kräftigen, braven und liebevollen Mann zwecks Heirat in Korrespondenz zu treten. Offert. bef. die Exped. des „Heirats-Journal“ Regensburg unter Biffer G. J. 2500. Wohl darun, weil das Silber gegenwärtig sehr niedrig im Kurse steht, bekommt der Liebhaber des edlen Silberzugs eine alte, sonst aber „jugendfrische“ bessere Hälfte dazu. Wer hat Lust?

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sperrstunde findet bis zum 19. d. M. Montag, Dienstag und Freitag abends von 7 1/2 Uhr ab statt. J. E. Rüden. Der Antrag hätte innerhalb drei Monaten nach geschlossener Heirat gestellt werden müssen. Der Brief ist durch die Redaktion vom 1. Januar ab in Kraft tritt, auf ein Jahr verlängert. Stellen Sie deshalb den Antrag, trotz abgelaufener Frist, falls wenigstens 255 Marken gestellt sind, im Dezember des laufenden Jahres.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Teppichweber bei Heibisch dauert ununterbrochen fort. Obgleich Heibisch in fast allen Provinzialstädten Teppichweber hat, so hat er doch bisher wenig Glück gehabt...

Achtung! Die Aussperrung der Packer und Bodenarbeiter bei der Firma Leitz & Co. in Berlin ist nunmehr beendet...

Der Streik der Töpfer ist ein allgemeiner; bereits am Montag waren fast alle Gefäße ausständig. In der Versammlung der Streikenden wurde beschlossen, daß die Arbeit nicht aufgegeben werden darf...

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Steinarbeiter. Der Verband deutscher Steinweggeschäfte hielt am Montag eine Generalversammlung in Leipzig ab...

Sollte eine Einigung bis dahin nicht erfolgt sein, so soll am Montag, den 16. Oktober, von mittig ab eine allgemeine Aussperrung in allen Steinweg-Verbandsbetrieben in Königreich Sachsen, Preußen...

Sachsen und den Thüringer Staaten vorgenommen werden. In Verhandlungen dürfen keine weiteren Punkte eingestuft werden, bis in allen Orten, wo gestreikt wird resp. ausgesperrt ist, oder wird, alles geregelt ist und vom Verband entsprechende Weisungen gegeben werden.

In Berlin haben bereits wieder Verhandlungen des Innungspräsidenten und Gefellenausschusses stattgefunden. In welchen sich beide Parteien durch gegenseitige Konzessionen entgegen gekommen sind. In Bunzlau sind gleichfalls seit gestern die Verhandlungen wieder aufgenommen worden...

In Brandenburg ist es wieder zu einem Handstückmacherstreik gekommen. Die „Brandenburger Zeitung“ berichtet darüber: Nach der Lohnbewegung vom Jahre 1897, wo Haus- und Lederarbeiten abgelehrt wurde, hat es sich herausgestellt, daß bei regelloser Arbeitszeit der Verdienst nicht ausreicht...

Keineswegs notwendig! Die Ehefrau eines Flensburger Arbeiteres war wegen einer Privatbeleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Sie ersuchte die Staatsanwaltschaft um Strafsanhaftung, worauf ihr folgende Antwort zu teil wurde:

Königl. Landgericht Flensburg, 29. September 1899. VI A. 7. III 8170.

Auf Ihr Gesuch vom 21. d. M. wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß ich nach erfolgter Prüfung keinen hinreichenden Anlaß gefunden habe, Ihnen den erbetenen Strafsanhaftungsbescheid wegen Verurteilung der Ehefrau zu erteilen...

Keineswegs notwendige Teilnahme des letzteren an einer Arbeitseinstellung zuzuführen sind.

Der Erste Staatsanwalt. J. W. Schröder.

Der Herr Staatsanwalt muß schon gestatten, daß die Arbeiter in diesen Dingen eine andere Auffassung haben; der größte Teil von ihnen erachtet es nicht bloß für notwendig, sich an den Verhandlungen zur Erlämpfung besserer Existenzbedingungen anzuschließen, sondern sogar für eine Ehrenpflicht.

Der Ausstand der Lederarbeiter in Wistler dauert bereits 10 Wochen, ohne daß eine Aenderung zur Beseitigung eingetreten wäre. Die Fabrikanten haben geglaubt, daß nach beendeter Ernte die Streikenden selbst, die teilweise in der Ernte beschäftigt waren, in die Fabrik zurückkehren würden und müßten; andererseits glaubten diese Herren genügend Ersatz aus den Reihen der Mejeristen und landwirtschaftlichen Arbeiter zu bekommen...

Der Tautlinger Schuhmacherstreik ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Arbeiter hatten folgende Forderungen aufgestellt: 1. Die Zurücknahme der vier Kündigungen; 2. Einsetzung eines Schiedsgerichts, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitern; kommt bei ausbrechenden Differenzen bei dieser Forderung keine Einigung zu Stande, ist erst das städtische Einigungsamt zur Entscheidung anzuziehen...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 12. Oktober. Opernhaus. Così fan tutte. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroß). Welfen. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Hans Vorher: Mutterherz. Anfang 7 1/2 Uhr. Festung. Und ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. La Parisienne. Vorher: Lolotte. Anfang 7 Uhr. Schiller. Die Großstadtluft. Anfang 8 Uhr. Neues. Rivito. Anfang 7 1/2 Uhr. Wochen. Die Reife nach China. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Plagmajor. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichs. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr. Uffisen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr. Central. Die Gelfa. Anfang 7 1/2 Uhr. Oden. Weltuntergang. Anfang 8 Uhr. Victoria. Die weiße Geme. Anfang 7 1/2 Uhr. Friedrich-Wilhelms-Theater. Die Reife nach der Teufelsinsel. Anfang 8 Uhr. Metropol. Hund im Berlin. Im Weiche der Seccession! Anfang 8 Uhr. Uffisen. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sängerkreis. Anfang 8 Uhr. Gaiety. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr. Urania. Jubiläum. Anfang 8 1/2 Uhr. Tautenberg. In Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater

(Kammer-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft. Freitag, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft. Sonnabend, abends 8 Uhr: Nora.

Central-Theater

Direktion: Josef Forenczy. Die Geisha oder: Eine japanische Ehegeschichte. Operette in 3 Akten von Elsbey Jones. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Vogelwandler. Von Carl Keller.

Friedrich-Wilhelms-Theater

Chausseestr. 35/36. Heute Nacht! Nur noch 3 Aufführungen. Abends 8 Uhr: Zum 37. Male: Die Reife nach der Teufelsinsel. Burleske Abenteuer-Comöe mit Gesang und Tanz in 5 Akten von... 1. Bild: Auf zu Dreifuß. 2. Bild: Verübende Mächte. 3. Bild: Attentat und Verrat. 4. Bild: Das belagerte Hans. 5. Bild: Die Versteckverhandlung. 6. Bild: Nothelfer. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonnabend, den 14. Oktober, nachm. 4 Uhr: Gr. Kinder-Vorstellung. Der Rattenjäger von Hanseln. Hausmärchen in 7 Bildern. Es ist dies die letzte Aufführung des Stückes. Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 4 Uhr: Auf allgemeines Verlangen: Der Trompeter von Säckingen.

Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57. Diefelbe Vorstellung: Der Trompeter von Säckingen.

Rund um Berlin

Sechster Vorlesung v. Julius Freund. Witz von Julius Grubbscholer. 1. Bild: An der Chausseestrecke. 2. Bild: Im Kneipenlokal. 3. Bild: Im Kneipenlokal. 4. Bild: Im Kneipenlokal. 5. Bild: Im Kneipenlokal. 6. Bild: Im Kneipenlokal. 7. Bild: Im Kneipenlokal. 8. Bild: Im Kneipenlokal. 9. Bild: Im Kneipenlokal. 10. Bild: Im Kneipenlokal. 11. Bild: Im Kneipenlokal. 12. Bild: Im Kneipenlokal. 13. Bild: Im Kneipenlokal. 14. Bild: Im Kneipenlokal. 15. Bild: Im Kneipenlokal. 16. Bild: Im Kneipenlokal. 17. Bild: Im Kneipenlokal. 18. Bild: Im Kneipenlokal. 19. Bild: Im Kneipenlokal. 20. Bild: Im Kneipenlokal. 21. Bild: Im Kneipenlokal. 22. Bild: Im Kneipenlokal. 23. Bild: Im Kneipenlokal. 24. Bild: Im Kneipenlokal. 25. Bild: Im Kneipenlokal. 26. Bild: Im Kneipenlokal. 27. Bild: Im Kneipenlokal. 28. Bild: Im Kneipenlokal. 29. Bild: Im Kneipenlokal. 30. Bild: Im Kneipenlokal. 31. Bild: Im Kneipenlokal. 32. Bild: Im Kneipenlokal. 33. Bild: Im Kneipenlokal. 34. Bild: Im Kneipenlokal. 35. Bild: Im Kneipenlokal. 36. Bild: Im Kneipenlokal. 37. Bild: Im Kneipenlokal. 38. Bild: Im Kneipenlokal. 39. Bild: Im Kneipenlokal. 40. Bild: Im Kneipenlokal. 41. Bild: Im Kneipenlokal. 42. Bild: Im Kneipenlokal. 43. Bild: Im Kneipenlokal. 44. Bild: Im Kneipenlokal. 45. Bild: Im Kneipenlokal. 46. Bild: Im Kneipenlokal. 47. Bild: Im Kneipenlokal. 48. Bild: Im Kneipenlokal. 49. Bild: Im Kneipenlokal. 50. Bild: Im Kneipenlokal. 51. Bild: Im Kneipenlokal. 52. Bild: Im Kneipenlokal. 53. Bild: Im Kneipenlokal. 54. Bild: Im Kneipenlokal. 55. Bild: Im Kneipenlokal. 56. Bild: Im Kneipenlokal. 57. Bild: Im Kneipenlokal. 58. Bild: Im Kneipenlokal. 59. Bild: Im Kneipenlokal. 60. Bild: Im Kneipenlokal. 61. Bild: Im Kneipenlokal. 62. Bild: Im Kneipenlokal. 63. Bild: Im Kneipenlokal. 64. Bild: Im Kneipenlokal. 65. Bild: Im Kneipenlokal. 66. Bild: Im Kneipenlokal. 67. Bild: Im Kneipenlokal. 68. Bild: Im Kneipenlokal. 69. Bild: Im Kneipenlokal. 70. Bild: Im Kneipenlokal. 71. Bild: Im Kneipenlokal. 72. Bild: Im Kneipenlokal. 73. Bild: Im Kneipenlokal. 74. Bild: Im Kneipenlokal. 75. Bild: Im Kneipenlokal. 76. Bild: Im Kneipenlokal. 77. Bild: Im Kneipenlokal. 78. Bild: Im Kneipenlokal. 79. Bild: Im Kneipenlokal. 80. Bild: Im Kneipenlokal. 81. Bild: Im Kneipenlokal. 82. Bild: Im Kneipenlokal. 83. Bild: Im Kneipenlokal. 84. Bild: Im Kneipenlokal. 85. Bild: Im Kneipenlokal. 86. Bild: Im Kneipenlokal. 87. Bild: Im Kneipenlokal. 88. Bild: Im Kneipenlokal. 89. Bild: Im Kneipenlokal. 90. Bild: Im Kneipenlokal. 91. Bild: Im Kneipenlokal. 92. Bild: Im Kneipenlokal. 93. Bild: Im Kneipenlokal. 94. Bild: Im Kneipenlokal. 95. Bild: Im Kneipenlokal. 96. Bild: Im Kneipenlokal. 97. Bild: Im Kneipenlokal. 98. Bild: Im Kneipenlokal. 99. Bild: Im Kneipenlokal. 100. Bild: Im Kneipenlokal. 101. Bild: Im Kneipenlokal. 102. Bild: Im Kneipenlokal. 103. Bild: Im Kneipenlokal. 104. Bild: Im Kneipenlokal. 105. Bild: Im Kneipenlokal. 106. Bild: Im Kneipenlokal. 107. Bild: Im Kneipenlokal. 108. Bild: Im Kneipenlokal. 109. Bild: Im Kneipenlokal. 110. Bild: Im Kneipenlokal. 111. Bild: Im Kneipenlokal. 112. Bild: Im Kneipenlokal. 113. Bild: Im Kneipenlokal. 114. Bild: Im Kneipenlokal. 115. Bild: Im Kneipenlokal. 116. Bild: Im Kneipenlokal. 117. Bild: Im Kneipenlokal. 118. Bild: Im Kneipenlokal. 119. Bild: Im Kneipenlokal. 120. Bild: Im Kneipenlokal. 121. Bild: Im Kneipenlokal. 122. Bild: Im Kneipenlokal. 123. Bild: Im Kneipenlokal. 124. Bild: Im Kneipenlokal. 125. Bild: Im Kneipenlokal. 126. Bild: Im Kneipenlokal. 127. Bild: Im Kneipenlokal. 128. Bild: Im Kneipenlokal. 129. Bild: Im Kneipenlokal. 130. Bild: Im Kneipenlokal. 131. Bild: Im Kneipenlokal. 132. Bild: Im Kneipenlokal. 133. Bild: Im Kneipenlokal. 134. Bild: Im Kneipenlokal. 135. Bild: Im Kneipenlokal. 136. Bild: Im Kneipenlokal. 137. Bild: Im Kneipenlokal. 138. Bild: Im Kneipenlokal. 139. Bild: Im Kneipenlokal. 140. Bild: Im Kneipenlokal. 141. Bild: Im Kneipenlokal. 142. Bild: Im Kneipenlokal. 143. Bild: Im Kneipenlokal. 144. Bild: Im Kneipenlokal. 145. Bild: Im Kneipenlokal. 146. Bild: Im Kneipenlokal. 147. Bild: Im Kneipenlokal. 148. Bild: Im Kneipenlokal. 149. Bild: Im Kneipenlokal. 150. Bild: Im Kneipenlokal. 151. Bild: Im Kneipenlokal. 152. Bild: Im Kneipenlokal. 153. Bild: Im Kneipenlokal. 154. Bild: Im Kneipenlokal. 155. Bild: Im Kneipenlokal. 156. Bild: Im Kneipenlokal. 157. Bild: Im Kneipenlokal. 158. Bild: Im Kneipenlokal. 159. Bild: Im Kneipenlokal. 160. Bild: Im Kneipenlokal. 161. Bild: Im Kneipenlokal. 162. Bild: Im Kneipenlokal. 163. Bild: Im Kneipenlokal. 164. Bild: Im Kneipenlokal. 165. Bild: Im Kneipenlokal. 166. Bild: Im Kneipenlokal. 167. Bild: Im Kneipenlokal. 168. Bild: Im Kneipenlokal. 169. Bild: Im Kneipenlokal. 170. Bild: Im Kneipenlokal. 171. Bild: Im Kneipenlokal. 172. Bild: Im Kneipenlokal. 173. Bild: Im Kneipenlokal. 174. Bild: Im Kneipenlokal. 175. Bild: Im Kneipenlokal. 176. Bild: Im Kneipenlokal. 177. Bild: Im Kneipenlokal. 178. Bild: Im Kneipenlokal. 179. Bild: Im Kneipenlokal. 180. Bild: Im Kneipenlokal. 181. Bild: Im Kneipenlokal. 182. Bild: Im Kneipenlokal. 183. Bild: Im Kneipenlokal. 184. Bild: Im Kneipenlokal. 185. Bild: Im Kneipenlokal. 186. Bild: Im Kneipenlokal. 187. Bild: Im Kneipenlokal. 188. Bild: Im Kneipenlokal. 189. Bild: Im Kneipenlokal. 190. Bild: Im Kneipenlokal. 191. Bild: Im Kneipenlokal. 192. Bild: Im Kneipenlokal. 193. Bild: Im Kneipenlokal. 194. Bild: Im Kneipenlokal. 195. Bild: Im Kneipenlokal. 196. Bild: Im Kneipenlokal. 197. Bild: Im Kneipenlokal. 198. Bild: Im Kneipenlokal. 199. Bild: Im Kneipenlokal. 200. Bild: Im Kneipenlokal. 201. Bild: Im Kneipenlokal. 202. Bild: Im Kneipenlokal. 203. Bild: Im Kneipenlokal. 204. Bild: Im Kneipenlokal. 205. Bild: Im Kneipenlokal. 206. Bild: Im Kneipenlokal. 207. Bild: Im Kneipenlokal. 208. Bild: Im Kneipenlokal. 209. Bild: Im Kneipenlokal. 210. Bild: Im Kneipenlokal. 211. Bild: Im Kneipenlokal. 212. Bild: Im Kneipenlokal. 213. Bild: Im Kneipenlokal. 214. Bild: Im Kneipenlokal. 215. Bild: Im Kneipenlokal. 216. Bild: Im Kneipenlokal. 217. Bild: Im Kneipenlokal. 218. Bild: Im Kneipenlokal. 219. Bild: Im Kneipenlokal. 220. Bild: Im Kneipenlokal. 221. Bild: Im Kneipenlokal. 222. Bild: Im Kneipenlokal. 223. Bild: Im Kneipenlokal. 224. Bild: Im Kneipenlokal. 225. Bild: Im Kneipenlokal. 226. Bild: Im Kneipenlokal. 227. Bild: Im Kneipenlokal. 228. Bild: Im Kneipenlokal. 229. Bild: Im Kneipenlokal. 230. Bild: Im Kneipenlokal. 231. Bild: Im Kneipenlokal. 232. Bild: Im Kneipenlokal. 233. Bild: Im Kneipenlokal. 234. Bild: Im Kneipenlokal. 235. Bild: Im Kneipenlokal. 236. Bild: Im Kneipenlokal. 237. Bild: Im Kneipenlokal. 238. Bild: Im Kneipenlokal. 239. Bild: Im Kneipenlokal. 240. Bild: Im Kneipenlokal. 241. Bild: Im Kneipenlokal. 242. Bild: Im Kneipenlokal. 243. Bild: Im Kneipenlokal. 244. Bild: Im Kneipenlokal. 245. Bild: Im Kneipenlokal. 246. Bild: Im Kneipenlokal. 247. Bild: Im Kneipenlokal. 248. Bild: Im Kneipenlokal. 249. Bild: Im Kneipenlokal. 250. Bild: Im Kneipenlokal. 251. Bild: Im Kneipenlokal. 252. Bild: Im Kneipenlokal. 253. Bild: Im Kneipenlokal. 254. Bild: Im Kneipenlokal. 255. Bild: Im Kneipenlokal. 256. Bild: Im Kneipenlokal. 257. Bild: Im Kneipenlokal. 258. Bild: Im Kneipenlokal. 259. Bild: Im Kneipenlokal. 260. Bild: Im Kneipenlokal. 261. Bild: Im Kneipenlokal. 262. Bild: Im Kneipenlokal. 263. Bild: Im Kneipenlokal. 264. Bild: Im Kneipenlokal. 265. Bild: Im Kneipenlokal. 266. Bild: Im Kneipenlokal. 267. Bild: Im Kneipenlokal. 268. Bild: Im Kneipenlokal. 269. Bild: Im Kneipenlokal. 270. Bild: Im Kneipenlokal. 271. Bild: Im Kneipenlokal. 272. Bild: Im Kneipenlokal. 273. Bild: Im Kneipenlokal. 274. Bild: Im Kneipenlokal. 275. Bild: Im Kneipenlokal. 276. Bild: Im Kneipenlokal. 277. Bild: Im Kneipenlokal. 278. Bild: Im Kneipenlokal. 279. Bild: Im Kneipenlokal. 280. Bild: Im Kneipenlokal. 281. Bild: Im Kneipenlokal. 282. Bild: Im Kneipenlokal. 283. Bild: Im Kneipenlokal. 284. Bild: Im Kneipenlokal. 285. Bild: Im Kneipenlokal. 286. Bild: Im Kneipenlokal. 287. Bild: Im Kneipenlokal. 288. Bild: Im Kneipenlokal. 289. Bild: Im Kneipenlokal. 290. Bild: Im Kneipenlokal. 291. Bild: Im Kneipenlokal. 292. Bild: Im Kneipenlokal. 293. Bild: Im Kneipenlokal. 294. Bild: Im Kneipenlokal. 295. Bild: Im Kneipenlokal. 296. Bild: Im Kneipenlokal. 297. Bild: Im Kneipenlokal. 298. Bild: Im Kneipenlokal. 299. Bild: Im Kneipenlokal. 300. Bild: Im Kneipenlokal. 301. Bild: Im Kneipenlokal. 302. Bild: Im Kneipenlokal. 303. Bild: Im Kneipenlokal. 304. Bild: Im Kneipenlokal. 305. Bild: Im Kneipenlokal. 306. Bild: Im Kneipenlokal. 307. Bild: Im Kneipenlokal. 308. Bild: Im Kneipenlokal. 309. Bild: Im Kneipenlokal. 310. Bild: Im Kneipenlokal. 311. Bild: Im Kneipenlokal. 312. Bild: Im Kneipenlokal. 313. Bild: Im Kneipenlokal. 314. Bild: Im Kneipenlokal. 315. Bild: Im Kneipenlokal. 316. Bild: Im Kneipenlokal. 317. Bild: Im Kneipenlokal. 318. Bild: Im Kneipenlokal. 319. Bild: Im Kneipenlokal. 320. Bild: Im Kneipenlokal. 321. Bild: Im Kneipenlokal. 322. Bild: Im Kneipenlokal. 323. Bild: Im Kneipenlokal. 324. Bild: Im Kneipenlokal. 325. Bild: Im Kneipenlokal. 326. Bild: Im Kneipenlokal. 327. Bild: Im Kneipenlokal. 328. Bild: Im Kneipenlokal. 329. Bild: Im Kneipenlokal. 330. Bild: Im Kneipenlokal. 331. Bild: Im Kneipenlokal. 332. Bild: Im Kneipenlokal. 333. Bild: Im Kneipenlokal. 334. Bild: Im Kneipenlokal. 335. Bild: Im Kneipenlokal. 336. Bild: Im Kneipenlokal. 337. Bild: Im Kneipenlokal. 338. Bild: Im Kneipenlokal. 339. Bild: Im Kneipenlokal. 340. Bild: Im Kneipenlokal. 341. Bild: Im Kneipenlokal. 342. Bild: Im Kneipenlokal. 343. Bild: Im Kneipenlokal. 344. Bild: Im Kneipenlokal. 345. Bild: Im Kneipenlokal. 346. Bild: Im Kneipenlokal. 347. Bild: Im Kneipenlokal. 348. Bild: Im Kneipenlokal. 349. Bild: Im Kneipenlokal. 350. Bild: Im Kneipenlokal. 351. Bild: Im Kneipenlokal. 352. Bild: Im Kneipenlokal. 353. Bild: Im Kneipenlokal. 354. Bild: Im Kneipenlokal. 355. Bild: Im Kneipenlokal. 356. Bild: Im Kneipenlokal. 357. Bild: Im Kneipenlokal. 358. Bild: Im Kneipenlokal. 359. Bild: Im Kneipenlokal. 360. Bild: Im Kneipenlokal. 361. Bild: Im Kneipenlokal. 362. Bild: Im Kneipenlokal. 363. Bild: Im Kneipenlokal. 364. Bild: Im Kneipenlokal. 365. Bild: Im Kneipenlokal. 366. Bild: Im Kneipenlokal. 367. Bild: Im Kneipenlokal. 368. Bild: Im Kneipenlokal. 369. Bild: Im Kneipenlokal. 370. Bild: Im Kneipenlokal. 371. Bild: Im Kneipenlokal. 372. Bild: Im Kneipenlokal. 373. Bild: Im Kneipenlokal. 374. Bild: Im Kneipenlokal. 375. Bild: Im Kneipenlokal. 376. Bild: Im Kneipenlokal. 377. Bild: Im Kneipenlokal. 378. Bild: Im Kneipenlokal. 379. Bild: Im Kneipenlokal. 380. Bild: Im Kneipenlokal. 381. Bild: Im Kneipenlokal. 382. Bild: Im Kneipenlokal. 383. Bild: Im Kneipenlokal. 384. Bild: Im Kneipenlokal. 385. Bild: Im Kneipenlokal. 386. Bild: Im Kneipenlokal. 387. Bild: Im Kneipenlokal. 388. Bild: Im Kneipenlokal. 389. Bild: Im Kneipenlokal. 390. Bild: Im Kneipenlokal. 391. Bild: Im Kneipenlokal. 392. Bild: Im Kneipenlokal. 393. Bild: Im Kneipenlokal. 394. Bild: Im Kneipenlokal. 395. Bild: Im Kneipenlokal. 396. Bild: Im Kneipenlokal. 397. Bild: Im Kneipenlokal. 398. Bild: Im Kneipenlokal. 399. Bild: Im Kneipenlokal. 400. Bild: Im Kneipenlokal. 401. Bild: Im Kneipenlokal. 402. Bild: Im Kneipenlokal. 403. Bild: Im Kneipenlokal. 404. Bild: Im Kneipenlokal. 405. Bild: Im Kneipenlokal. 406. Bild: Im Kneipenlokal. 407. Bild: Im Kneipenlokal. 408. Bild: Im Kneipenlokal. 409. Bild: Im Kneipenlokal. 410. Bild: Im Kneipenlokal. 411. Bild: Im Kneipenlokal. 412. Bild: Im Kneipenlokal. 413. Bild: Im Kneipenlokal. 414. Bild: Im Kneipenlokal. 415. Bild: Im Kneipenlokal. 416. Bild: Im Kneipenlokal. 417. Bild: Im Kneipenlokal. 418. Bild: Im Kneipenlokal. 419. Bild: Im Kneipenlokal. 420. Bild: Im Kneipenlokal. 421. Bild: Im Kneipenlokal. 422. Bild: Im Kneipenlokal. 423. Bild: Im Kneipenlokal. 424. Bild: Im Kneipenlokal. 425. Bild: Im Kneipenlokal. 426. Bild: Im Kneipenlokal. 427. Bild: Im Kneipenlokal. 428. Bild: Im Kneipenlokal. 429. Bild: Im Kneipenlokal. 430. Bild: Im Kneipenlokal. 431. Bild: Im Kneipenlokal. 432. Bild: Im Kneipenlokal. 433. Bild: Im Kneipenlokal. 434. Bild: Im Kneipenlokal. 435. Bild: Im Kneipenlokal. 436. Bild: Im Kneipenlokal. 437. Bild: Im Kneipenlokal. 438. Bild: Im Kneipenlokal. 439. Bild: Im Kneipenlokal. 440. Bild: Im Kneipenlokal. 441. Bild: Im Kneipenlokal. 442. Bild: Im Kneipenlokal. 443. Bild: Im Kneipenlokal. 444. Bild: Im Kneipenlokal. 445. Bild: Im Kneipenlokal. 446. Bild: Im Kneipenlokal. 447. Bild: Im Kneipenlokal. 448. Bild: Im Kneipenlokal. 449. Bild: Im Kneipenlokal. 450. Bild: Im Kneipenlokal. 451. Bild: Im Kneipenlokal. 452. Bild: Im Kneipenlokal. 453. Bild: Im Kneipenlokal. 454. Bild: Im Kneipenlokal. 455. Bild: Im Kneipenlokal. 456. Bild: Im Kneipenlokal. 457. Bild: Im Kneipenlokal. 458. Bild: Im Kneipenlokal. 459. Bild: Im Kneipenlokal. 460. Bild: Im Kneipenlokal. 461. Bild: Im Kneipenlokal. 462. Bild: Im Kneipenlokal. 463. Bild: Im Kneipenlokal. 464. Bild: Im Kneipenlokal. 465. Bild: Im Kneipenlokal. 466. Bild: Im Kneipenlokal. 467. Bild: Im Kneipenlokal. 468. Bild: Im Kneipenlokal. 469. Bild: Im Kneipenlokal. 470. Bild: Im Kneipenlokal. 471. Bild: Im Kneipenlokal. 472. Bild: Im Kneipenlokal. 473. Bild: Im Kneipenlokal. 474. Bild: Im Kneipenlokal. 475. Bild: Im Kneipenlokal. 476. Bild: Im Kneipenlokal. 477. Bild: Im Kneipenlokal. 478. Bild: Im Kneipenlokal. 479. Bild: Im Kneipenlokal. 480. Bild: Im Kneipenlokal. 481. Bild: Im Kneipenlokal. 482. Bild: Im Kneipenlokal. 483. Bild: Im Kneipenlokal. 484. Bild: Im Kneipenlokal. 485. Bild: Im Kneipenlokal. 486. Bild: Im Kneipenlokal. 487. Bild: Im Kneipenlokal. 488. Bild: Im Kneipenlokal. 489. Bild: Im Kneipenlokal. 490. Bild: Im Kneipenlokal. 491. Bild: Im Kneipenlokal. 492. Bild: Im Kneipenlokal. 493. Bild: Im Kneipenlokal. 494. Bild: Im Kneipenlokal. 495. Bild: Im Kneipenlokal. 496. Bild: Im Kneipenlokal. 497. Bild: Im Kneipenlokal. 498. Bild: Im Kneipenlokal. 499. Bild: Im Kneipenlokal. 500. Bild: Im Kneipenlokal. 501. Bild: Im Kneipenlokal. 502. Bild: Im Kneipenlokal. 503. Bild: Im Kneipenlokal. 504. Bild: Im Kneipenlokal. 505. Bild: Im Kneipenlokal. 506. Bild: Im Kneipenlokal. 507. Bild: Im Kneipenlokal. 508. Bild: Im Kneipenlokal. 509. Bild: Im Kneipenlokal. 510. Bild: Im Kneipenlokal. 511. Bild: Im Kneipenlokal. 512. Bild: Im Kneipenlokal. 513. Bild: Im Kneipenlokal. 514. Bild: Im Kneipenlokal. 515. Bild: Im Kneipenlokal. 516. Bild: Im Kneipenlokal. 517. Bild: Im Kneipenlokal. 518. Bild: Im Kneipenlokal. 519. Bild: Im Kneipenlokal. 520. Bild: Im Kneipenlokal. 521. Bild: Im Kneipenlokal. 522. Bild: Im Kneipenlokal. 523. Bild: Im Kneipenlokal. 524. Bild: Im Kneipenlokal. 525. Bild: Im Kneipenlokal. 526. Bild: Im Kneipenlokal. 527. Bild: Im Kneipenlokal. 528. Bild: Im Kneipenlokal. 529. Bild: Im Kneipenlokal. 530. Bild: Im Kneipenlokal. 531. Bild: Im Kneipenlokal. 532. Bild: Im Kneipenlokal. 533. Bild: Im Kneipenlokal. 534. Bild: Im Kneipenlokal. 535. Bild: Im Kneipenlokal. 536. Bild: Im Kneipenlokal. 537. Bild: Im Kneipenlokal. 538. Bild: Im Kneipenlokal. 539. Bild: Im Kneipenlokal. 540. Bild: Im Kneipenlokal. 541. Bild: Im Kneipenlokal. 542. Bild: Im Kneipenlokal. 543. Bild: Im Kneipenlokal. 544. Bild: Im Kneipenlokal. 545. Bild: Im Kneipenlokal. 546. Bild: Im Kneipenlokal. 547. Bild: Im Kneipenlokal. 548. Bild: Im Kneipenlokal. 549. Bild: Im Kneipenlokal. 550. Bild: Im Kneipenlokal. 551. Bild: Im Kneipenlokal. 552. Bild: Im Kneipenlokal. 553. Bild: Im Kneipenlokal. 554. Bild: Im Kneipenlokal. 555. Bild: Im Kneipenlokal. 556. Bild: Im Kneipenlokal. 557. Bild: Im Kneipenlokal. 558. Bild: Im Kneipenlokal. 559. Bild: Im Kneipenlokal. 560. Bild: Im Kneipenlokal. 561. Bild: Im Kneipenlokal. 562. Bild: Im Kneipenlokal. 563. Bild: Im Kneipenlokal. 564. Bild: Im Kneipenlokal. 565. Bild: Im Kneipenlokal. 566. Bild: Im Kneipenlokal. 567. Bild: Im Kneipenlokal. 568. Bild: Im Kneipenlokal. 569. Bild: Im Kneipenlokal. 570. Bild: Im Kneipenlokal. 571. Bild: Im Kneipenlokal. 572. Bild: Im Kneipenlokal. 573. Bild: Im Kneipenlokal. 574. Bild: Im Kneipenlokal. 575. Bild: Im Kneipenlokal. 576. Bild: Im Kneipenlokal. 577. Bild: Im Kneipenlokal. 578. Bild: Im Kneipenlokal. 579. Bild: Im Kneipenlokal. 580. Bild: Im Kneipenlokal. 581. Bild: Im Kneipenlokal. 582. Bild: Im Kneipenlokal. 583. Bild: Im Kneipenlokal. 584. Bild: Im Kneipenlokal. 585. Bild: Im Kneipenlokal. 586. Bild: Im Kneipenlokal. 587. Bild: Im Kneipenlokal. 588. Bild: Im Kneipenlokal. 589. Bild: Im Kneipenlokal. 590. Bild: Im Kneipenlokal. 591. Bild: Im Kneipenlokal. 592. Bild: Im Kneipenlokal. 593. Bild: Im Kneipenlokal. 594. Bild: Im Kneipenlokal. 595. Bild: Im Kneipenlokal. 596. Bild: Im Kneipenlokal. 597. Bild: Im Kneipenlokal. 598. Bild: Im Kneipenlokal. 599. Bild: Im Kneipenlokal. 600. Bild: Im Kneipenlokal. 601. Bild: Im Kneipenlokal. 602. Bild: Im Kneipenlokal. 603. Bild: Im Kneipenlokal. 604. Bild: Im Kneipenlokal. 605. Bild: Im Kneipenlokal. 606. Bild: Im Kneipenlokal. 607. Bild: Im Kneipenlokal. 608. Bild: Im Kneipenlokal. 609. Bild: Im Kneipenlokal. 610. Bild: Im Kneipenlokal. 611. Bild: Im Kneipenlokal. 612. Bild: Im Kneipenlokal. 613. Bild: Im Kneipenlokal. 614. Bild: Im Kneipenlokal. 615. Bild: Im Kneipenlokal. 616. Bild: Im Kneipenlokal. 617. Bild: Im Kneipenlokal. 618. Bild: Im Kneipenlokal. 619. Bild: Im Kneipenlokal. 620. Bild: Im Kneipenlokal. 621. Bild: Im Kneipenlokal. 622. Bild: Im Kneipenlokal. 623. Bild: Im Kneipenlokal. 624. Bild: Im Kneipenlokal. 625. Bild: Im Kneipenlokal. 626. Bild: Im Kneipenlokal. 627. Bild: Im Kneipenlokal. 628. Bild: Im Kneipenlokal. 629. Bild: Im Kneipenlokal. 630. Bild: Im Kneipenlokal. 631. Bild: Im Kneipenlokal. 632. Bild: Im Kneipenlokal. 633. Bild: Im Kneipenlokal. 634. Bild: Im Kneipenlokal. 635. Bild: Im Kneipenlokal. 636. Bild: Im Kneipenlokal. 637. Bild: Im Kneipenlokal. 638. Bild: Im Kneipenlokal. 639. Bild: Im Kneipenlokal. 640. Bild: Im Kneipenlokal. 641. Bild: Im Kneipenlokal. 642. Bild: Im Kneipenlokal. 643. Bild: Im Kneipenlokal. 644. Bild: Im Kneipenlokal. 645. Bild: Im Kneipenlokal. 646. Bild: Im Kneipenlokal. 647. Bild: Im Kneipenlokal. 648. Bild

